

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

AKTE 596

ANFANG

Königl. Akademie der Künste zu Berlin.

REGISTRATUR 2

ACTA

betreffend:

Künstler-Vereine

und

Kunst-Institute

1869 - 1884.

23. Abthlg. No. **4.**

Vol.

596

Pr. J 2940. 69. H. J. J.

1449

1

Gefährdender Herr Professor

Die angelegte Unterzeichnung habe eine Einladung zur
Einführung einer Abhaltung für die sechs Jahre der
Königl. Akademie der Wissenschaften zu Göttingen in Göttingen
Königsberg angesetzt. In der Hoffnung, dass diese
Einladung eine geeignete Abfassung finden wird, welche
bei der Prof. J. J. J., Gefährdender Herr Professor, die
einzelnen Jahre für die Jahre und die anderen
Mitglieder der sechs Jahre mit der Bitte in gefälliger
Übermittlung zu überreichen.

Mit der angelegten Einführung

Ihre ganz angelegte

Berlin den 18. Okt.
1869.

Vorsteher des Vereins
der Historiker und Historiker

Josephine von der Grotte
Vorsteher. Hallenstraße

Pr. 320 No. 69 fr. Ly.

1498.

2

at ante

27/10

Walter
27/10
Georg-August-Strasse 100 Prof. Dr.

Der angekauft nähergegriffene Vorposten des Marais der
Kämpferinnen und Kämpferinnen steht bei der
Jugend und der übrigen Mitglieder eines jeden Paares
der Akademie der Kämpfer die Anzeige zu machen, daß

an H. v. L. M. an Königlich Preuss. in der
Kammer der adeligen von Lönnebeck'sche Ab-
teile der Provinz eine Abteilungs folgender
Gegensätze eröffnet ist:

Lözie isther ist neuer Theilhaber von
der Gant der der Verein angestrichen wird.
beginnen.

Original der Kämpferinnen des Paracelsus in
Oel, Kupfer mit Kupferfarben so wie auf Por-
zellan.

Zeislingen, welche vor der Kistenreise der im
Oktober vorigen Jahres eröffneten Grube
ab Mai, in der Flammloch (näher
Leitung der Frau Professor Kung) - in der
Einschlag (näher Leitung der Frau Kung)

General) - in der Folgekategorie (unter Leitung des Herrn
Professors Kiplavsky) in der für die Professoren
(unter Leitung des Herrn Professors Strubbs) vor-
geschrieben wurde.

früher ist die Abhaltung von eine Versammlung
erfolgt. Ich eine Anzahl von Kämpfern,
sowie mit der Privatsache der der Verein u. a.
sowohl Gemeindeglieder mit Kämpfern, die
geliefert werden ist, sowie ich die der Protokollierung
bestimmten Gegenstand.

[illegible]

Index

3

erhöhlte Auffassung mit der Kunst unerschöpflich
Gestalten nach ihrem Ausmaß, sind geistige
Kunstwerke der Form und einer geistigen Substanz,
wie zu geben die Zweck ist.

In der Hoffnung, daß der sehr theuer gekaufte
Koffer, welcher die Sachen zu enthalten, sicher wie ein
Kasten, sich bewähren wird, so daß die Sachen
Professor Gräbe mit der Bitte um gefällige
Annahme zu senden.

Mit unbegrenzter Zusage

For your cooperation

Berlin den 19 Okt.
1869.

Königsberg am 27. März
 An die Königin v. Preussen
 Charlotte Luise Auguste von Brandenburg
 Königin. Allernachst hochgeachtete Königin.

Alle Zuschriften erbitten wir uns unter der Adresse:
Kölischer Kunstverein im Museum Wallraf-Richartz in Köln.

P. 32/2.73. H. P. 381

Köln, den 18. Febr. 1873.

154

Lacta

32/2.73. H. P.

Kölischer



Kunstverein.

An die Königlich Kunstacademie

in Berlin.

Die Königl. Kunstacademie beehrt uns
mit dem von uns eingereichten Aufsatz
über die Kunstausstellung für 1873.
unsern Dank und mit dem besten Wunsch,
dass sie zu einer erfolgreichen
Veranstaltung für die Kunst
beitragen möge.

Hochachtungsvoll!
Der Vorstand, Dr. A. A. A.

Heinrich

Kölnischer Kunstverein

im Museum Wallraf-Richartz

in Köln.

(Auszug aus dem Statut.)

Der Kölnische Kunstverein, gegründet im Jahre 1839, bezweckt die Förderung der bildenden Künste und die Belebung des Kunstsinnes durch

- a) Ausstellung von Kunstwerken,
- b) Ankauf von Originalwerken lebender Künstler und Verloofung derselben unter seine Mitglieder,
- c) periodische Vertheilung von Nachbildungen einzelner Kunstwerke unter dieselben, und
- d) Stiftung öffentlicher Kunstwerke.

Mitglied des Vereins ist Jeder, der durch einen Jahresbeitrag von 5 Thalern eine Aktie erworben.

Alle Mitglieder haben Stimmrecht in den General-Versammlungen und nehmen Theil an der jährlichen Verloofung der erworbenen Kunstwerke, sowie an der Vertheilung der Nachbildungen, und haben während des Kalenderjahres, in welchem die Aktie gelöst ist, täglich freien Eintritt in alle Räume des Museums.

Anmeldungen zum Beitritt können im Museum auf dem Sekretariat des Vereins oder an der Kasse dafelbst geschehen; auch liegt zu diesem Zwecke eine Zeichnungsliste in einem der oberen Säle offen. Auswärtige Kunstfreunde wollen sich zu diesem Behufe gefälligst an uns wenden.

Anmeldungen zur Uebernahme unserer Vertretung an auswärtigen Plätzen nehmen wir gerne entgegen.

Zu einer recht lebhaften Betheiligung an den Bestrebungen des Vereins ladet ein

der Vorstand

Köln, im Januar 1873.

von Ammon, Geh. Justiz- und Appellationsgerichtsrath a. D.

— J. Bel. — Chr. Boisseree. — J. M. Farina.

Gay, Justizrath. — J. M. Heilmann. — Ed. Joch.

Kommerzienrath. — Dr. Kollig. Müller. — Dag.

Oppenheim, Geh. Regierungsrath. — D. Welter, Adv.

Anwalt.

Kölnischer Kunstverein.

Bei der am 28. Dezember 1872 stattgehabten Verlosung von 23 Kunstwerken unter die Vereinsmitglieder für das Jahr 1872 fielen nachstehende Gewinne auf die beigegebenen Aktien-Nummern:

	Ankaufs-Preis.
1. Ullung, Otto, in Weimar, „Reeres Einsamkeit“, auf Aktie No. 761, J. P. O. Kupe in Köln. (Beim Kunstverein in Leipzig gewonnen.)	140. —
2. Andrae, F., in München, „Corfu bei Nacht“, Aktie No. 1237, G. Mann, Rentner in Köln.	160. —
3. Beckmann, Hans, in Hamburg, „Vorübergelantes Gewitter“, Aktie No. 918, Karl Eugen Viskardt in Köln.	128. 17
4. de Gramer, A., in Düsseldorf, „Mendevous in Venedig“, Aktie No. 294, Hermann Grefard in Hildesheim.	400. —
5. Holingsby, G., in München, „Chiemsee“, Aktie No. 877, Kreisrichter Karl Schönjett in Dulsburg.	228. 17
6. Haushofer, G., in München, „Alpenlandschaft“, Aktie No. 1494, G. Riet in Köln.	180. —
7. Klenke, H., in Düsseldorf, „Genrebild“, Aktie No. 847, Karl Overhahn in Köln.	120. —
8. Lange, Julius, in München, „Sternberger See“, Aktie No. 68, Advokat Peter Klöppel in Köln.	250. —
9. Mayer, Friedrich, in München, „Mondschein-Landschaft“, Aktie No. 1257, Bürgermeister Joh. Riel in Velden.	300. —
10. Meißner, Ernst, in München, „Ueberrfahrt am Hallstadter See“, Aktie No. 1143, Robert Sternberg in Schwelm.	400. —
11. Minjon, V., in Düsseldorf, „Straße in Bruttig a. d. Mosel“, Aktie No. 2092, Emil Vogel in Köln.	180. —
12. Mosengel, A., in Hamburg, „Der Regenstein im Gatz“, Aktie No. 2116, Emil Müller in Essen.	100. —
13. Mettel, Otto, in Düsseldorf, „Die Stille des Alters“, Aktie No. 179, D. Nachtigall in Köln.	325. —
14. Moegge, W., in München, „Die gehörte Mittagsruhe“, Aktie No. 280, Franz Metens in Köln.	350. —
15. v. d. Sande-Bachhuyzen, in Holland, „Holländische Landschaft“, Aktie No. 490, Frau Jakob Wesen in Köln.	226. 20
16. Schmidt, Max, in Königsberg, „Düffelfeld“, Aktie No. 678, Notar Johantgen in Köln.	1100. —
17. Stöckhardt, G., in Weimar, „Göthehaus im Park zu Weimar“, Aktie No. 1763, Werner Dahl in Barmen.	120. —
18. Stricker, G., in Düsseldorf, „Durchgehauen“, Aktie No. 1103, Baron Ludwig von Erlanger in Frankfurt a. M.	180. —
19. Tenner, C., in Karlsruhe, „Chiemsee“, Aktie No. 1153, Baron Ludw. v. Erlanger in Frankfurt a. M.	240. —
20. Triebel, Karl, in Berlin, „Wertheimstädter See“, Aktie No. 2039, Frau Alwine Feist in Köln.	400. —
21. Webb, G. M., in Antwerpen, „Der Politiker“, Aktie No. 1317, Nikolaus Bremig, Advokat-Anwalt in Koblenz.	113. 10
22. Webb, G. M., in Antwerpen, „Altes Mütterchen“, Aktie No. 162, Fräulein Caroline Lungstraf in Bonn.	113. 10
23. Wegelin, A., in Köln, „Aquarell, Schloß“, Aktie No. 513, R. R. Strücker in Oberfeld.	141. 20

Meines Reglement

für die

permanente Kunst - Ausstellung des Kölnischen Kunstvereins.

1. Der Kölnische Kunstverein hat im Einverständnis mit der städtischen Verwaltung, in der von letzterer eingeräumten Räumlichkeit des Museums Wallraff - Reichartz eine permanente Kunstausstellung für Werke moderner Kunst eröffnet.

2. Jedem Künstler, welche von dem Vorstande des Kunstvereins ausdrücklich eingeladen werden, sind die Künstler und Besitzer von Kunstwerken, welche ohne solche Einladung sich mit dem Vorstande vorher in Einverständnis setzen, können ihre Kunstwerke ausstellen. Bei den zum Verkauf bestimmten Kunstwerken ist der anzugebende Preis und bei den nicht verkäuflichen Kunstwerken der anzugebende Preis beizugeben. Der Preis der Kunstwerke muß angegeben werden.

3. Wenn nicht ein Auktionsvertrag abgeschlossen ist, so wird angenommen, daß das Kunstwerk auf 4 Wochen der Ausstellung übergeben werde. Die Zulassung der eingekauften Werke zur Ausstellung bleibt dem Vorstande vorbehalten.

4. Zusendungen von Bildern, welche die Länge von 2 1/2 Metern, oder welche das Gewicht von 150 Kilogramm übersteigen, können nur nach vorheriger Genehmigung des Vorstandes der Ausstellungen und des Geschäftes eingekauft werden.

5. Die Kosten der für die Ausstellung (Fahrtkosten, Transportkosten und verlangte Transportversicherung) sind zu zahlen: werben bei den Zusendungen der Werke der Lage besonders eingeladenen Künstler, vorbehaltlich der Zustimmung im Art. 4, von dem Kunstverein getragen. Künstler und Besitzer von Kunstgegenständen, welche nicht besonders eingeladen worden sind, müssen diese Kosten in angemessener, anderweitiger Vereinbarung selbst tragen.

6. Die Gegenstände müssen vorher und fest verkauft eingekauft werden, für gleiche Vergütung bei der Ausstellung und für Befreiungen, welche er verschuldet, fasset der Kunstverein.

7. Der Kunstverein verpflichtet sich, die ausgestellten Kunstwerke bei einem solchen Transportgefahr, falls sie zu den unangegebenen Klassen gegen Entschädigung zu versichern und im Falle eines Brandunglücks den Künstlern oder Besitzern die eingekauften Kunstgegenstände zu ersetzen.

8. Von dem Kunstpreise aller auf der Ausstellung angekauften Kunstwerke erhält der Kunstverein als Gegenleistung für die Aufstellungen der Kunstwerke, bei Vermittlung der Verkäufe, ein Prozent.

9. Die Verkaufspreise, wofür der Kunstverein die Kunstwerke - Lokal geöffnet ist, werden nach dem städtischen Reglement nach Maßgabe der Folgen bestimmt.

10. Die Aktionäre haben für ihre Person gegen Vorgehung ihrer Aktien keinen Anspruch auf das Lokal der permanenten Kunst - Ausstellung des Kunstvereins, sondern auf ein alle übrigen Räume des Museums.

Köln, im Dezember 1873.

Der Vorstand des Kölnischen Kunstvereins.

Berlin am 26. Februar 1873. 7

16

464 u. 381.

Mund 26

Alte 27

In Folge der gütigen Zusage des Herrn Rath-
manns der vereinten Kaufmannschaft ist der
Kaufmann Knappe am 26. Februar d. J. in
einigen Punkten, welche der Herr Rathmann
gefordert, welche zum Besten der Kaufmann-
schaft, und welche zu dem Zweck ein
Angebot von 15, ist für den, der
der letzte Kaufmann von Berlin ist, an die
jüngere Kaufmannschaft abgegeben
hat.

Der Director
der Königl. Akad. d. d.
Im Auftrag:

O. F. Gruppe

Der
Kaufmann Knappe

in
Berlin
Kaufmannschaft.

Alle Zuschriften erbitten wir uns unter der Adresse:
den Kölnischen Kunstverein im Museum Wallraf-Richartz in Köln.

Pr. 9 4/3. 73. P. Lg.

Köln, den 28. Febr. 1873.

484 ad 381.

Letter.

Kölnischer



Kunstverein.

9 4/3. 73. P. Lg.

an Königl. Akademie der Künste

in Berlin

Der Königl. Akademie der Künste
begrüßen wir Sie in dankbarer Anerkennung d.
des sehr wohlwollenden Beschlusses vom 26. v. unter,
welchem die Exemplare des neuen Reglements
unserer vereinigten Kunstausstellung zugesandt
wurden zu übersenden.

Gefachungsdoll.
Der Vorstand, Dr. Hoffmann.

Hoffmann.

217 9
Meines Reglement

für die

permanente Kunst - Ausstellung, des kölner Kunstvereins.

1. Der kölner Kunstverein hat ein freundschaftlich mit der städtischen Verwaltung, in der von letzterer eingeräumten Räumlichkeit des Museums Wallraf - Richartz eine permanente Ausstellung für Werke moderner Kunst eröffnet.
2. Jedemigen Künstler, welche von dem Vorstande des Kunstvereins ausdrücklich eingeladen werden, und die Künstler und Besitzer von Kunstwerken, welche ohne solche Einladung sich mit dem Vorstande selber in freundschaftlichen Beziehungen setzen, können ihre Kunstwerke ausstellen. Die den zum Verkauf bestimmten Kunstwerken ist der angiegebende Preis und bei den nicht verkäuflichen Kunstwerken der angiegebende Werth beizugeben der Verfertigung maßgebend.
3. Wenn nicht ein Auktoral verabredet worden ist, so wird angenommen, daß das Kunstwerk auf 4 Wochen der Ausstellung, übergeben werde. Die Zulassung der eingesendeten Werke zur Ausstellung, bleibt dem fernerhin dem Vorstande vorbehalten.
4. Zusendungen von Bildern, welche die Länge von 2 1/2 Metern, oder welche das Gewicht von 150 Kilogrammen überschreiten können nur nach vorheriger angemeßener Anweisung und Angabe der Dimensionen und des Gewichtes eingesandt werden.
5. Die Werke der Pinsel- und Kupferkunst (folgt Kupferstich, Holzschnitt und verarbeitete Holzgeräthe, Zeichnung und Gipsabgüsse) werden bei den Sendungen der Werke der Kunst besonders eingeladenen Künstler, vorbehaltlich der Bestimmung, in Art. 4, von dem Kunstverein getragen. Künstler und Besitzer von Kunstgegenständen, welche nicht besonders eingeladen worden sind, müssen solche Werke in angemessener, anderweitiger Verabredung, selbst tragen.
6. Die Gegenstände müssen vorher und sehr sorgfältig eingepackt werden, für glatte Verpackung bei der Rücksendung und für Beschriftungen, welche es ermöglicht, faßt der Kunstverein.
7. Der Kunstverein verpflichtet sich, die eingesandten Kunstwerke bei einer solchen Verfertigung, falls sie zu den angegebenen Werthen gegen Entschädigung zu verpacken und im Falle eines Brandunglücks den Künstlern oder Besitzern der eingesandten Kunstgegenstände zu ersetzen.
8. Von dem Kaufpreise aller auf der Ausstellung angelassenen Kunstwerke zahlt der Kunstverein als Entschädigung für die Mißverständnisse der Geschäftsführung bei Vermittlung der Verkäufe fünf Prozent.
9. Die Tagelöhner, wofür von dem der Ausstellung - Lokal geoffnet ist, werden durch das künstlerische Reglement nach Maßgabe der Folgen bestimmt.
10. Die Akkordisten haben für ihre Person gegen Verzeigung ihrer Akkordisten keinen Anspruch auf das Lokal der permanenten Kunst - Ausstellung, des Kunstvereins, sondern auf alle übrigen Räume des Museums.

Köln, im Februar 1873.

Der Vorstand des kölner Kunstvereins.

Alle Zuschriften erbitten wir uns unter der Adresse:
den Kölnischen Kunstverein im Museum Wallraf-Richartz in Köln.

P. 3 20/2. 72. 61. 77.
128.

Köln, den 29. März 1873. 36 70

Kölnischer Kunstverein.



An
die Königl. Kunstacademie
in Berlin.

Zur Herstellung von drei Kupferst.
den als Vorstudien unseres Vereins von 1875,
1876 und 1877 beauftragten wir mit tüchtigen
und zuverlässigen Kupferstechern Verträge abge-
schlossen, und erlauben wir uns zu diesem Ende
mit der ergebenden Bitte an Sie zu wenden, uns
die Namen der vorzuziehenden vornehmlichen Meister
zu diesem Ende gefl. mittheilen zu wollen, um
uns alsdann danach zu richten zu können.

Für Kommt für diese Gefälligkeit dankend,
liefert dankend, sind wir zu jeder Ausfertigung bereit,
und zu jeder Zeit und Gelegenheit zu jeder
Angelegenheit

Der Vorstand, Zu Auftr.

Heinrich

ARCHITEKTEN-VEREIN ZU BERLIN.

W. Wilhelm-Strasse 92-93.

12

165

2065.

14. Mai. Berlin, den 24. Mai 1877

Herrn

der Direktion des Königl. Preuss. Akadem. der Künste

Sehr geehrte Herren

Die vorstehende Direktion hat sich im Auftrag
nach Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,
hervor und zugewandt. Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,
hat sich gefälligst Kenntnis gegeben, dass die vorstehende
geleitete werden.

Die Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,

11/6
10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

10. 10. 10.

in der Sitzung der Akademie

am 20. Mai d. J. zum Vortrag gebracht.

1877. von dem Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,

der vorstehenden Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,

sind die vorstehenden Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,

geleitete werden. Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,

geleitete werden. Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,

B. 8. 1877.

23. 1877.

der Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,

der Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,

der Vorst. der Akademie der Künste, Preuss. Akademie der Künste,

166 137

DENKSCHRIFT

ÜBER

AUSBILDUNG DER BAUHANDWERKER.

HERAUSGEGEBEN

VON DEM

VERBANDE DEUTSCHER ARCHITEKTEN- UND
INGENIEUR-VEREINE.

VERLAG DER DEUTSCHEN BAUZEITUNG.
IN KOMMISSION BEI CARL BEELITZ IN BERLIN.

Die Entwicklung und das Gedeihen des Bauwesens hängt so wesentlich mit von den Bauhandwerkern, von deren Ausbildung und Leistungsfähigkeit ab, dass es wohl keiner weiteren Erläuterung und Begründung bedarf, wie der Verband der deutschen Architekten- und Ingenieur-Vereine sich hat veranlasst sehen können, mit der so äusserst wichtigen „Ausbildung der Bauhandwerker“ sich zu beschäftigen.

Ausser dem allgemeinen, stets gleich bleibenden Interesse an dieser Frage sind in den letzten Jahren noch besondere Verhältnisse hervorgetreten, welche dieselbe auf die Tages-Ordnung bringen mussten. Einmal war es die ungewöhnliche Bauthätigkeit in den Jahren 1870 bis 1873 und die dadurch allgemein gesteigerten Ansprüche der Bauhandwerker, welche als Gegensatz die Aufmerksamkeit noch mehr auf ihre unverkennbar im Rückgange begriffene Leistungsfähigkeit lenken mussten, sodann aber waren es auch die neue Gewerbe-Gesetzgebung, die Aufhebung der Zünfte, die eingeführte Gewerbefreiheit u. s. w. und die daraus für die Baugewerke sich entwickelnden Folgen, welche die Frage über die Ausbildung der Bauhandwerker in den Vordergrund drängten.

Bei den grossartigen Bauausführungen der neuesten Zeit mussten die Leistungen der Einzelgewerke unter den vorliegenden Verhältnissen immer mehr in einander greifen und es wurde die in den Zünften festgehaltene Abgeschlossenheit derselben immer mehr gelöst. Wenn die Scheidung der Zünfte wegen der dadurch geförderten fachlichen Vorbildung früher auf keinem Gebiete mehr Berechtigung gehabt hat, wie bei den Baugewerken, so muss nach der neueren Gestaltung des Bauwesens und der immer mehr sich entwickelnden Generalisirung der Baugewerke um so energischer für eine tüchtige und mehrseitige Ausbildung derselben durch gute Bildungs-Anstalten gewirkt werden.

Es war daher durchaus zeitgemäss, dass die Abgeordneten-Versammlung des Verbandes der deutschen Architekten- und Ingenieur-Vereine zu Eisenach im Jahre 1873 zur Behandlung durch den Verband die Frage aufstellte:

„Welche Einrichtungen bestehen in den deutschen Staaten zur Ausbildung der Bauhandwerker und welche Erfahrungen wurden bei denselben gemacht?“

Mit dieser Frage, über welche behufs einer einheitlichen Behandlung 15 einzelne Unterfragen aufgestellt wurden, haben sich die dem Verbands angehörenden Vereine nunmehr seit 3 Jahren beschäftigt und es sind darüber von 15 Vereinen mehr oder weniger ausführliche schriftliche Gutachten abgegeben, welche in der Abgeordneten-Versammlung zu München am 1. September v. J. auf Grund eines von den unterzeichneten Referenten erstatteten schriftlichen Referates nach eingehender mündlicher Berathung zum Abschlusse gelangten und die Annahme der folgenden 9 Thesen zur Folge hatten:

1. Die Anstalten zur Ausbildung derjenigen Bauhandwerker, welche als Vorgesetzte und Leiter (Meister, Werkmeister, Werkführer, Poliere, Bau-Aufseher u. s. w.) der gewöhnlichen handwerksmässig ausgebildeten Arbeiter thätig zu sein die Absicht haben, sind in Deutschland noch durchaus nicht allgemein genügend vorhanden und entwickelt.
2. Es ist für eine bessere Entwicklung der Baugewerbe und der praktischen Ausbildung des Bauwesens dringend erwünscht, dass in denjenigen Ländern und resp. Provinzen der grossen Staaten, wo derartige Bildungs-Anstalten (Baugewerk-Schulen) noch nicht bestehen, solche baldigst eingerichtet werden.
3. Diese Bildungs-Anstalten (Baugewerk-Schulen) sind auf Kosten der Staaten, resp. in den grösseren Staaten auf Kosten der Provinzen allein oder unter deren Beihilfe von den grösseren Städten zu errichten und zu erhalten.
4. Die Baugewerk-Schulen sind auf der Grundlage einer guten Volksschulbildung zu organisiren.
5. Zur Ergänzung des in vielen Staaten für die Vorbildung der Bauhandwerker nicht genügenden Volksschul-Unterrichts sind sowohl sog. Fortbildungsschulen als auch Vorklassen bei den Baugewerk-Schulen zu empfehlen. Die meisten Fortbildungsschulen sind einer Reorganisation dringend bedürftig, um dem angegebenen Zwecke, sowie der Fortbildung auch derjenigen Handwerker, welche eine weitergehende Ausbildung auf einer Baugewerkschule nicht beabsichtigen, zu entsprechen.
6. Dem Besuche der Fachklassen der Baugewerkschulen muss eine praktische Beschäftigung von ein bis drei Sommer-Semestern vorhergehen.

7. Der Unterricht in den Baugewerkschulen ist vorzugsweise in den Winter-Semestern zu ertheilen und soll drei bis vier solcher Kurse umfassen, während die dazwischen liegenden Sommer-Semester zur weiteren praktischen Ausbildung auf den Bauplätzen zu verwenden sind.
8. Bei grösseren Baugewerkschulen mögen auch parallele Sommer-Kurse eingerichtet werden, wenn sich eine genügende Anzahl Schüler dazu findet.
9. Auf den Baugewerkschulen sind Abgangsprüfungen unter Aufsicht des Staates abzuhalten und Qualifikations-Atteste auszustellen.

I. Mangel an Anstalten zur Ausbildung der Bauhandwerker.

Die in These 1 ausgesprochene, von allen Vereinen betonte und in der Abgeordneten-Versammlung einstimmig anerkannte mangelhafte Entwicklung der Anstalten zur Ausbildung derjenigen Bauhandwerker in Deutschland, welche als Meister, Werkmeister, Werkführer, Poliere, Bau-Aufseher u. s. w. Vorgesetzte oder Leiter der gewöhnlichen, handwerksmässig ausgebildeten Arbeiter werden wollen, ist dadurch am überzeugendsten klar zu stellen, wenn wir die Bildungs-Anstalten dieser Art — Baugewerk-Schulen — welche in den Ländern Deutschlands bestehen, einzeln anführen und deren Lehrkräfte, Schülerzahl u. s. w., so weit wir solche haben ermitteln können, kurz darlegen.

Königreich Preussen.

Dass die in Preussen in grösserer Zahl bestehenden Gewerbeschulen, und zwar sowohl die „Provinzial-Gewerbeschulen“ nach dem Organisations-Plane vom Jahre 1850 als auch die „reorganisirten Gewerbeschulen“ nach dem Organisations-Plane vom Jahre 1870, dem vorliegenden Zwecke der fachlichen Ausbildung der Bauhandwerker nicht entsprechen und nach ihrem Lehrplane auch nicht entsprechen sollen, bedarf einer weiteren ausführlichen Darlegung nicht. Die ersteren bestehen in der Regel aus zwei Klassen, jede mit einjährigem Kursus, von denen die untere hauptsächlich für den theoretischen Unterricht und die Uebung im Zeichnen, die obere auch zur Anwendung des Erlernten auf die Gewerbe bestimmt ist. Als Aufnahme-Bedingungen gelten für diese Schulen ein Alter von mindestens 14 Jahren, fertiges Lesen und Schreiben ohne wesentliche Verstösse gegen die Gram-

matik, Rechnen mit ganzen Zahlen und gewöhnlichen Brüchen, Ausmessen von geradlinigen Figuren und prismatischen Körpern, sowie Uebung im Zeichnen.

Anreorganisirten Gewerbeschulen, welche gemeinschaftlich vom Staate und den Gemeinden unterhalten werden und zum Theil an die Stelle der vorstehend genannten Provinzial-Gewerbeschulen getreten sind und ferner treten, giebt es in Preussen gegenwärtig etwa 16. Dieselben haben 3 Klassen mit einjährigen Kursen, von denen die beiden ersten allgemein vorbereitenden Unterricht für die dritte Fachklasse geben. Letztere besteht aus vier Abtheilungen: a. zur Vorbereitung für eine technische höhere Lehranstalt, b. für Bauhandwerker, c. für mechanisch-technische Gewerbe, d. für chemisch-technische Gewerbe. — Zur Aufnahme ist das Alter von 14 Jahren und das Zeugniß der Reife für die Sekunda eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung erforderlich. Die Unterrichts-Gegenstände sind die deutsche, französische und englische Sprache, Geschichte, Geographie, Freihandzeichnen, reine Mathematik, Physik, Chemie, chemische Technologie, Mineralogie, Linearzeichnen, theoretische Mechanik, Feldmessen und Nivelliren, Modelliren, Maschinenlehre, Bau-Konstruktionslehre, Zeichnen und Veranschlagen.

Hieraus geht klar hervor, dass diese beiden Arten von Gewerbeschulen vorzugsweise zur allgemeinen Vorbildung für gewerbliche Berufsklassen bestimmt sind, nicht aber zur fachlichen Ausbildung der Bauhandwerker dienen können.

Anstalten zur fachlichen Ausbildung der Bauhandwerker — Baugewerk-Schulen — sind in den 7 älteren Preussischen Provinzen Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Pommern, Preussen, Posen und Rheinlande überhaupt nicht vorhanden und müssen für diese Provinzen die Baugewerk-Schulen in den anderen Provinzen und benachbarten kleinen Ländern einigermaassen ausbilden, wie wir weiter unten speziell nachweisen werden.

1. Von den älteren Preussischen Provinzen hat nur Westfalen eine Baugewerk-Schule, und zwar in Höxter an der Weser. Es ist das eine reine Privat-Anstalt, welche weder vom Staate, noch von der Provinz, noch von der Stadt Höxter irgend welche Zuschüsse erhält oder erhalten hat. Diese im Jahre 1864 gegründete Anstalt erhält sich demnach allein aus dem Schulgelde, welches pro Semester mit Unterrichtsmaterial und ärztlicher Pflege 135 Mark beträgt, und hatte für das Jahr 1875/76 ein Budget von 70075 Mark. Das Lehrerkollegium besteht aus dem Direktor Möllinger, 8 Architekten und Ingenieuren, einem Bildhauer, einem Reallehrer und einem Lehrer für Baurecht, zusammen 12 Lehrern, welche den Unterricht in 3 Klassen erteilen.

Besucht wurde diese Schule

a) im Sommer-Semester 1875	von 62 Schülern
b) „ Winter- „ 1875/76 „ 420 „	
c) „ Sommer- „ 1876 „ 85 „	

Von den Schülern des Jahres 1875/76 entfielen der Heimath nach:

auf die Provinz Preussen	= 28 Schüler
„ „ „ Pommern	= 12 „
„ „ „ Brandenburg	= 66 „
„ „ „ Sachsen	= 71 „
„ „ „ Posen	= 21 „
„ „ „ Schlesien	= 18 „
„ „ „ Westfalen	= 98 „
„ „ „ Rheinland	= 57 „
„ „ „ Schleswig-Holstein	= 5 „
„ „ „ Hannover	= 11 „
„ „ „ Hessen	= 5 „

Zusammen aus den Preussischen Provinzen 392 Schüler.

Die übrigen 90 Schüler entfallen auf andere deutsche Länder und das Ausland (16). Von den Schülern waren 230 von 16 bis 20 Jahre, 221 von 21 bis 27 Jahre alt, und es besuchten von denselben 110 die erste, 193 die zweite und 179 die dritte Klasse.

2. In der Provinz Hannover besteht eine ältere, schon im Jahre 1853 gegründete Baugewerk-Schule zu Nienburg an der Weser, welche wie früher im Königreiche Hannover auch jetzt vom Staate erhalten wird und unter staatlicher Leitung und Aufsicht steht. Der Zuschuss vom Staate betrug im Jahre 1875 = 24600 Mark und es wurde von der Anstalt auch das von der Stadt Nienburg erbaute Haupt-Schulgebäude sowie das Nebengebäude erhalten. Das Unterrichtsgeld beträgt für jeden Kursus 45 Mark. Der Unterricht findet nur im Winterhalbjahre statt und ist nach drei Klassen eingetheilt. — An der Anstalt wirken ausser dem Direktor Baurath Rhien 9 technische und 6 nicht technische, zusammen 16 Lehrer.

Im Winter-Kursus 1875/76 wurde die Anstalt von 271 Schülern besucht, von denen aus Preussen 216, aus den übrigen deutschen Bundes-Staaten 47, aus dem Auslande 8 gebürtig waren. — Dem Berufe nach waren davon 143 Maurer und Steinhauer, 110 Zimmerer, 14 Tischler, 2 Maschinenbauer und 2 Steinsetzer.

Für die Aufnahme ist es Bedingung, dass der Schüler wenigstens 2 Sommer hindurch sein Gewerbe im Dienste eines Meisters praktisch ausgeübt hat, diktirte Sätze geläufig richtig nachschreiben, auch die im gewöhnlichen Leben üblichen Rechnungsarten gewandt auszuführen versteht.

Ausser dieser älteren vom Staate unterhaltenen Baugewerk-Schule sind in der Provinz Hannover in der neuesten Zeit noch 2 Privatanstalten dieser Art entstanden, welche zwar einen abweichenden Namen führen, jedoch der Hauptsache nach Bauhandwerker ausbilden. Es sind dies die technische Fachschule der Stadt Buxtehude, welche im Jahre 1875 gegründet, von der Stadt Buxtehude erhalten wird. An der Anstalt wirken ausser dem Direktor Hittenkofer 7 Techniker und 3 Nicht-Techniker und es wurde dieselbe im Winter-Semester 1876/77 von 223 Schülern besucht, welche auf die kunsttechnische, bautechnische und maschinentechnische Fachklasse sich vertheilen, von denen jedoch 202 Schüler auf die bautechnische Abtheilung entfallen. Von diesen Schülern sind 163 aus Preussen, 12 aus Mecklenburg, 9 aus Oldenburg, 9 aus Braunschweig, 17 aus den übrigen deutschen Staaten, 13 aus dem Auslande, Norwegen, Dänemark u. s. w. Das Unterrichtsgeld beträgt pro Semester 109 Mark incl. Schreib- und Zeichen Materialien.

Die bautechnische Fachschule (Technikum) zu Hannover ist eine im Jahre 1875 gegründete Privatanstalt, welche im Winter 1875/76 = 21 Schüler hatte und jetzt im Winter 1876/77 = 40 bis 50 Schüler haben wird. Es unterrichten an derselben ausser dem Direktor Klücher 7 Lehrer. Das Unterrichtsgeld beträgt pro Semester 90 Mark.

3. In der Provinz Schleswig-Holstein besteht eine Baugewerk-Schule zu Eckernförde, welche im Jahre 1868 als städtisches Institut gegründet, auch jetzt noch von der Stadt Eckernförde unterhalten wird. Die Stadt hat zur Errichtung und Unterhaltung der Anstalt ausser dem Gebäude, welches 54000 Mark gekostet hat, nach und nach etwa 50000 Mark zugeschossen und erst im Jahre 1875 hat die Stadt vom Staate eine Beihilfe von 4500 Mark erhalten, welcher Beitrag für das Jahr 1876 wiederholt und für fernere Zeit in Aussicht gestellt worden ist. — Die Schule wurde im Winter-Semester 1875/76 von 174 Schülern, im Sommer-Semester 1876 von 44 Schülern besucht. Das Lehrer-Kollegium besteht ausser dem Direktor Dietrich aus 7 Architekten und Ingenieuren und 3 Hülfslehrern. Der Lehrplan ist auf 4 Semester-Kurse berechnet und es wird ausser einer allgemeinen Schulbildung die Vollendung der praktischen Lehrzeit vorausgesetzt. — Das Schulgeld incl. Schreib- und Zeichen-Materialien und ärztliche Behandlung nebst Medikamenten in Krankheitsfällen beträgt pro Semester 120 Mark. Die Abgangsprüfungen werden unter Kontrolle eines königlichen Kommissars abgehalten.

4. In der Provinz Hessen-Nassau bestehen zwei Baugewerk-Schulen, und zwar die eine zu Idstein in der Provinz Nassau, die andere zu Rinteln in der Hessischen Grafschaft Schaumburg. Die Baugewerk-Schule zu Idstein, eine städtische Anstalt, ist im Jahre 1869

gegründet und wurde mit Ausnahme eines zeitweise vom Provinzial-Landtage geleisteten Zuschusses von jährlich 2100 Mark ganz von der Stadt Idstein erhalten.

Im Winter-Semester 1875/76 wurde die Schule von 182 Schülern, im Sommer-Semester 1876 von 37 Schülern besucht, von denen aus

dem Regierungs-Bezirk Wiesbaden	115
der Rheinprovinz	41
der Provinz Westfalen	31
der Provinz Hessen	10
der Stadt Frankfurt	11

die übrigen aus den anderen Provinzen Preussens und anderen Staaten gebürtig waren. Von den Schülern gehörten 202 den Baugewerken und 17 dem Maschineweise an.

Die Baugewerk-Schule zerfällt in 4 Klassen mit Semester-Kursen und es wird der Unterricht ausser von dem Direktor Baumbach von 10 Architekten und Ingenieuren und einem Nicht-Techniker erteilt.

Das Schulgeld beträgt einschliesslich der Schreib- und Zeichen-Materialien pro Semester 120 Mark. — Es finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Gemeinderathe und den staatlichen Behörden wegen Gewährung eines dauernden Zuschusses und wegen Uebnahme der oberen Aufsicht von Seiten des Staates statt.

Eine zweite, ähnliche Bildungs-Anstalt besteht seit einigen Monaten in Rinteln an der Weser, in der Hessischen Grafschaft Schaumburg. Dieselbe ist im Jahre 1874 zu Münden in der Provinz Hannover als Privat-Anstalt unter einem Zuschuss aus städtischen Mitteln gegründet und von dort seit kurzer Zeit nach Rinteln verlegt.

Diese Anstalt, welche unter dem Namen „Technikum“ einen sehr weiten Lehrplan für Bauhandwerker, Architekten, Bau-Ingenieure, Werkmeister, Maschinen-Ingenieure, Mühlenbauer, Geometer und Landwirthe aufgestellt hat, scheint der Hauptsache nach wohl ebenfalls eine Baugewerk-Schule, jedoch noch in einer wechsellvollen ersten Entwicklung begriffen zu sein. — Dieselbe soll in diesem Winter-Semester 1876/77 etwa 100 Schüler haben.

Das Schulgeld beträgt pro Semester 90 Mark.

Königreich Bayern.

In Bayern sind 5 Baugewerk-Schulen vorhanden.

1. In München besteht eine Baugewerk-Schule als selbstständige königliche Anstalt mit etwa 100 Schülern in dem Jahre 1875/76; dieselbe ist jedoch in einer neuen Organisation begriffen und wird von 1877/78 an als Neben-Anstalt mit der königlichen Industrie-Schule vereinigt werden.

2. Die Baugewerk-Schule zu Nürnberg ist eine städtische Anstalt, welche aus Gemeindemitteln, jedoch unter namhaften Zuschüssen aus Kreis- und Staatsfonds unterhalten wird. Dieselbe macht eine zweijährige praktische Beschäftigung zur Bedingung der Aufnahme, hatte im Jahre 1875/76 = 140 Schüler und erhebt ein Schulgeld von 20 Mark pro Semester.

3. Die Baugewerk-Schule zu Kaiserslautern wird aus Kreismitteln mit nicht unerheblichen Zuschüssen aus Staatsfonds erhalten. Dieselbe ist noch in der Entwicklung begriffen, hatte im Jahre 1875/76 = 68 Schüler, wird aber im folgenden Jahre einen dritten Kursus erhalten.

4. Die Baugewerk-Schule zu Regensburg ist eine Abtheilung der dortigen Kreis-Gewerbe-Schule und hatte im Jahre 1876/77 = 19 Schüler.

5. Die Baugewerk-Schule zu Würzburg ist ebenfalls eine Abtheilung der dortigen Kreis-Gewerbe-Schule, wird mit dieser aus Kreismitteln erhalten und hatte 1875/76 = 110 Schüler.

Königreich Württemberg.

Im Königreiche Württemberg besteht eine sehr entwickelte und ausgebildete königliche Baugewerk-Schule in Stuttgart. Dieselbe wurde im Jahre 1845 vom Oberbaurath von Egle mit Unterstützung des Staates gegründet und im Jahre 1853 vom Staate ganz übernommen. Der Staat liess für die Schule ein grosses neues Gebäude für 500000 Mark ausführen und es nahm die Frequenz der Schule immer mehr zu.

Der Unterricht wird in Halbjahrs-Kursen (Klassen) erteilt, welche entweder nur im Winter oder auch im Sommer abgehalten werden. Die Schule zerfällt in 3 Abtheilungen:

- a) eine Bauschule mit 6 Semester-Kursen,
- b) eine Schule für Geometer, landwirthschaftliche und niedere Wasserbau-Techniker mit 5 Semester-Kursen,
- c) eine Maschinenbau-Schule mit 5 Semester-Kursen.

In der ersten und zweiten Klasse wird vorbereitender, für alle Fachschulen gemeinsamer Unterricht erteilt. Für den Eintritt in die erste Klasse wird das zurückgelegte 14. Lebensjahr und das Zeugnis des Besuchs einer guten Volksschule mit genügendem Erfolge gefordert. Das Schulgeld beträgt pro Semester 36 Mark.

Dieselbe war im letzten Schuljahre — Sommer- und Winter-Kursus zusammengerechnet — von 797 Bauhandwerkern, 167 Geometern und Kultur-Technikern, 132 Maschinenbauern und sonstigen Metall-Arbeitern, sowie 75 Angehörigen anderer Berufsarten, zusammen von 1171 Schülern besucht, worunter 223 Nicht-Württemberger sich befanden.

Königreich Sachsen.

Im Königreich Sachsen bestehen seit dem Jahre 1837 fünf Baugewerk-Schulen, welche sämtlich allein vom Staate unterhalten werden, und zwar:

1) in Dresden mit 6 Lehrern und 107 Schülern	
2) „ Leipzig „ 5 „ „ 60 „	
3) „ Chemnitz „ 13 „ „ 136 „	
4) „ Zittau „ 5 „ „ 90 „	
5) „ Plauen „ 4 „ „ 50 „	

Die Baugewerk-Schule in Chemnitz ist mit der höheren Gewerbe- und Werkmeister-Schule unter einem Direktor verbunden.

Grossherzogthum Sachsen-Weimar.

Im Grossherzogthum Weimar besteht eine Baugewerk-Schule in Stadt-Sulza. Dieselbe ist im Jahre 1874 gegründet und erhält weder vom Staate noch von der Stadt Zuschüsse; diese werden vielmehr von einer Privat-Gesellschaft geleistet und haben im Jahre 1875/76 etwa 3—4000 Mark betragen.

Die Schülerzahl betrug im Winter-Semester 1875/76 = 75, im Sommer-Semester 1876 = 30. Von denselben waren 56 aus Preussen und zwar vorzugsweise aus den östlichen Provinzen, 19 aus dem Königreiche Sachsen und 26 aus den sächsischen Herzogthümern gebürtig.

Das Lehrer-Personal besteht mit dem Direktor Jeep aus 5 Technikern und 2 Nicht-Technikern. — Die Schule hat eine Vorbereitungs-klasse, 3 Fachklassen und eine Oberklasse. Das Schulgeld beträgt pro Semester 120 Mark.

Herzogthum Braunschweig.

Im Herzogthum Braunschweig besteht eine Baugewerk-Schule in Holzminden an der Weser, welche vom Kreis-Baumeister Haarmann im Winter 1831/32 gegründet und 32 Jahre geleitet ist und jetzt unter der Direktion des Sohnes desselben steht. — Diese Schule erhält von der Herzoglichen Landes-Regierung einen Zuschuss von jährlich 3600 Mk. und es sind ausserdem die von der Schule benutzten Unterrichts-, Kasernements-, Verpflegungs- und Oekonomie-Gebäude Eigenthum des Staates und von diesem der Schule ohne weitere Entschädigung zur Disposition gestellt, werden jedoch auf Kosten der Schule unterhalten.

Die Zahl der Schüler betrug im Winter-Semester 1875/76 = 931, im Sommer 1876 = 207 und im Winter-Semester 1876/77 = 1018. — Von den Schülern der beiden ersten Semester waren 461 Maurer, 37 Steinbauer, 331 Zimmerer, 7 Dachdecker, 61 Tischler, 178 Schlosser und Maschinenbauer und 43 Mühlenbauer.

Von denselben waren gebürtig:

aus Anhalt im Winter 1875/76 = 15, im Sommer 1876 = 1

„ Altenburg	„ „ 7, „ „ 3
„ Baden	„ „ 11, „ „ 7
„ Bayern	„ „ 6, „ „ 2
„ Braunschweig	„ „ 110, „ „ —
„ Bremen	„ „ 15, „ „ —
„ Bückeburg	„ „ 2, „ „ —
„ Coburg-Gotha	„ „ 8, „ „ 1
„ Detmold	„ „ 16, „ „ —
„ Elsass-Lothringen	„ „ 3, „ „ —
„ Hessen-Darmstadt	„ „ 7, „ „ 2
„ Hamburg	„ „ 2, „ „ —
„ Lübeck	„ „ 3, „ „ —
„ Mecklenburg	„ „ 17, „ „ 2
„ Meiningen	„ „ 5, „ „ 1
„ Oldenburg	„ „ 23, „ „ 2
„ Preussen	„ „ 631, „ „ 129
„ Reuss	„ „ 5, „ „ —
„ Sachsen	„ „ 36, „ „ 9
„ Schwarzburg	„ „ 6, „ „ 3
„ Weimar	„ „ 5, „ „ 1
„ Württemberg	„ „ 1, „ „ —
„ Waldeck	„ „ 3, „ „ 2
„ Dänemark	„ „ 3, „ „ 1
„ Holland	„ „ 1, „ „ 1
„ Schweden u. Norwegen	„ „ 4, „ „ 3
„ Oesterreich-Ungarn	„ „ 10, „ „ 4
„ Russland	„ „ 8, „ „ 3
„ Rumänien	„ „ 1, „ „ —
„ Schweiz	„ „ 10, „ „ 1
„ Serbien	„ „ 1, „ „ —
„ Amerika	„ „ 6, „ „ 1

Die Schüler des Winter-Semesters 1875/76 vertheilten sich in folgender Weise auf die Klassen:

A. In der Schule für Bauhandwerker

waren:

in der 4. Klasse = 138 Schüler in 2 Parallel-Klassen	
„ 8. „ 354 „ 6 „ „	
„ 2. „ 192 „ 4 „ „	
„ 1. „ 164 „ 3 „ „	
„ Oberklasse 10 „ 1 Klasse.	

B. In der Schule für Maschinen- und Mühlenbauer

waren:

in der 3. Klasse = 63 Schüler	
„ 2. „ 32 „	} in je einer Klasse.
„ 1. „ 28 „	

An der Schule wirkten ausser dem Direktor Haarmann 14 Architekten und Bau-Ingenieure, 4 Maschinen-Ingenieure, 7 Lehrer für Mathematik, Mechanik und Feldmessen, 6 Bildhauer als Lehrer für Zeichnen und Bossiren, 1 Lehrer für Chemie und technische Gewerbekunde, 1 Lehrer für Buchführung, 1 Lehrer für Baurecht, 1 Elementarlehrer, zusammen 42 Lehrer.

Das Schulgeld für Unterricht, Unterrichts-Materialien, einen Jahrgang der Zeitschrift für Bauhandwerker, für ärztliche Verpflegung, Schulrock und Wäsche beträgt für ein Semester 165 Mark.

Wir haben bei den Mittheilungen über die Baugewerk-Schule zu Holzminde etwas länger verweilt, weil dieselbe die älteste Bildungs-Anstalt dieser Art in Deutschland ist, welche seit langer Zeit in voller Blüthe steht und der Mehrzahl der später gegründeten Schulen dieser Art als Muster gedient hat und noch dient.

Freie Stadt Hamburg.

In Hamburg besteht eine Schule für Bauhandwerker in Verbindung mit einer allgemeinen Gewerbe-Schule.

Die Schule für Bauhandwerker wurde am 1. November 1865 mit 51 Schülern eröffnet und hatte im Winter-Semester 1875/76 = 91 Schüler, von denen 47 Maurer und 41 Zimmerleute waren. Dieselbe hatte 4 Klassen in Winterkursen von fünfmonatlicher Dauer und einen Lehrplan von 48 Lehrstunden in der Woche. — Für diese gemeinschaftliche Lehr-Anstalt in Verbindung mit einem Gewerbe-Museum und einer Realschule ist in den Jahren 1874—1876 ein neues Gebäude von 105,6^m Länge, 76,1^m Tiefe und mit zwei inneren Höfen für einen Kostenaufwand von 2400000 Mark errichtet. An der Schule für Bauhandwerker wirken ausser dem Direktor Jessen 8 Lehrer. Das Schulgeld beträgt für jeden Kursus 90 Mark. Der Zuschuss des Staates betrug für beide Schulen im Jahre 1875 = 48268 Mark und ist es uns nicht bekannt, wie viel davon auf die Schule für Bauhandwerker entfällt.

In den Grossherzogthümern Baden, Hessen, Oldenburg und Mecklenburg, sowie in den sämtlichen übrigen kleineren deutschen Staaten bestehen, soweit bekannt, Baugewerk-Schulen nicht.

Aus der vorstehenden kurzen Darlegung des jetzigen Standes der Baugewerk-Schulen in Deutschland geht klar hervor, dass solche

Schulen durchaus nicht allgemein genügend vorhanden und entwickelt sind. Vor allem fällt der gänzliche Mangel an solchen Schulen in den 7 älteren Preussischen Provinzen Brandenburg, Sachsen, Schlesien, Pommern, Preussen, Posen und Rheinland auf, während es doch unzweifelhaft ist, dass für diese Provinzen das Bedürfniss an solchen Bildungs-Anstalten ebenso dringend und bei ihrer zum Theil sehr entwickelten Bauhütigkeit vielleicht in einem noch höheren Maasse vorliegt, wie in der Mehrzahl der übrigen deutschen Staaten. — Ebenso tritt der Mangel an solchen Schulen in den Staaten Baden, Hessen, Oldenburg und Mecklenburg auffallend hervor.

Zwar ist es den jungen Bauhandwerkern dieser Preussischen Provinzen und kleineren Staaten möglich, ihre Ausbildung in den Schulen anderer Provinzen und Staaten zu suchen, und es ist ja in Wirklichkeit die Mehrzahl der Schüler einiger Anstalten, namentlich in Hörter, Holzminden und Idstein, aus denjenigen Preussischen Provinzen und anderen Staaten gebürtig, welche keine Baugewerk-Schulen besitzen, doch ist das gewiss kein naturgemässer normaler Zustand. Wir kommen hiermit auf die Thesen 2 und 3, die Errichtung solcher Schulen betreffend.

II. Nothwendigkeit der Errichtung von Baugewerk-Schulen.

Die dem Verbands angehörigen Architekten- und Ingenieur-Vereine haben in ihren schriftlichen Gutachten dargelegt und die Delegirten derselben haben in der Abgeordneten-Versammlung durch die Thesen 2 und 3 einstimmig ausgesprochen, dass es für eine bessere Entwicklung der Baugewerbe und für die praktische Ausbildung des Bauwesens dringend erwünscht sei, in denjenigen Staaten und resp. Provinzen der grossen Staaten, wo Baugewerk-Schulen noch nicht bestehen, solche baldigst einzurichten, und zwar auf Kosten der Staaten resp. in den grösseren Staaten auf Kosten der Provinzen allein oder unter deren Beihilfe von geeigneten Städten.

Die jungen Bauhandwerker derjenigen Provinzen und Staaten, welche keine Baugewerk-Schulen besitzen, besuchen jetzt zwar zum Theil Schulen anderer Gegenden und Länder, und es waren z. B. auf der Baugewerk-Schule zu Hörter in Westfalen im vergangenen Schuljahre 216 Schüler aus den 6 östlichen Preussischen Provinzen, die Schule zu Holzminden im Herzogthum Braunschweig wurde im letzten Winter-Semester von 631 Schülern aus Preussen, und zwar vorzugsweise aus den östlichen Provinzen, besucht, da von den Bauhandwerkern aus den neuen Preussischen Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau meistens die innerhalb derselben

gelegenen Schulen zu Nienburg, Eckernförde und Idstein besucht werden.

Dieses Verhältniss hat wesentliche Nachteile im Gefolge. Einmal ist es nur einer verhältnissmässig kleinen Zahl von Bauhandwerkern möglich, die entfernten Schulen zu besuchen, da die Kosten durch die Reisen und den theureren Aufenthalt an den sehr stark besuchten Schulen erheblich erhöht werden. Manche Bauhandwerker unterlassen ferner ihre weitere Ausbildung auf entfernten Schulen, weil ihnen die Verhältnisse derselben nicht bekannt sind und die Anregung dazu fehlt, während sie eine Schule an einem Orte, welcher ihnen nahe gelegen ist, wo sie bekannt sind oder vielleicht verwandtschaftliche Beziehungen haben, wahrscheinlich besuchen würden. Welchen Einfluss die Nähe der Schulen auf den Besuch hat, geht aus den oben mitgetheilten Zahlen deutlich hervor. So z. B. waren im Jahre 1875/76 auf der Baugewerk-Schule zu Hörter von 392 Schülern 155 aus den Provinzen Westfalen und Rheinland, auf der Schule zu Idstein von 219 Schülern 115 aus dem Regierungs-Bezirk Wiesbaden und in Holzminden 110 Schüler aus dem Herzogthum Braunschweig.

Die Zahl der Bauhandwerker steht in den verschiedenen Staaten und Provinzen zwar nicht in gleichem Verhältnisse zu der Zahl der Einwohner, doch geben diese Zahlen einigen Anhalt für das Bedürfniss an Baugewerk-Schulen. Wenn

in Bayern . . .	auf 5000 000 Einwohner	5 Baugewerk-Schulen
„ Sachsen . . .	2 760 000	5 „
„ Württemberg „	1 880 000	eine Baugewerk-Schule
mit etwa 800 Baugewerk-Schülern kommen, in der Provinz Hannover mit 2 000 000 Einwohnern 3 Baugewerk-Schulen, in der Provinz Schleswig-Holstein mit 1 000 000 Einw. eine Baugewerk-Schule bestehen, und aus dem Regierungs-Bezirk Wiesbaden 115 Schüler sowie aus dem Herzogthum Braunschweig, mit 327 000 Einwohnern, 119 Schüler die Baugewerk-Schulen zu Idstein und resp. Holzminden und Buxtehude besuchen, so folgt daraus unzweifelhaft:		
dass die Provinz Preussen	mit 3 200 000 Einwohnern	
„ Posen	1 600 000	„
„ Brandenburg	2 900 000	„
„ Pommern	1 500 000	„
„ Schlesien	3 700 000	„
„ Sachsen	2 100 000	„
„ Rheinland	3 600 000	„
das Grossherzogth. Baden	1 500 000	„
„ Hessen	880 000	„
„ Mecklenburg-Schwerin „	560 000	„
„ Oldenburg	320 000	„

mindestens je eine oder zwei Baugewerk-Schulen erhalten müssen, wenn dem Bedürfnisse der Ausbildung ihrer Bauhandwerker abgeholfen werden soll.

Nach der einstimmigen Ansicht der Abgeordneten der Architekten- und Ingenieur-Vereine des Verbandes sind diese Baugewerk-Schulen auf Kosten der Staaten, oder in grösseren Staaten auf Kosten der Provinzen allein oder unter deren Beihilfe von geeigneten Städten zu errichten und zu erhalten. — In den Königreichen Bayern, Württemberg und Sachsen so wie zu Hamburg sind die Baugewerk-Schulen Staats-Anstalten und auch in der Provinz Hannover wird die von der früheren Kgl. Hannoverschen Regierung errichtete Baugewerk-Schule in Nienburg an der Weser noch jetzt vom Preussischen Staate erhalten; die übrigen Baugewerk-Schulen in Eekernförde, Höxter, Buxtehude, Hannover, Rinteln, Idstein, Stadt-Sulza und Holzminden sind reine Privat- oder von Städten unterstützte Anstalten, von denen nur die erste und die letzte geringe jährliche Zuschüsse im Betrage von 4500 Mark und resp. 3600 Mark von den Staaten Preussen und Braunschweig erhalten.

Diese Privat-Anstalten können meistens nur mit der äussersten Anstrengung bestehen, müssen ihre Ausgaben für Lehrkräfte und Lehrmittel auf ein verhältnissmässig sehr geringes Maass beschränken, können nur einzelne Lehrkräfte dauernd an die Anstalt fesseln, müssen in der Regel eine zu grosse Schülerzahl in den einzelnen Klassen unterrichten, die Lehrer vielfach überanstrengen und sind gezwungen, damit sie überhaupt bestehen können, ein zu hohes Schulgeld von den Schülern zu beanspruchen.

Dieses Schulgeld, welches wie oben speziell angeführt, pro Semester 90, 120 ja bis 165 Mark (einschliesslich einiger kleiner Nebenleistungen) beträgt, ist offenbar für eine grosse Zahl unbemittelter Schüler zu hoch und es ist dringend erwünscht, dass dasselbe, wie bei den meisten Staats-Baugewerk-Schulen, auf 40 bis 50 Mark pro Semester ermässigt wird.

Noch wichtiger ist es jedoch, dass durch die Zuschüsse des Staates die Baugewerk-Schulen in die Lage versetzt werden, tüchtige Lehrkräfte dauernd zu fesseln, die Zahl der Schüler in den oberen Klassen auf 25 bis 30, in den unteren auf 35 bis 40 zu ermässigen und die Lehrpläne unter Leitung von Staats-Behörden zweckmässig und einheitlich zu gestalten.

Ob die Baugewerk-Schulen zweckmässiger allein auf Kosten der Staaten resp. Provinzen oder von geeigneten Städten unter Beihilfe der Staaten resp. der Provinzen zu errichten und zu erhalten sind, dürfte weniger wesentlich und als eine offene Frage anzusehen sein. Jedenfalls wird jedoch von den Staaten die Errichtung der Baugewerk-Schulen in die Hand genommen und die Organisation derselben bestimmt resp. überwacht werden müssen.

Wenn wir hiermit der Errichtung von Baugewerk-Schulen durch die Staaten oder Provinzen dringend das Wort reden, so wollen wir jedoch nicht unterlassen, die hohen Verdienste der bestehenden Privat- und resp. städtischen Baugewerk-Schulen um die Ausbildung und Hebung des deutschen Baugewerkstandes ausdrücklich anzuerkennen. Diese Verdienste sind um so höher zu schätzen, je schwerer es den Gründern und Leitern derselben wurde, die Schulen ohne staatliche Hilfe in's Leben zu rufen und angemessen zu erhalten. Dringend ist es jedoch zu wünschen, dass die gut organisirten und geleiteten Privat-Baugewerk-Schulen von den betreffenden Staaten und Provinzen mit Geldmitteln unterstützt werden, damit sie im Stande sind, die oben angegebenen Mängel zu beseitigen und ihre Leistungen zu erhöhen.

III. Vorbildung für die Baugewerk-Schulen.

Die Architekten- und Ingenieur-Vereine haben sich in ihren schriftlichen Gutachten und die Abgeordneten derselben in der Versammlung zu München fast einstimmig dahin ausgesprochen, dass die Baugewerk-Schulen auf Grundlage einer guten Volksschulbildung zu organisiren und dass zur Ergänzung dieser Vorbildung sowohl sog. Fortbildungs-Schulen als auch Vorklassen bei den Baugewerk-Schulen zu empfehlen seien. Dass zur Erlangung einer guten Volksschulbildung nicht ein so mangelhafter Unterricht ausreicht, wie er in manchen Schulen auf dem Lande erteilt wird, bedarf der besonderen Bevorwortung wohl nicht, und es wurde von den Abgeordneten auch ausdrücklich betont, dass diese Vorbildung in guten Volks-Schulen (Bürger-Schulen, Elementar-Schulen u. s. w.) durch sog. Fortbildungs-Schulen und Vorklassen der Baugewerk-Schulen als Vorbereitung für den Unterricht in diesen letzteren zu ergänzen sei.

Die Baugewerk-Schulen auf Grundlage einer höheren Vorbildung zu organisiren würde unbedingt fehlerhaft und unrichtig sein. Die Ausbildung in den Baugewerk-Schulen muss allen praktischen Bauhandwerkern offen stehen, welche die Fähigkeit und den Eifer besitzen, in ihrem Fache eine über das Maass der gewöhnlichen handwerksmässig ausgebildeten Arbeiter hinausgehende Leistung und Stellung sich zu erwerben. Eine tüchtige praktische, handwerksmässige Ausbildung auf dem Bauplatze ist dabei eine unerlässliche Vorbedingung und es werden die Baugewerk-Schulen unbedingt höhere Erfolge erzielen, wenn ihre Schüler als die fähigsten aus diesen praktischen Kreisen hervorgehen, als wenn dieselben eine höhere Schulbildung besitzen, da-

bei aber vielleicht weniger begabt sind und eine praktische Ausbildung auf dem Bauplatze nur in einem geringeren Grade genossen haben.

Von besonderer Wichtigkeit sind dabei die sog. Fortbildungs-Schulen, welche den jungen Bauhandwerkern während ihrer Lehrzeit in den Abendstunden und an den Sonntagen Gelegenheit zur Weiterbildung in den Elementar-Kenntnissen, im Zeichnen etc. geben. Es wurde jedoch von vielen Vereinen hervorgehoben, dass eine grosse Zahl der sog. Fortbildungs-Schulen einer Reorganisation dringend bedürftig sei, um dem angegebenen Zwecke einer Vorbildung für die Baugewerk-Schulen, sowie der Fortbildung auch derjenigen Bauhandwerker zu entsprechen, welche eine weitergehende Ausbildung auf einer Baugewerk-Schule nicht beabsichtigen.

Als Mittel zur Reorganisation und Erhöhung der Leistungsfähigkeit dieser Fortbildungs-Schulen werden von den Vereinen empfohlen:

- a) die Einführung von drei, den drei Lehrjahren entsprechenden Klassen,
- b) die Trennung der Klassen nach Fächern und Gewerben,
- c) die Ausdehnung der Unterrichtszeit ausser auf die Abendstunden und die Sonntage auf ein oder zwei freie Nachmittage von Wochentagen,
- d) Einführung des Schulzwanges und Veranlassung der Lehrern, den Lehrlingen die Zeit zum Unterrichte von der Arbeit regelmässig frei zu geben.

Ausser den auf diese Weise reorganisirten Fortbildungs-Schulen, welche auch anderen Handwerkern und denjenigen Bauleuten zu Gute kommen, welche eine weitergehende Ausbildung auf einer Baugewerk-Schule nicht beabsichtigen, werden zur Vorbereitung für die Baugewerk-Schulen von vielen Seiten auch Vorklassen an denselben empfohlen und es wird zur Begründung der Zweckmässigkeit solcher Vorklassen angeführt:

- a) der Unterricht in den Fortbildungs-Schulen reiche für die Vorbereitung der Bauhandwerker, welche Baugewerk-Schulen besuchen wollen, meistens nicht aus,
 - b) die Lehrlinge der Bauhandwerker seien in der Regel im Winter weniger praktisch beschäftigt und würden in einem Wintersemester in einer Vorklasse mehr lernen, wie in mehreren Semestern der Fortbildungs-Schulen,
 - c) ausserdem würde durch die Einrichtung von Vorklassen an Baugewerk-Schulen der Besuch dieser Schulen selbst befördert.
- Dringend ist jedoch zu empfehlen, durch Einführung solcher Vorklassen an Baugewerk-Schulen die Reorganisation der Fortbildungs-Schulen nicht zurückzustellen, da dieselben für die anderen Handwerker nicht zu entbehren und zur Ergänzung des Volksschul-Unterrichts

einer grossen Zahl von Bauhandwerkern sehr geeignet erscheinen, weil sie an vielen Orten bestehen, wo Baugewerk-Schulen nicht sind, weil sie gleichzeitig neben der praktischen Arbeit und daher von Vielen besucht werden können, welche nicht die Mittel besitzen, sich ohne Verdienst an dem Orte einer Baugewerk-Schule mit Vorklassen aufzuhalten.

Ueber die nothwendige praktische Vorbildung für den Besuch der Baugewerk-Schulen hat sich die Abgeordneten-Versammlung in Uebereinstimmung mit den schriftlichen Gutachten der Vereine in These 6 dahin ausgesprochen, dass dem Besuche der Fachklassen der Baugewerk-Schulen eine praktische Beschäftigung von ein bis drei Sommer-Semestern vorhergehen muss. Eine solche praktische Beschäftigung auf dem Bauplatze ist eine unerlässliche Vorbedingung für den erfolgreichen Besuch der Baugewerk-Schulen und wird allgemein als solche anerkannt. Die Zeit der Ausbildung würde sich dann regelmässig so gestalten können, dass die jungen Leute bis zu ihrem 14. oder 15. Jahre die Volksschule besuchen, dann 2 oder 3 Jahre als Lehrlinge in dem von ihnen erwählten Baugewerke praktisch arbeiten und gleichzeitig in einer Fortbildungs-Schule sich weiter bilden, darauf, etwa 17 Jahre alt, den ersten Winter-Kursus der Baugewerk-Schule besuchen, in den folgenden Sommer-Semestern wieder praktisch arbeiten und mit dem 20. Jahre die oberste Klasse der Baugewerk-Schule absolviren, zu welcher Zeit sie dann in der Regel ihrer Militärpflicht werden genügen müssen.

Von diesem regelmässigen Bildungsgange werden selbstverständlich vielfache Abweichungen vorkommen und es ergibt sich aus der Statistik der meisten Baugewerk-Schulen, dass das Durchschnitts-Alter der Schüler nicht unerheblich über 20 Jahren liegt.

IV. Einrichtung der Baugewerk-Schulen.

Es kann selbstverständlich nicht die Absicht sein, hier speziell auf die Einrichtung der Baugewerk-Schulen einzugehen, und war das nicht die Aufgabe der Abgeordneten-Versammlung. In den Thesen 7 und 8 sind jedoch einige Grundsätze aufgestellt, welche sich auf die allgemeine Erfahrung stützen und für die Einrichtung der Schulen von besonderer Wichtigkeit sind.

Zunächst haben sich die schriftlichen Gutachten sämtlicher Vereine übereinstimmend und auch die Abgeordneten der Münchener Versammlung einstimmig dahin ausgesprochen, dass für die Baugewerk-Schulen Winter-Kurse einzurichten sind, in denen die Schüler ihre volle

Ausbildung erhalten können, ohne Sommer-Kurse zu besuchen. Die zwischen diesen Winter-Kursen liegenden Sommer-Semester sollen von den jungen Bauhandwerkern dazu verwendet werden, um sich auf den Bauplätzen praktisch weiter auszubilden, und es geben dieselben zugleich vielen Bauhandwerkern Gelegenheit, sich die Mittel ganz oder theilweise zu erwerben, um im Winter eine Baugewerk-Schule besuchen zu können. —

Die Mehrzahl der Vereine ist jedoch der Ansicht, dass an den grösseren Baugewerk-Schulen auch Sommer-Kurse einzurichten sind, welche in ihrer Einrichtung den Winter-Kursen parallel laufen, wodurch es, wenn auch nur einer kleineren Zahl älterer Schüler möglich wird, ihre Ausbildung rascher zu beenden, und wodurch ein Stamm guter Lehrer den Baugewerk-Schulen dauernd gesichert werden kann.

Was die Anzahl der Kurse oder Klassen anbetrifft, so geht die fast übereinstimmende Ansicht der Vereine und der Abgeordneten dahin, dass für die Ausbildung der Bauhandwerker drei bis vier Semester-Kurse erforderlich sind, abgesehen von dem etwaigen Besuche einer Vor-klasse, falls die nicht genügende Vorbildung der Schüler den Besuch einer solchen erfordert. — Dabei wird befürwortet, dass die Zahl der Schüler in den unteren Klassen mit Vorträgen 35 bis 40 Schüler und in den Klassen mit Unterricht im Zeichnen 25 bis 30 Schüler nicht überschreiten sollte. Hieraus folgt, dass an den besuchteren Baugewerk-Schulen Parallel-Klassen einzurichten sind, damit diese Zahl von Schülern in den einzelnen Klassen nicht überschritten zu werden braucht.

V. Abgangs-Prüfungen.

In der These 9 haben die Abgeordneten der Münchener Versammlung sich noch dahin ausgesprochen, dass von den Baugewerk-Schulen Abgangs-Prüfungen unter Aufsicht des Staates abzuhalten und Qualifikations-Atteste auszustellen seien. Diese Abgangs-Prüfungen werden von den Vereinen nicht allein im pädagogischen Interesse als zweckmässig empfohlen: es wird auch hervorgehoben, dass es nach Aufhebung der Meister-Prüfungen dringend im Interesse des Bauwesens liege, ein anerkanntes Mittel zu besitzen, die Bauhandwerker, welche sich durch theoretische Studien und praktische Uebungen einen gewissen Grad der Ausbildung erworben hätten, von denjenigen zu unterscheiden, welche eine solche Ausbildung nicht besitzen, und es wird die Bezeichnung: „Meister“ oder „Werkmeister“ für passend gehalten. Um diesen Abgangs-Prüfungen und Qualifikations-Attesten eine grössere Bedeutung zu verleihen und eine angemessene Autorität zu sichern, ist

die Mehrzahl der Vereine der Ansicht, dass die Abgangs-Prüfungen von Kommissionen abgehalten werden müssen, welche aus Lehrern der Baugewerk-Schulen und anderen bewährten Fachmännern (höheren Staats-Technikern) zusammengesetzt und unter die Leitung eines technischen Mitgliedes der die betreffende Unterrichts-Anstalt beaufsichtigenden Staatsbehörde zu stellen sind.

Wir schliessen hiermit unsere im Auftrage und nach den speziellen Beschlüssen der Abgeordneten-Versammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine zu München bearbeitete Denkschrift mit dem Wunsche, dass die in derselben dargelegten Mittheilungen, Grundsätze und Erfahrungen, welche den Meinungs Ausdruck einer durch ganz Deutschland verbreiteten Körperschaft von über 5000 sachverständigen Mitgliedern bilden, bei den betreffenden Behörden nicht unbeachtet bleiben mögen.

Köln und Karlsruhe im Januar 1877.

Die Kommission der Abgeordneten-Versammlung:

A. Funk. A. Kerler.

167¹⁴

DENKSCHRIFT
ÜBER
VERGEBUNG DER BAUARBEITEN
UND
BAUAKKORDE.

HERAUSGEGEBEN
VON DEM
VERBANDE DEUTSCHER ARCHITEKTEN- UND
INGENIEUR-VEREINE.

VERLAG DER DEUTSCHEN BAUZEITUNG.
IN KOMMISSION BEI CARL BEELITZ IN BERLIN.

Referat

des

Vereins für Baukunde zu Stuttgart.

Die Frage, wie sie in der Abgeordneten-Versammlung (zu Eisenach 1873) gestellt worden ist, lautet wörtlich:

„Welche Art der Eintheilung (Gross-Unternehmer, Klein-Unternehmer) und welche Art der Vergebung (Tagelohn, Handakkord, beschränkte Konkurrenz, allgemeine Konkurrenz), der Bau-Ausführungen ist im Bezirke der verschiedenen Vereine vorzugsweise in Anwendung, und welche Erfahrungen haben in diesen Beziehungen in den letzten Jahren bei der lebhaften Bauthätigkeit sich ergeben?“

Zur Einleitung der Verhandlungen über diese Frage sind vom Vorort des Verbandes der Stuttgarter „Verein für Baukunde“ als Referent und der Breslauer „Architekten- und Ingenieur-Verein“ als Korreferent ernannt worden.*)

Es liegen Berichte von fast allen Vereinen des Verbandes vor. Besonders reichhaltig sind dieselben:

1. vom Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen;
2. vom Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hannover;
3. vom Techniker-Verein zu Osnabrück.

Die Berichte der Vereine für Osnabrück und Hannover sind fast gleichbedeutend, so dass in dem nachfolgenden Referat beide zusammen als „Bericht von Hannover-Osnabrück“ behandelt werden können. Auch der Bericht von Niederrhein und Westfalen verräth eine gewisse Familien-Ähnlichkeit mit den beiden vorgenannten, doch ist so reichliches eigenes Material darin, dass er besonders behandelt werden muss. —

*) Namens des Breslauer Vereins erklärte dessen Vertreter, Herr Baurath Studt, in der Münchener Abgeordneten-Versammlung, dass die von den einzelnen Vereinen in der vorliegenden Frage abgegebenen Gutachten dem Breslauer Vereine erst vor Kurzem zugegangen seien, und dass dieser daher nicht in der Lage sei, zu referiren. Statt dessen übernahm der Vertreter des mit dem Korreferate für die frühere Abgeordneten-Versammlung zu Berlin beauftragten Osnabrücker Vereins, Stadt-Baumeister Hackländer, das Korreferat.

- Nicht minder reichhaltig und umfassend sind ferner die Berichte vom
4. Architekten- und Ingenieur-Verein in Hamburg;
 5. " " " " Breslau;
 6. Ingenieur- und Architekten-Verein in Ostpreussen, und als Beilage dazu, namentlich von dessen Filial-Verein zu Tilsit;
 7. Architekten-Verein zu Berlin.

Dieser ist jedoch dem Titel dieses Vereins entsprechend, vorherrschend nur auf Hochbauten bezugnehmend.

Umfänglichere Einzelberichte über die Erfahrungen verschiedener Baubehörden und Verwaltungen etc. liegen dann noch vor vom

8. Architekten- und Ingenieur-Verein in Westpreussen (Danzig) über den Bau der Eisenbahn von Stolpe nach Danzig.
9. Vom Verein für Baukunde in Stuttgart:
 - a) über die Erfahrungen bei den Württ. Staats-Eisenbahnen,
 - b) " " bei Bau-Unterhaltung derselben,
 - c) " " beim Bau der Staats-Strassen.

10. Vom Techniker-Verein im Grossherzogthum Baden: eine Aeusserung vom Ober-Ingenieur Beyer über von ihm ausgeführte Bauten des Ingenieurfaches.

Ferner sind als allgemeine Berichte von mittlerem Umfang zu nennen diejenigen vom

11. Architekten- und Ingenieur-Verein des Königreichs Bayern;
12. " " " " des Mittelrheins (Darmstadt);
13. Techniker-Verein im Grossherzogthum Baden.

Endlich sind kurze allgemeine Bemerkungen und Notizen vorhanden vom:

14. Architekten- und Ingenieur-Verein in Cassel;
15. Verein für Baukunde in Stuttgart;
16. " " " " in Lübeck;
17. Ingenieur- und Architekten-Verein im Königreich Sachsen;
18. " " " " in Frankfurt.

Das vorliegende Material giebt nun, wie aus der eben erstatteten Aufzählung der Berichte der einzelnen Vereine erhellt, ein genügend vollständiges und anschauliches Bild über die Gebräuchlichkeiten, Erfahrungen und Anschauungen in Nordwest- und Nordost-Deutschland, während dasselbe für Mittel- und Süd-Deutschland lückenhaft ist. Es ist also eine förmliche Statistik über das Bau-Akkordwesen nicht möglich; doch soll hiernach der Versuch gemacht werden, soweit als es die vorliegenden Berichte gestatten, eine kurze Uebersicht über das Bau-Akkordwesen in Deutschland zu geben.

Ehe jedoch damit begonnen werden kann, ist darauf aufmerksam zu machen, dass die Benennungen der verschiedenen Arten

von Bau-Akkorden etc. keineswegs überall in gleichem Sinn gebraucht werden.

So ist z. B. der Ausdruck „Gross-Unternehmer“ zwar in den meisten Fällen als gleichbedeutend mit „General-Unternehmer“ gebraucht; doch bezeichnet man hier und da mit diesem Worte auch solche Akkordanten, welche zwar nur eine oder zwei Arbeits-Kategorien, diese aber in einem grossen Umfang übernehmen. Der Referent wird diesen Ausdruck nur als gleichbedeutend mit General-Unternehmer gebrauchen. Ebenso werden unter dem Ausdruck „Klein-Unternehmer“ theils die Akkordanten für einzelne Arbeits-Kategorien, z. B. Zimmer-Arbeiten, Tischler-Arbeiten etc. verstanden, theils „Schachtmeister“ und sonstige Obmänner von kleinen Arbeiter-Gesellschaften, welche namens dieser Gesellschaften Akkorde zur Ausführung der Handarbeiten kleiner Partien von Grab- oder Maurer-Arbeiten abschliessen. In diesem Referat wird der Ausdruck „Klein-Unternehmer“ in diesem letzteren Sinne gebraucht und die Uebernehmer aller Arbeiten eines und desselben Gewerbes werden als solche bezeichnet werden.

In sehr verschiedenem Sinne ist auch die Benennung „Hand-Akkord“ gebraucht. Einige verstehen darunter alle Akkorde, welche ohne Konkurrenz, „unter der Hand“, durch Vereinbarung mit einem einzelnen Unternehmungslustigen abgeschlossen werden, gleichgültig, ob dieses in Form eines schriftlichen Vertrages oder nur mündlich geschieht. — Andere gebrauchen diesen Ausdruck bloss für Akkorde, die nicht schriftlich („auf Handschlag“) abgeschlossen werden, und wieder Andere bezeichnen damit nur Akkorde mit Schachtmeistern und mit den Obmännern von kleinen Arbeiter-Gesellschaften.

Endlich ist auch mit dem Wort Regie keineswegs immer der gleiche Sinn verbunden. Einige heissen schon die Ausführung mit Handwerksmeistern Regiebau. Die Meisten verstehen jedoch darunter diejenige Ausführungsweise, bei welcher die Bau-Verwaltung die Materialien selbst beschafft und nur die Hand-Arbeiten in kleinen Partien an Obmänner von kleinen Arbeiter-Gesellschaften und an kleine Meister oder auch, wo es unschwer geschehen kann, wie bei Steinhauser-Arbeiten, an die Gesellen selbst für im Voraus festgesetzte Preise pro Maasseinheit oder pro Stück, vergiebt. Der Referent gebraucht diese Bezeichnung lediglich in diesem Sinne und schliesst die Ausführung im Tagelohn ganz davon aus.

Hiernach kann über die jetzt in Deutschland üblichen Arten der Eintheilung und der Vergabung der Bau-Ausführungen auf Grundlage der Berichte der Einzel-Vereine Folgendes in aller Kürze berichtet werden:

I. Eintheilung der Bau-Ausführungen.

a. Die Ausführung von Bauten durch Gross-Unternehmer oder in sogenannter General-Entreprise ist wohl am häufigsten in Hamburg, und zwar sowohl für Staatsbauten als für Privatbauten, und dabei nach kontraktlichen Pauschsummen aber mit Preislisten, welche letztere dazu dienen, die durch etwaige Veränderungen des Projektes hervorgerufenen Mehr- oder Minder-Arbeiten danach berechnen zu können. Von diesen General-Entreprisen werden häufig behufs direkter Verakkordirung ausgehoben: die Eisen-Arbeiten, wie Säulen, Gitterbalken, Maschinen etc., sodann grössere Steinhauer-Arbeiten u. s. w.

Hamburg wird von seinem Verein „so recht die Heimath der General-Entreprise“ genannt. „Es ist dieses Verfahren beim Staatsbauwesen und einem bedeutenden Theil des Privatbauwesens vorzugsweise in Anwendung.“ Auch ist man dort mit den erzielten Resultaten wohl zufrieden. Auch in Berlin kommt in neuester Zeit, namentlich seit 1871, das Bauen in General-Entreprise bei besseren Privathäusern und Bank-Instituten etc. öfters, und bei der Stadt-Verwaltung wenigstens hier und da vor.

In Berlin und in Hamburg ist für das Aufkommen dieser Verdingungsweise namentlich der Wunsch bestimmend gewesen, die wirkliche Bausumme im Voraus sicher zu kennen. Doch mag auch die mühelose Abrechnung bei den Bauherren sowohl als bei den leitenden Architekten mitbestimmend gewesen sein.

Im übrigen Deutschland kommen neuerdings grosse Bauten in General-Entreprise, hauptsächlich bei der Militär-Verwaltung und besonders bei Festungsbauten (Cöln, Metz, Strassburg, Königsberg, Posen, Ingolstadt), sonst aber selten und nur bei Privatbauten vor.

Auch sollen da die gemachten Erfahrungen nicht immer befriedigend gewesen sein.

b. Die Abtheilung der Bau-Ausführungen nach den Arbeiten der verschiedenen Gewerbe und die Verdingung dieser an Meister der betreffenden Gewerbe ist mit etwaiger Ausnahme von Hamburg noch überall die vorherrschende, mit dem Unterschiede jedoch, dass in Nord-Deutschland bei den Maurer- und Zimmer-Arbeiten die Bau-Materialien direkt von der Bauherrschaft mit Lieferanten verakkordirt werden, während in Süd-Deutschland auch die Arbeiten dieser Art inclusive der Material-Lieferung zur Verakkordirung kommen.

Die Schlosser-, Schreiner etc. -Arbeiten werden in Nord- und Süd-Deutschland stets einschliesslich der Material-Lieferung verdingen.

Die Grab- und Maurer-Arbeiten werden bei sehr grossen Bauten (Eisenbahnen und sehr umfangreichen Hochbauten) oft in kleine Partien

zerlegt und jede davon an wirkliche Kleinunternehmer (Schachtmeister, Obmänner kleiner Arbeiter-Gesellschaften) vergeben, jedoch blos die Handarbeiten, während die Materialien von der Bauherrschaft geliefert und hier und da in eigenen Ziegeleien und Steinbrüchen gewonnen werden. Die letztere Art der Ausführung ist jedenfalls der sog. Regie so ähnlich, dass man sie wohl als solche bezeichnen kann. Der Breslauer Verein gebraucht das Wort „Regie“ schon für solche Bauausführungen, wo das Bauobjekt blos in Handwerkskategorien vertheilt und an Handwerksleute der einschlägigen Art verdingt wird, wenn dieses auf Grund von Preislisten und nicht gegen Pausch-Summen geschieht. Die Pausch-Summen sind in Schlesien nicht blos bei General-Entreprisen, sondern auch bei den Akkorden mit Schreibern, Glasern, Schlossern etc. nicht selten.

Regie-Bauten, bei denen die Arbeiten nicht blos mit Arbeiter-Gruppen, sondern (wie das bei Steinhauer-Arbeiten leicht möglich ist) mit den einzelnen Gesellen nach im Voraus festgesetzten Preisen verdingen werden, sind überall in Deutschland nur ausnahmsweise im Gebrauche, weil sie dem Baumeister viel zu thun geben und weil sie auch nur bei einem sehr tüchtigen und praktisch erfahrenen Hilfs-Personal an Bauführern und Polieren mit gutem Erfolg durchgeführt werden können.

II. Vergebung der Bau-Arbeiten.

a. Die Ausführung derselben im Tagelohn.

Diese wird heutigen Tages überall in Deutschland nach Thunlichkeit eingeschränkt und im Allgemeinen nur angewendet bei Arbeiten, deren Umfang und Schwierigkeit nicht im Voraus genau ermessen werden kann, und bei solchen, welche mit ganz ungewöhnlicher Sorgfalt ausgeführt werden müssen. Auch bei ganz ungewöhnlich reichen Arbeiten lässt sie sich nicht ganz vermeiden, wie z. B. bei Restaurations-Arbeiten an Domen etc. Doch wird auch hierfür die Verakkordirung an Gesellen dem gewöhnlichen Tagelohn vorzuziehen sein. Tagelohn-Arbeiten sind endlich auch bei Bau-Reparaturen aller Art, bei der Unterhaltung des Bahn-Oberbaues und dergl. wohl nie ganz zu umgehen und dabei auch thatsächlich noch vorherrschend in Anwendung. Es ist neuerdings selbst bei den Bau-Unternehmern und Handwerksmeistern gebräuchlich geworden, ihre Gesellen, soweit es irgend angeht, nach Preisen pro Stück oder pro Masseinheit zu belohnen und das System der Zeitlohnarbeit nur da anzuwenden, wo es nicht anders sein kann.

b. Vergebung unter der Hand, Handakkord, d. h. die Vergebung ohne vorherige Konkurrenz, kommt überall in Deutschland, namentlich bei Privatbauten, häufig vor. Im Allgemeinen haben sich

keine besonderen Mängel dabei herausgestellt. Bei Staatsbauten ist diese Art der Vergebung nur für ganz kleine Arbeiten erlaubt, sonst aber in der Regel überall ausgeschlossen. Eine Ausnahme macht die Preussische Staatsbahn von Altenbecken nach Holzminnen, wo viele und selbst grosse Arbeiten in Handakkord vergeben wurden. Letztere wurden aber dabei in kleine Partien getheilt und diese an Schachtmeister, Oberhauer, Poliere etc., also an Klein-Unternehmer, überlassen.

c. Vergebung in beschränkter Submission. Diese ist, den eingelaufenen Berichten zufolge, überall in Deutschland, besonders bei Privatbauten, häufig in Anwendung und in Technikerkreisen beliebter als die allgemeine und speziell als die allgemeine und öffentliche Submission. Soweit dieses Verfahren nicht geradezu verboten ist, findet es auch bei Staats- und Kommunal-Bauten häufige Anwendung.

d. Die Vergebung in allgemeiner Submission.

Man unterscheidet dabei zweierlei Arten, je nachdem die Submissions-Angebote in öffentlichem Termin und im Beisein der Submittenten, oder nur von zwei Beamten erbrochen und protokollarisch verzeichnet werden. Ersteres Verfahren bezeichnet man wohl mit der Benennung: „allgemeine und öffentliche Submission“. Man hält diese Art der Öffentlichkeit der Submissionen nicht für wünschenswerth und gut, und es ist auch, den Berichten zufolge, überall der Wunsch vorhanden, dass man bei allgemeinen Submissionen nicht gehalten sein sollte, die Arbeiten dem Mindestfordernden geben zu müssen. Im Hamburgischen Staatsdienste werden zwar alle Bauten im Wege der allgemeinen Submission vergeben, jedoch stets mit dem ausgesprochenen Vorbehalte, dass nicht das niedrigste, sondern das „annehmbarste“ Angebot gewählt wird. Bei solcher Beschränkung der allgemeinen Submission wird letztere für unbedenklich gehalten. Bei den Hamburger Privatbauten ist gleichwohl die beschränkte Submission vorherrschend, wie anderswo auch. — Die allgemeine Submission ist in allen deutschen Ländern für die Staatsbauten Regel, doch scheint man dabei nirgends unbedingt an den Mindestfordernden gebunden zu sein.

Die Vergebung der Bauarbeiten mittels der Lizitation wird allgemein verurtheilt und scheint auch fast überall aufgehört zu haben.

Nachzutragen ist noch, dass bei allen Arten der Abtheilung der Bau-Ausführungen und Bauarbeits-Verdingungen der Akkord häufig auf Pausch-Summen abgeschlossen wird; dieses scheint dem Breslauer Bericht zu Folge in Schlesien sogar ziemlich häufig der Fall zu sein. Es ist ein solches Verfahren sehr bequem bei der Abrechnung, und zwar ebenso für die Verwaltungstellen wie für die Techniker, aber es ist nur dann mit Nutzen durchführbar, wenn man die Zeit hat, vorher ganz mangellose Akkords-Grundlagen zu schaffen, und wenn gegründete Aussicht vorhanden ist, dass sich während der Ausführung

keine Aenderungen mehr ergeben. Im Hinblick darauf, dass letzteres doch nicht ausgeschlossen ist, erscheint es nöthig, beim Abschluss eines jeden solchen Pauschsummen-Akkords zugleich eine Preisliste für die nachträglichen Abänderungen zu vereinbaren.

III. Welche Erfahrungen haben sich bei den verschiedenen Arten der Eintheilung und Vergebung der Bau-Ausführungen in den letzten Jahren ergeben?

Die Beantwortung dieser Frage ist zwar schon grösstentheils in der bisherigen Besprechung enthalten, doch muss hier noch hervorgehoben werden, dass der Verein für Niederrhein und Westfalen der Ausführung der Bauten mit Klein-Unternehmern (Arbeiter-Gesellschaften und kleinen Meistern) bei direktem Bezug der Baumaterialien durch die Bau-Verwaltung, sowohl betreffs der Güte der Leistung als auch betreffs der Wohlfeilheit, ein gutes Zeugnis ausstellt. Ferner wird von diesem Verein, wie auch von den Vereinen in Osnabrück und Hannover über die soeben erwähnte Ausführung der Bauten in Kleinakkord (Regie) noch weiter gesagt:

„Es ist ein nicht zu unterschätzender Vortheil desselben, dass er eine vortreffliche Schule für die praktische Ausbildung der jüngeren Bautechniker bildet. Durch diese Art der Ausführung hat sich eine unverkennbare Vorliebe für die Details der Ausführung ausgebildet. Es ist eine gründliche Ausbildung für die praktischen Einzelheiten der Bauten bei einer solchen Ausführung faktisch unentbehrlich und es werden die jungen Bautechniker unwillkürlich darauf hingewiesen, sich solche anzueignen. Bei der Ausführung der Bauten durch Gross-Unternehmer, welche die Lieferung der Materialien und Arbeiten vereinigt besorgen, fällt diese Nothwendigkeit weg und es wird dadurch die praktische Ausbildung der jungen Techniker leicht weniger gründlich.“

Dagegen giebt der Niederrhein. Verein zu, dass eine zu weit ausgedehnte Anwendung des Kleinakkord-Systems bei grösseren Bau-Ausführungen dahin führen kann, dass die Kleinakkordanten die Preise so allmählich steigern können, dass man dabei nicht mehr wohlfeiler daran sei, als beim Submissions-System und bei der Herbeiziehung grösserer Unternehmer. Beim allgemeinen Submissionsverfahren werden sodann die meist zu scharfen Akkord-Bedingungen getadelt, welche die besten Unternehmungslustigen zurückschrecken, und endlich sollen namentlich die öffentlichen allgemeinen Submissionen häufig zu Verabredungen und Abfindungen unter den Konkurrenten führen.

von Egle.

Korreferat des Techniker-Vereins zu Osnabrück.

I. Art der Eintheilung.

A. Gross-Unternehmer.

Das Verfahren, ganze Bauwerke an einen einzigen Uebernehmer zu vergeben, ist seit langer Zeit in Hamburg und seit Kurzem auch für gewisse Kategorien von Privatbauten in Berlin zur Anwendung gelangt. Ausserdem sind im Laufe des letzten Dezenniums verschiedene Eisenbahnen in General-Unternehmung ausgeführt worden.

Mehre der eingelaufenen Gutachten sprechen sich indess gegen dieses Verfahren aus und weisen auf die unbefriedigenden Resultate desselben, speziell auch bezüglich der Eisenbahnen hin, für welche dasselbe zur Anwendung kam.

Der Hamburger Verein dagegen nimmt in dieser Frage einen Standpunkt ein, welcher von demjenigen aller übrigen Vereine wesentlich abweicht.

Die Stimmen, welche sich gegen die General-Unternehmung aussprechen, scheinen sich vorzugsweise auf den Standpunkt des Technikers zu stellen, indem sie vor allen Dingen eine Gewähr für die Qualität der Leistung in der fachlichen Ausbildung des Uebernehmers verlangen und zugleich die Beeinflussung der Bauherstellung von Seiten des ausführenden Technikers in diesem Sinne sichern wollen.

Der Hamburger stellt sich jedoch mehr auf den Standpunkt des Geschäftsmannes.

Die Vergabung eines Baues ist ihm vor allen Dingen ein Geschäft, und wichtiger als die Gewähr für die zufriedenstellende Beschaffung der einzelnen Leistungen ist ihm ein sichernder, präziser Geschäfts-Abschluss über das Ganze, den er erblickt in der Uebertragung des Baues mit aller Verantwortung und Gefahr an einen solventen Uebernehmer.

Zu diesem Zwecke wird durch Zeichnungen und Beschreibung der Bau mit allen Einzelheiten möglichst genau festgestellt und die Baukosten-Summe durch einen Kosten-Anschlag ermittelt. Es wird alsdann auf diesen Grundlagen die Fertigstellung des Baues im Ganzen für eine Pausch-Summe (in der Regel die Kosten-Anschlags-Summe) vereinbart.

Ueber Mehr- und Minderleistungen wird zum Schluss eine Zusatz-Rechnung aufgestellt, bezw. Separatvereinbarung getroffen.

Das Institut der Gross-Unternehmer hat sich dort durch die Praxis allmählich herangebildet. Der Haupt-Uebernehmer pflegt sich mit einer Anzahl von Baugewerksmeistern und Lieferanten zu vereinigen, und die Kooperation wird durch gemeinsames Interesse, Erfahrung und Uebung eine gesicherte und exakte.

Bei den Bauten des Staates haben die Beamten, bei Privatbauten die Architekten das Interesse des Bauherrn gegenüber demjenigen des General-Unternehmers zu wahren.

Es wird nicht verkannt werden, dass sowohl hinsichtlich der Baukosten als auch hinsichtlich der rechtzeitigen Fertigstellung des Baues die Legung der ganzen Bau-Ausführung in die Hand eines tüchtigen, für das Gelingen verantwortlichen Geschäftsmannes Vieles für sich hat.

Solche Personen finden sich indess nicht überall; denn der Umfang der ganzen Uebertragung erfordert einen hohen Grad von Vertrauen, und dieses kann sich wohl nur solchen Personen zuwenden, die sich in ähnlichen Uebernehmungen bereits bewährt haben.

Eine allgemeinere Anwendung der General-Unternehmung könnte daher wohl nur allmählich Eingang finden.

Allerdings erscheint das Institut gefördert durch die Einführung der Gewerbefreiheit und durch die rege Bauthätigkeit der letzten Jahre.

Zahlreiche Bau-Unternehmer haben für ihre Rechnung ganze Bauten fertig hergestellt und dadurch für die Uebernahme auf Kosten Anderer Befähigung nachgewiesen. Die Möglichkeit, Arbeiter der verschiedenen Gewerke in ihren Werkstätten arbeiten zu lassen, erleichtert vom geschäftlichen Standpunkte die rasche und billige Ausführung übernommener Bauten.

Die aus Berlin berichteten Erscheinungen der letzten Jahre, dass nämlich der Privatmann, um sich in Beziehung auf das finanzielle Ergebnis einer Bau-Unternehmung möglichst zu sichern, sich an General-Unternehmer wende, dürften nicht allein stehen und lassen sich durch ähnliche Erscheinungen in der Privat-Bauthätigkeit an andern Orten bestätigen. (Im übrigen werden die Gründe für diese Art des Verfahrens durch den in letzter Zeit eingetretenen allgemeinen Rückgang in der Bauthätigkeit wenigstens zum Theil als beseitigt anzusehen sein.)

Die nächste Gefahr der General-Unternehmung dürfte die sein, dass dem Unternehmer die Disposition über die ganze Bau-Summe eingeräumt wird, und es liegt auf der Hand, dass ihm dadurch die Möglichkeit gegeben ist, seinen Antheil daran durch die Abkommen mit den Einzel-Unternehmern etc. ungebührlich hinauf zu schrauben. Auf die Thätigkeit der letzteren vermag, wie es in der Natur der Sache liegt, der überwachende Techniker einen wesentlichen Einfluss nicht auszuüben.

Eine weitere Gefahr ist die, dass die einzelnen Gewerke, indem sie vom General-Unternehmer, dessen Interessen und Anschauungen abhängig werden, ihre Selbstständigkeit einbüßen und dem Streben nach Vervollkommen ihrer Leistungen an der Hand der Kunst und der Bautechnik mehr oder weniger entfremdet werden.

Der Staat wie die Kommunen dürften daher das Interesse haben, durch Fernhalten der Gross-Unternehmer die direkte Wechselbeziehung der technischen Beamten zu den einzelnen Gewerken ungeschmälert zu erhalten, um die Leistungsfähigkeit der letzteren zu fördern. Die Pflege dieser Wechselbeziehungen wird nicht nur für die Bau-Gewerke, sondern auch für die Bau-Technik von Bedeutung sein.

B. Klein-Unternehmer.

Diese verschiedenen Erwägungen bzw. Wahrnehmungen haben dahin geführt, dass im Grossen und Ganzen dem Verfahren der Vorzug gegeben wird, über die einzelnen Bau-Arbeiten und Lieferungen gesonderte Verträge mit Einzel- oder Klein-Unternehmern abzuschliessen.

Es wird bei der Uebertragung von Bau-Arbeiten und Materialien an einzelne Unternehmer, nach der Gattung der geforderten Leistungen getrennt, der Gesichtspunkt hauptsächlich massgebend sein, dass die Leistung dem übertragen wird, welcher sie selbst beschafft, so dass zwischen dem Unternehmer und dem leitenden Beamten oder Architekten die direkte Verbindung gewahrt werden kann. Es wird bei diesem Verfahren, wenn auch durch die Rücksicht auf die Innehaltung der Kostenanschläge eine notwendige Grenze gezogen ist, im übrigen die Güte der Leistung der massgebende Gesichtspunkt sein.

Bei Uebertragung des Baues an Klein-Unternehmer wird das Interesse des Bauherrn und das des Produzenten direkt an einander gefesselt; bei der General-Unternehmung fällt dagegen jede Beziehung zwischen beiden hinweg.

Es kann das im höchsten Grade störend werden, wenn bei der Ausführung der überwachende Architekt oder Ingenieur gegen mangelhafte Leistungen sofort hindernd einschreiten will.

Der Verfertiger oder Lieferant beruft sich eben auf seinen Auftraggeber und lässt ruhig fortarbeiten, vielleicht auf ausdrücklichen Wunsch des General-Unternehmers, der erfahrungsmässig seine Position verbessert, je mehr die beanstandeten Leistungen mit dem Bau fix und fertig verbunden sind. Bei den nachträglichen Protesten und selbst Abzügen steht man dem fait accompli gegenüber; der geringste Theil solcher Mängel wird nachträglich beseitigt.

Es liesse sich zwar auch eine Verabredung beim Grossakkorde denken, wonach eine direkte Einwirkung des ausführenden Technikers auf die arbeitende Hand gesichert bliebe. Es liegt aber die Gefahr

nahe, dass dabei der grosse Vorzug der General-Entreprise, dass die Verantwortung für das gute Gelingen der Bau-Ausführung ganz auf einer Person lastet, wesentlich abgeschwächt wird, unter Umständen ganz verloren geht.

Die Anwendung der getrennten Vergebung der Bau-Arbeiten bietet ferner den Vortheil dar, dass die Anfertigung der Details nicht bereits vor der Uebertragung des Baues fertig abgeschlossen werden muss, sondern während der Ausführung des Bauwerks allmählich fortschreiten und sonach im engsten Anschluss an die durch direkte Beobachtung zu konstatirenden Anforderungen desselben erfolgen kann.

Andererseits entstehen beim Verfahren der General-Entreprise häufig dadurch Differenzen, dass noch nach Abschluss des Vertrages Details festzustellen bleiben, und solche Differenzen werden gern dann meistens vom Uebernehmer zur Aufstellung nachträglicher Forderungen benutzt.

Für die Vergebung der Bauten an Klein-Unternehmer spricht sich der grössere Theil der Gutachten aus, und es sind die Vorzüge dieses Verfahrens hauptsächlich betont in dem Gutachten des Herrn Geheimen Regierungs-Rath Funk für Hannover und Osnabrück*).

Man kann die gewonnenen Resultate vielleicht dahin zusammenfassen:

A. Die General-Unternehmung

empfiehlt sich vom geschäftlichen Standpunkte für einfachere Bauten, also z. B. auch für die Herstellung des Rohbaues bei Hochbauten. Risiko und Verantwortung werden auf eine Person übertragen.

Vorzüge:

1. Einheitliche geschäftliche Leitung für die Beschaffung des ganzen Baues.
2. Einfachheit des Geschäfts-Abschlusses, Verminderung der Geschäfte des bauausführenden Technikers.
3. Sicherheit gegen Zufälligkeiten und Kosten-Überschreitungen. (Der Möglichkeit einer Kosten-Überschreitung steht übrigens die Möglichkeit einer Kosten-Ersparung gegenüber).

Nachteile:

1. Förderung der Kapitalmacht gegenüber der Arbeit, Beeinträchtigung des Produzenten und der Leistung durch die Ansprüche einer Zwischen-Instanz.
2. Die Wechselbeziehung zwischen dem ausführenden Techniker und dem Verfertiger oder Lieferanten geht verloren.
3. Das Projekt muss vor der Abschliessung des Akkordes in allen Theilen feststehen, daher Verzögerung des Beginnes.

*) Das für den Hannoverischen Verein über diesen Gegenstand vom Herrn Geheimen Regierungs-Rath Funk bearbeitete Gutachten wurde auch vom Osnabrücker Verein, dessen Vorsteher der genannte Herr während seines Aufenthaltes in Osnabrück übernommen hatte, einstimmig angenommen.

4. Das Gelingen der ganzen Bau-Unternehmung hängt zu einem sehr grossen Theile von der Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit eines einzigen Mannes ab.
5. Da ein verhältnissmässig grosses Betriebs-Kapital erforderlich ist, so ist die Zahl der konkurrenzfähigen Personen erheblich geringer als bei der Klein-Unternehmung.

B. Klein-Unternehmer.

Vorzüge:

1. Die direkte Beziehung zwischen dem ausführenden Bautechniker und dem Verfertiger wird gewahrt; diese Wechselbeziehung ist
 - a) von grosser Bedeutung für die Hebung der Baugewerke, wie auch andrerseits für die praktische Ausbildung der jüngeren Bautechniker;
 - b) sie wirkt zugleich fördernd auf die Güte der einzelnen Leistung;
 - c) sie erleichtert durch die Gegenseitigkeit des Interesses einen zufriedenstellenden Abschluss der einzelnen Bau-Geschäfte.
2. Der Gewinn-Antheil des Gross-Unternehmers wird gespart.
3. Die Bearbeitung der einzelnen Bautheile kann mit dem Wachsen des Baues fortschreiten und dadurch dem Erforderniss am besten angepasst werden.
4. Die Gefahr eines Misserfolges der ganzen Bau-Unternehmung ist erheblich geringer.

Nachteile:

1. Man hat mit einer grossen Zahl von Leuten zu thun und eine Menge einzelner Geschäfte abzuschliessen.
Dadurch wird das Resultat der gesamten Bau-Ausführung
 - a) bezüglich der Kosten
 - b) bezüglich der Bauzeit
 ein wenig gesichert sein.
2. Der Umfang der geschäftlichen Arbeiten für den ausführenden Techniker ist ein erheblich grösserer. Derselbe wird dadurch verhältnissmässig stark in Anspruch genommen.
3. Ein Gross-Unternehmer, welcher als tüchtiger Geschäftsmann bekannt ist, wird für die Abwicklung des Bau-Geschäftes häufig geeigneter sein.
4. Es geht mehr Zeit mit der Genehmigung der vielen einzelnen Verträge verloren, wenn der ausführende Techniker nicht eine verhältnissmässig grosse Kompetenz besitzt.

C. Tagelohn bzw. Handakkord.

Für die Anwendung des Tagelohnes bzw. auch des Handakkordes wird sich an allen Orten und unter den verschiedensten Verhältnissen Veranlassung ergeben. Im Allgemeinen wird, wie solches auch vom

Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereine ausgesprochen wird, der Handakkord da, wo die Quantität, die Lohnarbeit da, wo die Qualität der Leistung im Vordergrund steht, empfohlen.

Einfachere, stetig fortlaufende Arbeiten werden je nach Umständen am meisten in Regie ausgeführt werden, desgleichen solche Arbeiten, die mit grossem Risiko verknüpft sind, welches der Staat mit seinen tüchtigen Aufsichtsorganen meistens besser tragen kann, als irgend ein Unternehmer.

Es wird dabei noch zu beachten sein, ob von der Einwirkung eines Uebernehmers auf die Arbeiter neben derjenigen der beaufsichtigenden Beamten ein im Verhältniss zu den Ansprüchen des Uebernehmers stehender Vortheil zu erreichen ist. Dies ist häufig nicht der Fall.

Die Anwendung des Regiebaues findet daher offenbar ihre Förderung in dem Umstande, dass die als Uebernehmer auftretenden Meister zwar die Arbeiter stellen, häufig aber sehr wenig um die übernommenen Arbeiten sich kümmern.

Die bisherigen Verhältnisse der Bau-Gewerke sind ohne Zweifel in einer Umbildung begriffen, die ihren Abschluss noch nicht gefunden hat, die aber nicht ohne Rückwirkungen auf die hier erörterten Fragen bleiben kann.

Gegen die Tagelohn-Arbeit an und für sich ist ganz allgemein die Einwendung zu erheben, dass die Zeiteinheit, welche hier der Berechnung der Vergütung zu Grunde gelegt wird, gar kein Werthmesser für die Leistung selbst sein kann; es muss daher prinzipiell diejenige Art der Vereinbarungen vorgezogen werden, welche für eine bestimmte Leistung als Einheit einen bestimmten Preis feststellt.

In dieser Beziehung hat das Schlusswort im Gutachten des Berliner Architekten-Vereins seine volle Berechtigung, dass nämlich die Theilung der Arbeit in kleine Akkorde das beste Mittel sei, Leistung und Arbeitslohn in das richtige Verhältniss zu setzen und die Leistungsfähigkeit des Einzelnen zu erhöhen.

Es wird indess bei vielen Arbeiten gar nicht möglich sein, anders als in Tagelohn arbeiten zu lassen.

Auch die Bau-Gewerksmeister, welche in der Regel in Akkord übernehmen, lassen die übernommenen Arbeiten meistens noch in Tagelohn ausführen.

Für gewisse Arbeiten, z. B. Putzarbeiten, ferner für einen grossen Theil der Tischlerarbeiten hat sich dagegen der Handakkord (bzw. die Arbeit auf Stücklohn) bereits an vielen Orten eingebürgert. Mauerwerk wird in der Unter-Elbgegend häufig nach 1000 Steinen vorgeben, ein Verfahren, welches indess nicht empfohlen werden kann.

Die Vergebung der Arbeiten im Tagelohn oder Handakkord kann vielleicht mit grösserem Rechte zu der Art der Eintheilung, also zum

I. Abschnitt der vorliegenden Frage gerechnet werden, insofern es sich dabei um den Abschluss von Verträgen (mögen diese auch von der einfachsten Art sein) mit dem einzelnen Arbeiter oder bezw. mit Vorarbeitern oder Schachtmeistern handelt.

II. Vergebung der Arbeiten.

Einen wesentlich anderen Theil der Frage bildet die Erörterung über das Verfahren zur Ermittlung des Angebotes.

Ist der Markt hinreichend bekannt, so wird man in manchen Fällen nach freier Wahl die erforderlichen Kräfte gewinnen.

Die freihändige Vergebung an einen Unternehmer unter dessen Verantwortung erfolgt in der Regel auf Grund besonderen Vertrauens in dessen Leistungsfähigkeit. An manchen Orten hat sich für gewisse Arbeiten die freihändige Vergebung als Regel ausgebildet, so z. B. in Hamburg die Vergebung von Gas- und Wasserleitungs-Anlagen.

Dahin dürften unter Anderem für den Hochbau zu nennen sein: Dekorations- und Bildhauer-Arbeiten, Steinmetz-Arbeiten, Heizungs- und Ventilations-Anlagen etc. etc.

Das Vorhandensein von Personen, welche für die Beschaffung bestimmter Leistungen in hervorragender Weise befähigt sind, wird in vielen Fällen dem leitenden Bautechniker hinreichenden Anlass bieten, des Verfahrens der freihändigen Vergebung sich zu bedienen.

Die freihändige Vergebung bildet im bauenden Publikum, namentlich insofern es dem Geschäftsleben nahe steht, vielleicht die Regel. Es stimmt das eben mit dem Gebrauch im kaufmännischen Verkehr völlig überein, dass man Geschäfte abschliesst mit demjenigen, zu dem man Vertrauen hat.

Für das Verfahren zur Ermittlung eines geeigneten Uebernehmers sollte daher wesentlich die Rücksicht massgebend sein, einen solchen zu finden, welcher sich für die betreffende Lieferung vorzugsweise eignet.

Es wird als feststehend anzunehmen sein, dass kein auch noch so bündiger Kontrakt im Stande ist, den Mangel an Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit eines Uebernehmers zu ersetzen.

Die Frage des Kostenpunktes bedingt indess in den meisten Fällen die Anwendung eines Verfahrens, welches neben guter Leistung die Erzielung wenn auch angemessener, so doch mässiger Preise sichert.

Als der natürlichste Weg erscheint bei einiger Bekanntheit mit den einschlagenden Personal-Verhältnissen das Verfahren der beschränkten Konkurrenz, bei welcher eine Anzahl von tüchtigen Uebernehmern schriftlich oder mündlich aufgefordert wird, für die Uebernahme irgend einer Leistung in Konkurrenz zu treten.

Man sichert sich gegen die Uebertragung an Unwürdige und zugleich durch die Konkurrenz gegen Uebertheuerung.

Schlägt man dieses Verfahren ein, so erscheint es andererseits billig, unter den Konkurrenten dem Mindestfordernden in der Regel den Zuschlag zu ertheilen.

Man hat sich von anderer Seite für öffentliche und allgemeine Konkurrenz ausgesprochen.

Diese ist in Anwendung in Württemberg, Hamburg (für Staatsbauten Vorschrift), Baden, Preussen (für Staatsbauten Vorschrift), Bayern.

Doch spricht sich der Verein für Württemberg bei allen grösseren Bauten für Vergebung der einzelnen Arbeiten in beschränkter Konkurrenz aus; in Hamburg ist im Privat-Bauwesen die beschränkte Konkurrenz oder die freihändige Vergebung vorherrschend; der Verein in Kassel ist für beschränkte Konkurrenz, der Badische Verein bei Vertrauensarbeiten desgleichen, Hannover und Osnabrück für beschränkte Konkurrenz, Bayern wie Baden, Dresden für beschränkte Konkurrenz, Berlin im Allgemeinen wohl desgleichen.

Ihre weiteste Ausdehnung findet die allgemeine Konkurrenz, wenn unter den in Folge öffentlichen Ausschreibens eingegangenen Angeboten dem Mindestgebote der Zuschlag ertheilt wird.

Die billigste Offerte wird damit unter allen Verhältnissen auch für die annehmbarste erklärt.

Es liegt auf der Hand, dass bei solchem Verfahren, welches den einfachsten Anschauungen des gewöhnlichen Lebens widerspricht, sehr bald alle besseren Unternehmer abgeschreckt sein würden, namentlich solche, die das Bestreben haben, möglichst gute Arbeiten, nicht aber möglichst billige herzustellen.

Das Nachtheilige der allgemeinen Konkurrenz kann gemildert werden dadurch, dass man das annehmbarste (ein ausserordentlich dehnbarer Ausdruck), nicht aber das billigste Angebot annimmt, wie es in Hamburg üblich ist, oder aber, dass man sich den Zuschlag unter den drei Mindestfordernden vorbehält, wie es an manchen anderen Orten geschieht.

Dabei kann selbstverständlich das Vertrauen nur einen äusserst geringen Einfluss auf die Vergebung üben, weil unter Umständen die drei Mindestfordernden dasselbe gleich wenig verdienen werden.

Weit wirksamer und vortheilhafter wird es erscheinen, wenn in den Bedingungen der Uebernahme die Anforderungen an die Qualität des Uebernehmers einen möglichst präzisen Ausdruck finden.

Es kann nur den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechen, dass unter den Personen, die nach den Bedingungen der Ausschreibung zulässig sind, eine nachträgliche Ausschlussung möglichst vermieden wird.

Die allgemeine Konkurrenz sollte ihre nothwendige Regelung finden durch das Vertrauen; an und für sich kann sie für empfehlenswerth nur unter ganz besonderen Umständen gehalten werden.

Sie kann dazu dienen, die Lage des Marktes im Allgemeinen zu ermitteln und namentlich in Zeiten grosser Preisschwankungen als Regulator angesehen werden.

In der Regel wird die Sache so liegen, dass man im Wege der öffentlichen Ausschreibung allerdings erfährt, wer Arbeit sucht, aber nicht wer für dieselbe besonders befähigt ist. Der tüchtige Uebernehmer braucht die Arbeit meistens nicht zu suchen. Daher bleiben häufig die besten Kräfte den Submissionen fern.

Wenn sich die gebotene Beschränkung der Zulassung auf solche Personen, welche für die ausgeschriebene Leistung wirklich hinreichend leistungsfähig sind, in den Submissions-Bedingungen präzise aussprechen liesse, so würde die öffentliche Submission weit mehr zu empfehlen sein. Es würden sich dann bessere Uebernehmer weniger als bislang ausschliessen.

In wie weit die im Gutachten des Vereins für Bayern angeregte Idee der Wiedereinführung eines Fähigkeitsnachweises für die Bau-Gewerke auf der Grundlage freier Vereinigung durchführbar und erfolgreich zu machen sei, dürfte weiterer Erwägung anheim zu stellen sein.

Bis dahin war das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung von den im Vorstehenden berührten Mängeln nicht frei.

Dass dasselbe einem Rückgange der Leistungen der einzelnen Bau-Gewerke in die Hände arbeite und demnach als verwerflich anzusehen sei, kann kaum einem Zweifel unterliegen. Seine Anwendung sollte daher unter keinen Umständen allgemein gefordert werden, die Art des Verfahrens aber thunlichst Sicherung darbieten zur Ausschliessung unfähiger und unwürdiger Uebernehmer.

Dazu bietet das Verfahren der beschränkten Ausschreibung jedenfalls in ausreichender Weise die Möglichkeit dar und man wird sich im Interesse einer soliden Bauweise in erster Linie für dieses aussprechen müssen.

Resultate.

I. Art der Eintheilung.

A. Gross-Unternehmer.

Zu empfehlen für einfachere Bauten, bezw. für den Rohbau von Hochbauten einfacherer Art, wenn geeignete Gross-Unternehmer bekannt sind und mehr Gewicht auf einen sichernden Geschäfts-Abschluss über die ganze Bau-Unternehmung, als auf die Beeinflussung der Bauausführung in allen Einzelheiten durch den überwachenden Techniker gelegt wird.

Auch da zu empfehlen, wo besonderes Gewicht darauf gelegt wird, die Kosten des Baues vorher möglichst genau zu bestimmen, selbst unter der Voraussetzung, dass sie dadurch erhöht werden, oder dass die Güte der Ausführung darunter leide.

B. Klein-Unternehmer.

Vergebung nach den Gattungen der Leistung. — Direkter Abschluss mit dem Verfertiger.

Die Vergebung an Klein-Unternehmer wird als die Regel empfohlen:

1. Namentlich in allen den Fällen, in denen es auf eine den Anforderungen der Technik bezw. Kunst entsprechende Ausführung des Bauwerkes in allen einzelnen Theilen ankommt und demnach die direkte Beziehung zwischen dem ausführenden Techniker und dem Verfertiger gewahrt werden muss.
2. Wo es an tüchtigen Aufsichts-Organen nicht mangelt und die geschäftliche Leitung des ganzen Baues in die Hand des ausführenden Technikers gelegt werden kann.

C. Tagelohn oder Handakkord.

1. Wo die direkteste Beziehung des Technikers zur ausführenden Hand erwünscht ist, eine hinreichende Beaufsichtigung geübt und in der Uebertragung an Unternehmer ein Vortheil nicht gefunden werden kann, vielmehr lediglich grössere Kosten durch Einführung einer Zwischen-Instanz entstehen würden.
2. Wo der Staat oder die Kommune das Risiko besser tragen kann, als ein Uebernehmer, bezw. wo die Uebernahme des Risikos durch einen Dritten verhältnissmässig erhebliche Kosten herbeiführen würde.

Ob die Arbeiten in Tagelohn oder Handakkord auszuführen sind, hängt von der Beschaffenheit der Arbeiten und der Arbeiter ab. Tagelohn wird mehr da, wo es auf die Beschaffenheit, Handakkord mehr da, wo es auf die Menge der Leistung ankommt, in Anwendung zu bringen sein.

In der Wahl des einzuschlagenden Verfahrens ist dem leitenden Techniker möglichst freie Disposition einzuräumen.

Im Allgemeinen muss dem Akkord, d. h. der Vereinbarung eines bestimmten Preises für eine bestimmte Leistung, entschieden der Vorzug gegeben werden vor dem Tagelohne, da eine Zeiteinheit an sich als Maass einer Leistung nicht angesehen werden kann.

II. Art der Vergebung.

A. Beschränkte Ausschreibung.

Dieses Verfahren wird als die Regel zu bezeichnen sein, wenn der Markt bekannt ist, und wird empfohlen bei allen Leistungen, welche

eine gewisse Geschicklichkeit, Kunstfertigkeit oder Zuverlässigkeit beanspruchen. (Es scheint in der Natur der Sache zu liegen, dass man sich für eine bestimmte Leistung nur an diejenigen Personen wendet, zu denen man das Vertrauen haben kann, dass sie im Stande sind, die Leistung zu beschaffen.)

B. Allgemeine Ausschreibung.

1. Wenn der Markt nicht bekannt ist.
 2. Wenn es sich um sehr einfache Leistungen handelt.
 3. Wenn es sich um Leistungen von grossem Umfange handelt, für die nur solche Bewerber auftreten können, die vermöge besonderer Einrichtungen dazu befähigt sind.
 4. Wenn es sich darum handelt, in der öffentlichen Ausschreibung eine Kontrolle für das Verfahren der Vergabung zu besitzen.
- Die Ausschreibung sollte möglichst präzise die Bedingungen enthalten, welche hinsichtlich der Befähigung des Uebernehmers gestellt werden.

C. Freihändige Vergabung.

Wenn es sich um Leistungen von besonderer Güte handelt, oder um solche, die eine besondere Kunstfertigkeit erfordern, so muss die freihändige Vergabung nach Vertrauen empfohlen werden.

Aus den vorstehenden, den eingegangenen Gutachten der Vereine entnommenen Erwägungen und Resultaten geht hervor, dass die Wahl des einzuschlagenden Verfahrens sich nach den Verhältnissen des einzelnen Falles wird richten müssen. Andererseits aber steht ausser Frage, dass die Art des Verfahrens bezüglich der Eintheilung wie der Vergabung einen nicht unwesentlichen Einfluss auf das gute Gelingen des Bauwerkes wie auf das Kostenresultat üben muss.

Da für diese dem leitenden Bau-Techniker in erster Linie die Verantwortung zufällt, so ist demselben auch in der Wahl des Verfahrens möglichst freie Disposition einzuräumen.

Hackländer.

DENKSCHRIFT

168 15 5
ÜBER DIE

AUSBILDUNG DER BAUBEAMTEN

FÜR DEN

VERWALTUNGSDIENST.

HERAUSGEGEBEN

VON DEM

VERBANDE DEUTSCHER ARCHITEKTEN- UND
INGENIEUR-VEREINE.

VERLAG DER DEUTSCHEN BAUZEITUNG.
IN KOMMISSION BEI CARL BEELITZ IN BERLIN.

Eine seitens des Architekten- und Ingenieur-Vereins zu Breslau aufgestellte Frage über den in der Ueberschrift genannten Gegenstand gab Veranlassung, denselben auf die Tages-Ordnung der diesjährigen Abgeordneten-Versammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine zu stellen, nachdem der Vorort des Verbandes die Einzelvereine zu gutachtlichen Aeusserungen in der vorliegenden Frage aufgefordert hatte. Die letztere lautet nach der Fassung des Breslauer Vereins:

„In welchem Maasse ist es wünschenswerth, dass der künftige „Baubeamte juristische und kameralistische Studien treibt, und „welche Aenderungen des Studienplanes sind etwa geboten, „um ihn, gleich den Bergbeamten, zu befähigen, den Vorsitz „im Kollegium einzunehmen und denselben nicht mehr den „nur juristisch und kameralistisch gebildeten Kräften einräumen zu müssen?“

Mit der Beantwortung dieser Frage haben sich von den dem Verbands angehörigen Vereinen acht, theilweise in sehr eingehenden Gutachten, befasst, und zwar nach chronologischer Reihenfolge die nachstehend benannten:

- 1) der Mittelrheinische Architekten- und Ingenieur-Verein zu Darmstadt,
 - 2) der Badische Techniker-Verein zu Karlsruhe,
 - 3) der Architekten- und Ingenieur-Verein zu Breslau,
 - 4) der Westpreussische Architekten- und Ingenieur-Verein zu Danzig,
 - 5) der Sächsische Ingenieur- und Architekten-Verein zu Dresden,
 - 6) der Architekten-Verein zu Berlin,
 - 7) der Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen in Köln,
 - 8) der Architekten- und Ingenieur-Verein zu Frankfurt am Main.
- Da es entbehrlich sein wird, die eingegangenen Gutachten der Einzelvereine in ganzer Ausführlichkeit hier mitzutheilen, wird es genügen, die niedergelegten Meinungen übersichtlich zusammen zu fassen und in einigen, von allen referirenden Vereinen anerkannten Sätzen der schliesslichen Beantwortung der gestellten Frage voran zu schicken.

1. Es ist im allgemeinen Staats-Interesse wünschenswerth, dass in allen Behörden, in denen technische Fragen den Hauptgegenstand der Verhandlungen bilden, auch die Leitung, bezw. der Vorsitz einem Techniker, d. h. einem Sachverständigen, eingeräumt werde.

2. Die von juristischer Seite viel gerühmte und oft behauptete Objektivität, welche einen nicht sachverständigen, aber juristisch gebildeten Vorsitzenden einer Verwaltungsbehörde befähige, widerstreitende Ansichten technischer Mitglieder zur Klärung zu bringen, ist insofern illusorisch, als thatsächlich der Nichtsachverständige — bewusst oder unbewusst — von einem oder dem anderen sachkundigen Mitgliede in's Schlepptau genommen wird, so dass die Leitung der Versammlung nur der Form nach noch in seinen Händen ruht.

3. Um den Techniker zu befähigen, auch in den höheren Stellen des Verwaltungsdienstes mit Erfolg thätig sein zu können, ist zunächst derselbe Grad der Vorbildung erforderlich, welchen der Jurist vor Beginn seiner Fachstudien erlangen muss. Diese Vorbedingung wird erfüllt durch die Vorschriften für den Eintritt in technische Hochschulen, welche dieselbe Reife, wie für die Universitäts-Studien verlangen.

4. Ausser der unerlässlichen Vorbildung auf der Schule muss der Techniker, der die höchsten Stufen des Staatsdienstes zu ersteigen hofft, sich allgemeine juristische und volkswirtschaftliche Kenntnisse aneignen und vor allem eine grosse Gewandtheit in der praktischen Ausübung des Verwaltungsdienstes zu gewinnen suchen. Dazu gehört auch die Fähigkeit, seinen Gedanken in schlagfertiger freier Rede Ausdruck zu geben.

Die Frage über die Vorbildung des Technikers auf der Schule ist durch umfassende Verhandlungen bereits nach allen Seiten beleuchtet und durch die von den meisten technischen Hochschulen gestellten Aufnahme-Bedingungen im Sinne des vorstehenden Satzes ad 3 erledigt worden. Es erübrigt daher nur noch, die durch Fachstudien zu erlangende juristische und volkswirtschaftliche Ausbildung des Technikers und die praktische Uebung desselben im Verwaltungsdienst zu erörtern.

Was die juristische und volkswirtschaftliche Ausbildung des Technikers betrifft, so bedarf es für dieselbe nur eines geringen Umfanges. Von Spezialstudien kann gänzlich abgesehen werden; denn es wird für den Vorsitzenden einer technischen Verwaltungsbehörde nicht nöthig sein, dass er grössere juristische Fachkenntnisse hat, als andere gebildete Männer, denen die Befähigung zum Landrath, Amtsvorsteher, Landtags- oder Reichstags-Abgeordneten, Handelsrichter u. dergl. zugestanden wird. Zur Entscheidung eigentlicher Rechtsfragen wird der Vorsitzende einer Verwaltungs-Behörde stets die Hilfe eines juristischen Rathgebers und Rechtsbeistandes im Anspruch nehmen.

Um aber in jeder Beziehung den Gesichtskreis des nicht von vorn herein als Jurist ausgebildeten Verwaltungs-Beamten zu erweitern, wird es zweckmässig sein, bei den technischen Fachstudien einen Vortrag einzuschalten, welcher in enzyklopädischer Form die Studirenden in die Grundzüge der Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaftslehre einführt und ihnen einen Einblick in das System jener Rechtsgebiete verschafft, denen sie in ihrer späteren Praxis vielfach näher treten.

Dass aber das blos theoretische Studium der Rechtswissenschaft einen Beamten, wenn er auch mit den glänzendsten Fachkenntnissen ausgerüstet ist, nicht dazu befähigt, ein tüchtiger und brauchbarer Verwaltungs-Beamter zu werden, sehen wir oft genug in der Praxis bestätigt. Der gelehrteste Professor der Jurisprudenz kann ein ganz unbrauchbarer Gerichts-Präsident, ein tiefer Kenner aller national-ökonomischen Regeln und Grundsätze ein sehr ungelinker Leiter einer Domänen-Behörde sein, ebenso wie ein hervorragender Baukünstler ein schwer verwendbarer Baubeamter.

Ganz abgesehen von den persönlichen Eigenschaften, welche in erster Linie die Befähigung zum Vorsitzenden eines Kollegiums bedingen, kommt also für die Ausbildung des Verwaltungs-Beamten die praktische Uebung viel mehr als das Studium theoretischer Wissenschaften in Betracht.

Die aus der juristischen Karriere hervorgegangenen Verwaltungsbeamten verdanken ihre Befähigung für den Verwaltungsdienst viel weniger ihren Universitäts-Studien, als dem Umstande, dass sie durch den frühzeitigen Eintritt in ein Kollegium, an dem Vorbilde und im Verkehr mit älteren Beamten und bei Kenntnissnahme der mannichfaltigsten praktischen Fälle sich ausbilden können.

Der Staatsbaubeamte dagegen, welcher bei der gegenwärtigen Organisation des Bauwesens meist bis zu einem vorgerückten Lebensalter in isolirter Stellung, zuweilen sogar in einem ganz einseitigen Geschäftskreise wirkt, muss dieses allerwesentlichsten Bildungsmittels entbehren. Auf eine Beseitigung dieses Uebelstandes, und nicht allein auf das sehr zweifelhafte Mittel juristischen Fachstudiums wird man bei Ausbildung von Baubeamten für den Verwaltungsdienst das entscheidende Gewicht legen müssen.

Der praktische Jurist hat gleich nach Beendigung seiner Universitäts-Studien Gelegenheit, sich in der praktischen Handhabung seiner erworbenen Kenntnisse zu üben, und damit seine Ausbildung nicht einseitig geschehe, ist ihm sogar ein steter Wechsel seiner Beschäftigung vorgeschrieben. Ein Gerichts-Referendar darf nicht eher zum Staats-Examen schreiten, als bis er alle Stationen, bei Untergericht und Obergericht, bei Staatsanwalt und Rechtsanwalt, als Gerichtsschreiber, Verteidiger und Hilfsrichter praktisch durchgemacht und durch praktische

Uebung vollauf Gelegenheit gehabt hat, sich die Kenntniss der Gesetze zu verschaffen, die er für seinen künftigen Beruf nöthig hat.

Anders steht es in dieser Beziehung mit dem etwa auf gleicher Stufe stehenden preussischen Bauführer. Dieser verbringt die Zwischenzeit zwischen erstem und zweitem Examen sehr oft in gänzlich einseitiger Praxis, fern von kollegialischem Umgang. Er hat vielleicht am Eisenbahnbau oder Wasserbau noch nie praktisch Theil genommen und soll dann zum Examen eine grosse Aufgabe auf einem dieser, ihm nur von der Studienzeit her bekannten Gebiete seines Faches bearbeiten, oder gar als leitender Baumeister einem solchen Bau vorstehen, dessen praktische Behandlung ihm noch ganz fremd ist.

Das was der junge Jurist auf diese Weise gleichsam spielend lernt, muss der Baubeamte mühsam auf grossem Umwege zu erlernen suchen.

Nur die wenigen Bevorzugten, welche Gelegenheit gehabt haben, als Hilfsarbeiter bei einer grösseren Behörde den praktischen Verwaltungsdienst kennen zu lernen, werden in dieser Beziehung mit den Juristen um den Vorrang bei der Leitung technischer Behörden zu streiten im Stande sein.

Bei den Militär-Behörden sehen wir einen ähnlichen Ausbildungsgang der höheren Verwaltungs-Beamten, welche mit Ausnahme der speziell juristisch gebildeten Auditeure und Intendantur-Beamten lediglich aus dem Offiziersstande selbst in der Weise herangezogen werden, dass junge befähigte Offiziere bei den mannichfaltigsten Kommandos im Verwaltungsdienst Verwendung finden.

Aus den erwähnten Beispielen ist der Schluss zu ziehen, dass in jedem Falle die praktische Seite der Ausbildung im Verwaltungsdienste bei Weitem die theoretischen Studien der juristischen Wissenschaft an Wichtigkeit überragt.

Wenn daher auch vorhin befürwortet worden ist, dass unter die technischen Fachstudien der oben erwähnte enzyklopädische Vortrag über Rechtswissenschaft und National-Oekonomie aufgenommen werde, und dass demselben sich anschliessen sollen Vorträge über die für den Techniker wichtigen Gesetze der Bau- und Gewerbe-Polizei, des Wasser- und Wegerechts u. s. w., so wird diesen Disziplinen doch nur ein untergeordneter Rang neben den technischen Wissenschaften anzuweisen sein, so dass sie im Semester etwa zwei wöchentliche Unterrichtsstunden ausfüllen und über die ganze Studienzeit vertheilt werden. So lange die juristischen Kenntnisse des Baubeamten nicht ein Erforderniss für das Staats-Examen sind, wird der Unterricht darin auch nicht als ein obligatorischer anzusehen, sondern dem freien Ermessen jedes Studirenden anheim zu stellen sein.

Die Berechtigung, welche z. B. die Studirenden der Berliner Bau-Akademie haben, auch juristische Vorlesungen zu hören, ist hierbei von

keinem praktischen Nutzen; denn die juristischen Universitäts-Studien sind ganz anderer Art und haben viel weitergehende Ziele, als dass ein Techniker seine knapp bemessene Studienzeit mit dem Anhören solcher speziellen Fachkollegien verkürzen sollte. —

Nach Voranschickung dieser allgemeinen Gesichtspunkte, wie sie in den Gutachten der oben genannten acht Verbands-Vereine Ausdruck gefunden haben, würde sich schliesslich die Beantwortung der am Eingang aufgestellten Frage über die Ausbildung der Baubeamten für den Verwaltungsdienst etwa in folgender Weise zusammenfassen lassen:

- I. „Es ist wünschenswerth, dass in den Studienplan der technischen Hochschulen, wie dies schon bei den meisten der „Fall ist, Vorträge aufgenommen werden, durch welche die „Studirenden des Bau-faches in enzyklopädischer, aber durch- „aus wissenschaftlicher Form in die Grundanschauungen der „Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaftslehre eingeführt „und mit den für den Techniker hauptsächlich wissenschaftlichen „Gesetzen und Verordnungen über Bau- und Gewerbe-polizei, „Wasser- und Wegerecht, Eisenbahnrecht, Enteignungs-Ver- „fahren u. s. w. bekannt gemacht werden.“
- II. „Durch zeitweise Berufung der jüngeren Bautechniker als „Hilfsarbeiter an technische und Verwaltungs-Behörden ist „denselben Gelegenheit zu geben, sich die praktischen For- „men des Verwaltungsdienstes anzueignen.“

Beschlossen in München am 1. September 1876.

Berlin im November 1876.

J. Krieg.

16
169

DENKSCHRIFT

ÜBER DIE
BAUDENKMAELER IM DEUTSCHEN REICH
IHRE
INVENTARISIRUNG, AUFNAHME, ERHALTUNG
UND RESTAURATION.

HERAUSGEGEBEN

VON DEM
VERBANDE DEUTSCHER ARCHITEKTEN- UND
INGENIEUR-VEREINE.

VERLAG DER DEUTSCHEN BAUZEITUNG.
IN KOMMISSION BEI CARL BEELITZ IN BERLIN.

Druck von W. Formetter in Berlin, C., Neue Grünstrasse 30.

Einleitung.

In den letzten Dezennien wurde von mancher Seite schon darauf aufmerksam gemacht, dass unsere deutschen Baudenkmäler im Allgemeinen verwahrlost werden, ja dass viele derselben bei dem fortschreitenden Verfall in Folge ihrer Vernachlässigung ganz zu Grunde gehen müssen. Wie mit so manchen Dingen ging es auch in dieser Hinsicht im alten Reich nicht anders: Viel wurde geredet und geschrieben, gewünscht und gehofft, erbeten und gefordert, aber umsonst; an der Zersplitterung Deutschlands scheiterten so viele mit Wärme, Begeisterung und Aufopferungsfähigkeit in's Leben gerufene Unternehmungen. Während man überall ausserhalb Deutschland längst den Werth und die Bedeutung der Baudenkmäler für das Kulturleben der Gegenwart erkannt hat, sind wir hinter unseren Nachbarn weit zurückgeblieben in der Pflege unserer Monumente; wir lassen sie verderben und verfallen, ohne zu bedenken, welchen materiellen und ideellen Verlust wir dadurch erleiden.

Bemühungen um die vaterländischen Baudenkmäler in Frankreich.

In Frankreich, wo seit 1831 die Regierung die Restauration historisch oder künstlerisch hervorragender Baudenkmäler unterstützt, wurden noch vor Kurzem zu den 2 Millionen Franken, welche die Departements und Gemeinden zur Erhaltung der Baudenkmäler beisteuern, 1100000 Fr. von Staatswegen beigefügt.

Konservierung der Baudenkmäler in Belgien.

In Belgien eröffnete der Minister das neu errichtete archäologische Museum zu Lüttich, welches in dem, auf Staatskosten mit 2 Millionen Franken restaurirten bischöflichen Palast aufgestellt wurde, mit den Worten:

„Die Museen sind für den Historiker die reichsten Fundgruben positiver Kenntnisse, welche die Lücken schriftlicher Dokumente ergänzen oder deren Zuverlässigkeit zu prüfen gestatten. Die Vaterlandsliebe erhöht und befestigt sich durch diese tiefen und ununterbrochenen Studien der Vergangenheit. Das Vaterland wird uns in der That theurer, wenn wir es besser kennen; denn der Mensch liebt nur das vollständig, was er genau kennt.

„Die Regierung hat keine Mühen und keine Opfer gescheut, um nun schon seit einer Reihe von Jahren zur Aufhellung der verloren gegangenen oder entstellten Züge unserer nationalen Vergangenheit beizutragen. Wir können sogar sagen, dass sie selbst die Initiative ergriffen hat, um ihre unseren alten Denkmälern, den ruhmvollsten Hinterlassenschaften unserer Väter, schuldige Achtung an den Tag zu legen. Fast am ersten Tage schon nach unserer politischen Rekonstitution schuf sie auf die persönliche Initiative des Königs Leopold des Ersten hin die königliche Kommission der Denkmäler, und die Kammern stellten in der Gesetzgebung die Grundsätze nicht nur zum Schutze unserer Monumente vor der Hache ihrer Zerstörer fest, sondern auch zu ihrer Erhaltung in ihrer ursprünglichen Integrität. Durch eine Gesamtheit schützender Massregeln verbreitete sich eine allgemeine Besorgtheit zu Gunsten aller derjenigen Kunstgegenstände, welche sich in irgend welcher Weise als Nationaleigenthum betrachten liessen. Die vor Alter baufällig gewordenen Baudenkmäler unterwarf man der sorgfältigsten Prüfung und stellte sie in ihrer ursprünglichen Schönheit wieder her. Die Meisterwerke der Malerei, unsere herrlichen Glasgemälde, die Mobilien der Kirchen und Profanbauten, welche von dem hohen Standpunkt unserer ehemaligen Kunsthandwerke Zeugnisse ablegten, wurden aufs Sorgfältigste restaurirt und erhalten. In einem Zeitraum von 22 Jahren hat man mehr denn 125 Baudenkmäler ersten Ranges, sowohl bürgerliche wie religiöse Gebäude, und mehr wie 400 Kirchen von einiger Bedeutung ihrem ursprünglichen Stil gemäss restaurirt und konsolidirt. Der glückliche Zustand unseres Staates hat sich seither nicht vermindert, trotzdem seine Opfer gewachsen sind. Ausserdem war es ja nicht allein, der Opfer bringen musste; die Provinzen, die Gemeinden, die Kirchenverwaltungen haben ihre Kräfte mit denjenigen der Regierung vereinigt und ihren Theil an den zur Restauration der alten Baudenkmäler nöthigen Kosten beigetragen.“*)

So konnte mit Stolz und Genugthuung vor zwei Jahren ein belgischer Minister hinsichtlich der von der Regierung zum Schutze der Baudenkmäler des Landes ausersehenen Massregeln und ihrer Erfolge sprechen.

*) *Moniteur Belge*, 16. Oktober 1874.

Bestrebungen zum Schutz der Baudenkmäler in England, Italien und Holland.

In England stehen längst die Baudenkmäler unter dem Schutze des Staates, in Italien hat man neuerdings bedeutende Summen zur Restauration hervorragender Monumente ausgeworfen, und unsere stammverwandten Nachbarn, die Holländer, welche ähnlich wie wir eine lange Zeit hindurch ihre vaterländischen Monumente auf unverantwortliche Weise vernachlässigt hatten, haben endlich auch in der Institution der *Rijksadviseurs voor de monumenten van geschiedenis en Kunst* eine über reichliche Hilfsmittel verfügende Kommission zur Erforschung und Erhaltung der Geschichts- und Kunstdenkmäler gewonnen, und ihre segensreiche Wirksamkeit hat sich schon in der kurzen Frist von 2 Jahren in allen Theilen des Landes geltend gemacht.

Was hat Deutschland im Interesse seiner Baudenkmäler gethan?

Wir Deutsche mit unseren ehemals kleinstaatlich zersplitterten Verhältnissen haben gethan, was wir nur gekonnt haben, um so manches Denkmal vor seinem Untergang zu retten; das heisst, wir haben geredet, geschrieben und berathen, was man thun könnte und sollte, jedoch so viel wie nichts damit erreicht. Jetzt aber, da wir gesehen haben, wie viel Vortreffliches durch die Hand der geeinten Reichsregierung geschaffen werden kann, jetzt ist es Zeit, uns klar zu machen, welche Bedeutung die deutschen Baudenkmäler für unsere Kultur-entwicklung haben und was zu ihrem Schutze geschehen kann, soll, und muss. Wir Deutsche, die wir auf unsere Bildung so stolz sind, die wir uns mit so lebhaftem Interesse allen Gebieten der Künste und Wissenschaften zuwenden, die wir uns unserer politischen Reife und freihethlich-fortschrittlichen Gesinnung rühmen, wir haben bis jetzt unseren Baudenkmälern so wenig Aufmerksamkeit geschenkt, als ob sie überhaupt nicht vorhanden wären. Wenn auch das Bewusstsein der Wichtigkeit einer Erhaltung der Baudenkmäler bereits in einem grossen Kreise der Gebildeten sich Bahn gebrochen hat und die Vernachlässigung schmerzlich empfunden wird, so hat sich diese Einsicht noch zu wenig an denjenigen Stellen eingebürgert, welche wirklich für ihre Erhaltung wirksam sein könnten. Diese betrübende Wahrnehmung zeigt sich namentlich bei städtischen Verwaltungen in auffallender Weise, und selbst wenn die Frage der Erhaltung von Baudenkmälern vor das Forum der Künstler kommt, um da begutachtet, beleuchtet und hin und her erwogen zu werden, wie kühl ablehnend, wie schon vor dem Vorwurf des konservativ Seins, wie einseitig und vorurtheilsvoll verhält sich da die Majorität! Die Gothik, die Renaissance erschallt sofort der Ruf.

Bedeutung der Baudenkmäler als Stützen des Patriotismus.

Dass vielfach die Gleichgültigkeit der Regierungen an der Erhaltung der Baudenkmäler ihre Zerstörung beschleunigt, unterliegt keinem Zweifel. Sie geben sich vielfach gar keine Rechenschaft davon, dass sie durch Vernachlässigung der Baudenkmäler und Zulassung ihrer Zerstörung gerade bei derjenigen Klasse des Volkes zur Untergrabung des Patriotismus beitragen, welcher ein Hauptelement der Bildung fehlt: der historische Sinn, also das Bewusstsein, mit dem Kulturleben der Vergangenheit und der Gegenwart durch unendlich viele Fäden verknüpft zu sein. Mancher arme Mensch, der nach dem Verlust seiner Familie sich in der Welt umhergetrieben hat und nach vielen Jahren nach seinem Heimathsort zurückgekehrt ist, wo er nichts Bekanntes mehr findet als etwa die alten Thore, die Schlossruine und die Kirche, wird im Herzen fühlen und erkennen müssen, dass es ausser den Menschen noch Etwas giebt, was ihn an die Heimath fesselt: die sichtlichen, dem Sturm der Zeiten trotzens historischen Denkmäler, welche vielleicht die Stätten heiteren Spieles in seiner Jugendzeit waren. Die Baudenkmäler geben den Ortschaften ein so unterschiedenes Gepräge, dass man sich die Letzteren ohne Erstere kaum denken kann, und der lebhafteste Unwille der Bevölkerung macht sich oft geltend, wenn man an der äusseren Erscheinung des Ortes durch Entfernung dieser, seinen Habitus bestimmenden Denkmäler etwas ändern will. Was wäre München ohne die Kappen der Liebfrauenkirchthürme!

Die Monumente sind mit die stärksten Fesseln des Heimatgefühles, die Felsen, an welche der Lokalpatriotismus, ohne den eine Liebe zum Gesamtvaterland nicht möglich ist, sich in den wechsellvollen Stürmen des Lebens anklammert. Das Neue hat keine Geschichte; Poesie und Sage umranken nur das Historische, und ein funkelnagelneuer Bau, errichtet an Stelle eines alten Stadtmauerrestes, mit dessen Umsturz tausend Erinnerungen erlöschen, wird für das Volk erst dann ein Mittelpunkt sinniger und poetischer Beziehungen, wenn der Neubau durch eine hervorragende Persönlichkeit oder ein wichtiges Ereigniss eine historische Bedeutung erhält. Fürsten, die sich einen Palast bauen wollen, dürfen nicht den alten abreissen, sondern müssen den Neubau anderswo errichten; Fürsten, welche vom Volke die Pietät gegen ihre Vorfahren verlangen, müssen vor Allem selbst ihre Pietät gegen die von ihren Ahnherren bewohnten Paläste bezeugen. Regierungen, welche Achtung vor dem Staatsgebäude erwarten, müssen sich möglichst hüten, die Stützen des Staatsgebüdes selbst zu untergraben und den Zusammenhang der Gegenwart mit der Vergangenheit zu lockern oder zu verwischen. Die Mehrheit des Volkes bedarf stets sichtbarer Zeichen eines solchen Zusammenhanges, bestünden sie nun in ehrwürdigen Zeremonien, in Kriegs-

tropäen oder in Baudenkmälern. Rom wäre ohne seine Monumente für die Menschheit ein Nichts!

Man darf demnach wohl sagen, die Erhaltung der deutschen Baudenkmäler als kräftiger Ernährer des Vaterlandsgefühls empfiehlt sich aus politischen Gründen.

Der Werth der Baudenkmäler für die Kunstausbildung.

Der Werth der deutschen Baudenkmäler für die Ausbildung in der Kunst ist allgemein viel zu wenig anerkannt; dass die wahre Begeisterung, welcher die edelsten Schöpfungen der Kunst entspringen, wieder nur in der Anschauung von Kunstwerken ihre Nahrung findet, wird von den Architektur-Lehrern häufig gar nicht berücksichtigt, welche lieber mit Hilfe von Büchern und Abbildungen Kunst lehren wollen als vermittels der Anschauung wirklicher Baudenkmäler. Man will in der Regel überhaupt nicht die Baukunst, sondern irgend einen Baustil lehren; da wir nun die Baukunst des klassischen Alterthums oder die Renaissance nicht in den besten Originalwerken vor Augen haben können, so sollten wir an den deutschen Baudenkmälern unsere Sinne vervollkommen, unser Kunstgefühl ausbilden. Die eigene Anschauung von Baudenkmälern fördert den angehenden Architekten mehr, als alle in Büchern stehende oder mündlich vorgetragene Lehre, mögen die Monumente nun in diesem oder jenem Stil erbaut sein.

Nicht das Spezifische eines Baustils trägt zur Ausbildung eines Künstlers das Wesentliche bei, sondern die Vertiefung in die Kunstwerke muss das Stilgefühl erwecken, reifen und klutern. Diese Vertiefung ist aber nicht ohne die eigene Anschauung des Kunstwerkes möglich. Es ist deshalb den deutschen Baudenkmälern der grösste Werth als pädagogisches Lehrmittel für den Architektur-Unterricht beizulegen.

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Baudenkmäler.

Die edlen Väter der Städte, die Landtags- und Reichstagsabgeordneten müssten es eigentlich von selbst wissen, welche Rolle die Baudenkmäler im sozialen Leben spielen; wenn ihre Erhaltung und Restauration einerseits zur Stärkung des Patriotismus beiträgt und tausendfältige künstlerische Anregungen giebt, so ist andererseits ihr Einfluss auf die Hebung des Handwerks und der Kunstindustrie durch die Wiederbelebung der interessantesten, verloren gegangenen technischen Arbeitsprozesse von unberechenbarem Werth. Die Baudenkmäler sind als ein Kapital zu betrachten, welches erst noch seine Zinsen tragen muss, sie sind ein gut angebautes Feld, dem nur Regen und Sonnenschein fehlt, um Früchte zu tragen. Das Kapital deshalb vernichten zu wollen, weil wir es noch nicht in der richtigen Weise auszunutzen verstanden haben, würde Jedermann als ein unwirtschaftliches Prinzip

verwerfen. Der absichtlichen Vernichtung des Kapitals aber ist die Vernachlässigung der Baudenkmäler in ihrer Wirkung äquivalent; das Kapital, um welches es sich hier handelt, ist fortwährend im Dahinschwinden begriffen und wird ohne unsere energischsten Bemühungen mit zunehmender Rapidität sich verringern. Vergleicht man die ideellen Zinsen, welche das zur Wiederherstellung und zur Vollendung des Kölner Domes nötige Kapital schon getragen hat, Zinsen, welche in der Hebung vieler Kunstindustriezweige bestehen, so muss der Reingewinn solcher Unternehmungen in die Augen springen. Die Erhaltung der Baudenkmäler ist von praktischem und volkswirtschaftlichem Interesse.

Bedeutung der Baudenkmäler für die Wissenschaft.

Dass die deutschen Baudenkmäler eine unerschöpfliche Fundgrube für die Wissenschaft sind, selbst das ist nicht zur Genüge bekannt. Nicht blos die Kunstforschung kann aus ihnen grossen Nutzen ziehen, sondern auch viele andere Wissenschaftsgebiete, vor Allem die Kulturgeschichte; hier ist darauf hinzuweisen, dass Archäologie und Kulturgeschichte der Mitwirkung vieler Fachgelehrter der verschiedensten Wissenszweige bedürfen und umgekehrt.

Wer beispielsweise eine Geschichte der Metallgewinnung und Verarbeitung schreiben wollte, würde an den Baudenkmälern ein reiches Material an Untersuchungsobjekten gewinnen, deren chemische Analyse nicht unwesentliche Aufschlüsse über die Ausbeutung von Bergwerken, über die Verhüttung der Erze und die Handelsbeziehungen liefern könnte; namentlich die Untersuchung des Bleis, welches man an zahllosen, sicher datirten Baudenkmälern zum Ausgiessen von Steinfugen der Gewölbrücken verwendet findet, würde manche kulturgeschichtlich werthvolle Ergebnisse zu Tage fördern.

Für die Entscheidung einer Menge archäologischer Streitfragen sind die Arbeiten des Chemikers, des Geologen etc. unentbehrlich; die Naturwissenschaften müssen die Kunstforschung unterstützen.

Für die Geschichte der Festungsbaukunst, welche den Militair ebenso sehr interessieren muss, wie den Architekten und Archäologen, stehen in unserm deutschen Vaterland unübersehbar viele Monumente als Untersuchungsobjekte bereit und warten ihrer wissenschaftlichen Ausbeutung: die Schlösser, Ritterburgen, Festungen etc. Sie sind noch niemals gründlich, umfassend von den vielseitigsten Gesichtspunkten aus und um der mannichfachen wissenschaftlichen Zwecke willen untersucht worden.

Selbst scheinbar entlegene Wissenschaftsgebiete, wie z. B. die Botanik, dürfen von der Untersuchung der Baudenkmäler einigen Erfolg erwarten, insofern die mittelalterliche Pflanzenornamentik die in Deutschland wildwachsenden oder zur Zeit der Kreuzzüge in die botanischen

Gärten der Klöster übertragenen fremdländischen Pflanzen berücksichtigt*).

Die Erhaltung und Untersuchung der Baudenkmäler ist, wie wir zu zeigen versucht haben, von eminenter Bedeutung für die verschiedensten Wissenschaftsgebiete.

Eigenthümer der Baudenkmäler.

Die Baudenkmäler sind entweder im Privatbesitz, oder sie sind Eigenthum der Gemeinden, der Kirche oder des Staates.

Im ersteren Falle entbehren sie meistens jedes Schutzes; sie werden vom Privatmann je nach Bedürfniss umgebaut, dem Verfall überlassen oder auch auf Abbruch verkauft.

Die Baudenkmäler werden als Eigenthum von Gemeinden und Kirchen einigermaassen vor ihrem Untergang geschützt, meistens aber mit ungenügenden Mitteln, selten mit dem richtigen Verständniss für das Bauwerk selbst.

Die Baudenkmäler, welche Staatseigenthum sind, stehen fast überall auf einem Erhaltungsbudget; wird ihnen aber einerseits ein Schutz gewährt, so erfolgt ihre Konservierung vielfach ebensowenig in der richtigen Weise, als dies Seitens der Gemeinden und Kirchen ausgeführt wird. Es mehren sich tagtäglich die Klagen in öffentlichen Blättern, dass die Behörden, welchen die Erhaltung der Baudenkmäler übertragen ist, aus vollständiger Verkennung ihrer Aufgabe zur Vernichtung oder Verunstaltung der Baudenkmäler beitragen.

*) So finden wir an Holzschnitzereien der Chorstable in Schulpforta in naturalistischer Abbildung ein südliches Gewächs, *arum dracunculoides*, wiedergegeben, und dass gerade die genannte Species abgebildet wurde, das beweist der Umstand, dass das prächtige Ornament sich aus einem Drachenschwanz entwickelt. Ueber die symbolische Bedeutung der Aroideen in der christlichen Kunst hat ein Franzose geschrieben: *Wolles, iconographie des plantes aroidees au moyenage en Picardie, et considérées comme origine de la fleur de lis de France. Amiens 1848.*

Was kann zur Inventarisierung, Veröffentlichung und Erhaltung der Baudenkmäler im Deutschen Reich gethan werden?

In der vollen Ueberzeugung, dass es eine Ehrensache der deutschen Nation ist, sich ihrer vernachlässigten Baudenkmäler anzunehmen, hat die Delegirten-Versammlung der deutschen Architekten- und Ingenieur-Vereine in Eisenach die Frage aufgeworfen: „Was kann Seitens des Verbandes der deutschen Architekten- und Ingenieur-Vereine geschehen, um die Inventarisierung, Veröffentlichung und Erhaltung der Baudenkmäler im Deutschen Reiche zu befördern?“

Diese Frage schliesst eine Reihe von Problemen ein, von deren Lösung ihre Beantwortung abhängt. Sie seien daher im Einzelnen besprochen. Vor Allem ist es nöthig, den vorliegenden Stoff abzugrenzen, das heisst, sich zu entscheiden, was unter den deutschen Baudenkmälern zu verstehen sei.

Was versteht man unter den Baudenkmälern?

Die Baudenkmäler gehören als Kunstdenkmäler zu den Denkmälern der Kultur der Vergangenheit. Sie umfassen alle in künstlerischer Beziehung werthvollen Werke des Bauwesens, also auch alle künstlerisch gestalteten Festungsbauten. Ausgeschlossen sind hier die Werke der übrigen bildenden Künste, die rein geschichtlichen oder kulturgeschichtlich bedeutsamen Denkmäler. Mitinbegriffend zählen wir jedoch alle Baukonstruktionen, welchen der künstlerisch begabte Schöpfer eine besondere, nicht eigentlich ihrem Zweck dienende Form gegeben hat, zu den Baudenkmälern.

Zeitliche Abgrenzung des Gebietes der Baudenkmäler.

Man kann die deutschen Baudenkmäler von der Karolingischen Zeit bis in den Anfang unseres Jahrhunderts einerseits von den römischen und altgermanischen Denkmälern ausschneiden, andererseits von den modernen Bauwerken, da sowohl diese wie die rein archaischen Denkmäler sich eines besonderen Schutzes erfreuen; immerhin wird eine Behörde zur Erhaltung der Baudenkmäler auch von diesen letztgenannten Werken Notiz nehmen müssen.

Sachliche Abgrenzung des Gebietes der Baudenkmäler.

Die Baudenkmäler sind nicht blos Gebäude im engeren Sinne des Wortes, sondern alle, der baukünstlerischen Thätigkeit anheim fallende Werke, soweit solche mit dem Begriffe des Bauens zusammenhängt. Verschiedene Autoren fassen diesen Begriff von einander abweichend auf; Viollet Le Duc schliesst die Mobilien, Geräthe, Kleidung, Schmucksachen aus dem Bereiche der Baukunst aus, unter welches er jedoch die schwer oder nur in bestimmter Weise beweglichen Objekte, feststehende Kirchenmobilen, Glocken, Thurmuhren, mit inbegrift. Ebenso Lotz, welcher nur die unverrückbar fest gegründeten oder doch für unsere Handhabung zu gewaltigen Produkte menschlicher Arbeit den Bauwerken zuzählt. Burckhardt und Viollet Le Duc behandeln in ihren Werken die Wand- und Glasmalereien, ersterer auch die im Zusammenhang mit Prachtbauten geschaffenen Werke der Landschaftsgärtnerei gleichzeitig mit der Architektur.

Jedenfalls wird ein Konservator der Baudenkmäler allen solchen und ähnlichen Werken seine Aufmerksamkeit widmen müssen.

Schutz der im Privatbesitz befindlichen Baudenkmäler.

Die im Privatbesitz befindlichen Baudenkmäler scheinen sich von selbst jeder Kontrolle entziehen zu können, die, wenn von Nichteigenthümern ausgeübt, als ein Eingriff in die persönlichen Rechte des Eigenthümers aufgefasst wird. Indessen ist diese Meinung, wenn nicht eine irrige, so doch eine der Korrektur bedürftige.

Kleinere, transportable Bau- oder Kunstdenkmäler können, wie das in Italien der Fall ist, durch ein Gesetz geschützt werden, wonach ihr Verkauf nach dem Auslande ohne besondere Erlaubniss der Regierung verboten wird, welche dieselben im Nothfall für Museen zu erwerben sucht.

Die Museen ferner können, ähnlich wie in Italien, im Privatbesitz befindliche Kunstwerke mit Zustimmung ihrer Eigenthümer als Ausstellungsobjekte den Museen einverleiben und dadurch den Eigenthümern eine bessere Garantie für die Erhaltung dieser Werke bieten, als sie die der Feuersgefahr stets ausgesetzten Wohnhäuser gewähren können.

Was die im Privatbesitz befindlichen Baudenkmäler anbelangt, so lässt sich allerdings durch Gesetze und mannichfache Hilfsmittel ein Druck auf die Eigenthümer ausüben.

Die Baudenkmäler bedürfen eines, der Stellung des Grundeigenthums zum Expropriationsgesetz ähnlichen gesetzlichen Schutzes, insofern ihr Kunstwerth und ihre wissenschaftliche Bedeutung der Gesamtheit zu Gute kommen, der Wille der Gesamtheit aber nicht durch den Einzelnen unberücksichtigt gelassen werden darf. Wo heutzutage noch derartige Fälle vorkommen können, wie kürzlich in dem holländischen Nieuwe Niedorp, wo ohne irgend einen triftigen Grund

und trotz aller Gegenbemühungen der Regierung eine grosse, dreischiffige Kirche mit Querschiff und Chor abgerissen wurde, weil die Gemeinde für 60000 Gulden eine neue, kleinere Kirche an Stelle der alten bauen wollte, ist eine Lücke in der Gesetzgebung.

Die muthwillige, böswillige Zerstörung von Baudenkmälern muss strafbar sein, ihre Zerstörung aus Leichtsinne, Unkenntniss ihres Werthes etc. muss verhindert werden können. Das ist nun allerdings nur in einem Lande möglich, in welchem die Regierung selbst Alles anbietet, um die Monumente zu schützen. Die oberste gesetzliche Bestimmung lautet in Holland beispielsweise dahin, dass an keinem Baudenkmal irgend welche Aenderung vorgenommen werden darf, ohne dass die Kommission der Rijksadviseurs davon benachrichtigt wird. Diese nimmt im vorkommenden Fall sofort Kenntniss von dem Baudenkmal und den beabsichtigten Aenderungen. Es handelt sich hier in der Regel um folgende Fälle.

1. Das Baudenkmal soll abgerissen werden.
2. Das Baudenkmal soll in einer Weise umgebaut werden, welche den ursprünglichen Charakter zu verwischen sucht. Viele Gemeinden wollen alte Stadthore oder Festungsbauten, als den städtischen Verkehr hemmend, abbrechen; gelingt es den Rijksadviseurs nicht, die Gemeinden zur Erhaltung des Baudenkmal zu bewegen, so wird es vor seinem Abbruch sorgfältig aufgenommen. Handelt es sich um baufällige Werke, welche durch eine gute Restauration wiederherstellbar sind, so bewilligt die Regierung die nöthigen Geldmittel.

Wird ein mittelalterliches Wohnhaus, ein Schloss etc. von seinem Eigenthümer umgebaut, so wird ebenfalls vor der Veränderung des Baues eine sorgfältige Aufnahme desselben besorgt; einen Abbruch derartiger Monumente sucht die Regierung bisweilen durch Ankauf des Gebäudes zu verhindern.

Sehr häufig wollen Gemeinden ihre alten Kirchen zu gottesdienstlichen Zwecken umändern, d. h. die in der Regel für die Gemeinde zu grosse Kirche, welche ursprünglich für eine sehr ausgedehnte Parochie errichtet wurde, abtheilen. Damit solche baulichen Veränderungen den Charakter des Gebäudes nicht zerstören, machen die Rijksadviseurs Vorschläge, eventuell auch Pläne, die sie der betreffenden Gemeinde vorlegen; sie tragen auch bei der Regierung auf Unterstützung der Gemeinde an, falls ihre Geldmittel zu einer stilgerechten Umgestaltung oder Restauration des Kirchenbaues nicht genügen. Jede Aenderung des Bestandes eines Baudenkmal mit Umgehung der Rijksadviseurs wird aber als eine straffällige Handlung aufgefasst.

Inventarisirung der Baudenkmäler.

Die Vorarbeit, welche zu Gunsten der Erhaltung der deutschen Baudenkmäler vorgenommen werden muss, ist ihre Inventarisirung.

Vor Allem muss man genau wissen, was vorhanden ist und in welchem Zustand es sich befindet, will man es zu erhalten suchen. Inventare der Baudenkmäler sind bereits in mehreren Regierungsbezirken Preussens vollendet oder in Arbeit genommen; in Dr. W. Lotz's Kunsttopographie wurde auch bereits der Versuch eines Gesamt-Inventars der deutschen Baudenkmäler gemacht.

Der Nutzen solcher speziellen oder Gesamtinventare eines Landes ist ein doppelter, indem dieselben vor Allem jedem Staatsbeamten, welcher sich irgendwie mit den Baudenkmälern zu befassen hat, ein zuverlässiges Nachschlagebuch bieten, aus dem derselbe über jedes einzelne Denkmal seines Landes die nöthigen chronologischen, historischen und deskriptiven Notizen, sowie diejenigen über den baulichen Zustand, die nöthigen Unterhaltungs- oder Reparaturkosten, die Namen der Besitzer und der zur Konservirung des Denkmals verpflichteten Gemeinden, Kirchen oder Privatpersonen entnehmen kann; ferner ist mit solchen Inventaren jedem Freunde der vaterländischen Baudenkmäler die beste Gelegenheit gegeben, dieselben eingehend zu studiren.

Diese schriftliche Inventarisirung müsste in jeder Provinz des deutschen Reiches von geeigneten Persönlichkeiten auf Grund genauen Studiums der provincialen Baudenkmäler an Ort und Stelle und der auf sie bezugnehmenden Urkunden der Archive ausgearbeitet werden.

Veröffentlichung der Baudenkmäler.

Soll die Inventarisirung der Baudenkmäler eines Landes wirklich allen Ansprüchen genügen, so ist einem solchen gedruckten Verzeichniss des Vorhandenen unbedingt eine vollständige Kollektion von Abbildungen derselben nach guten Originalaufnahmen beizufügen. In Grundrissen, Durchschnitten und Ansichten, sowie Detailzeichnungen muss dem Staatsbeamten wie dem Kunstfreund das gesammte Material übersichtlich geordnet zum Spezialstudium vorliegen. Es muss für den Fall, dass Restaurationen der Baudenkmäler nöthig werden, in jedem einzelnen Falle dem Staatsbeamten möglich sein, sich darüber zu instruiren, um was es sich handelt, ohne stets an Ort und Stelle selbst hinreisen zu müssen. Es wird mithin als Illustration zu dem gedruckten Inventar ein Atlas von Figurentafeln nöthig, aus welchem das Wesentliche zu ersehen ist. Dieser muss bei handlichem Format in möglichster Vollständigkeit den Stoff im Bilde wiedergeben, also eine illustrierte Topographie der Baukunst eines Bezirkes, z. B. Badens, bilden. Ein solcher Atlas wird nur dann auf einige Solidität in der Durchführung Anspruch machen können, wenn die Abbildungen nach grossen, genauen Aufnahmeseichnungen mittels Lichtdruck reduziert werden. Solche Zeichnungen würden als Urkunden zu betrachten sein, denen gegenüber der genannte Atlas als ein Auszug erschiene. Sie würden ein Pendant bilden zu den topographischen Landesvermessungen der Provinzen.

Auch hier kann ein vorzügliches Vorbild der Nachahmung empfohlen werden, nämlich die Blätter, welche die „Wiener Bauhütte“ publizirt. Wäre eine derartige dreifache Inventarisirung der deutschen Baudenkmäler für jeden Bezirk vollendet, so würden wir ein Werk der architektonischen Monumenta Germaniae besitzen, um welches uns jede Nation beneiden könnte. Dieses Werk könnte in jeder deutschen Landesbibliothek von einigem Range existiren, die einzelnen Sektionsarbeiten in den betreffenden Provinzen verbreitet sein, jeder Band oder auch das Ganze im Privatbesitz sich befinden.

Die grösseren Aufnahmen und Vermessungen könnten vorzugsweise von den Lehranstalten besorgt werden, wie in ähnlicher Weise die Kunstakademie und die polytechnische Schule zu Wien der „Wiener Bauhütte“ die Materialien liefern. Ferner könnten sich Behörden, welchen hierzu geeignete Kräfte zur Verfügung stehen, der Herstellung solcher Aufnahmezeichnungen widmen.

Konservirung der Baudenkmäler.

Die Aufgabe der Erhaltung der Baudenkmäler besteht einestheils in der Bewahrung derselben in ihrem gegenwärtigen Zustande, andertheils in ihrer Restauration. Baudenkmäler konserviren heisst allen schädlichen Einflüssen auf sie entgegen arbeiten, sie vor ihren Feinden, „dem Zahn der Zeit“, den Bränden und anderen Unglücksfällen, der Unbill des Krieges, der böswilligen, muthwilligen oder aus Unverstand erfolgenden Zerstörung und — leider, muss man besonders hervorheben — vor den ungeschickten Restauratoren, ihren grössten Feinden, schützen.

Schutz der Baudenkmäler vor ihrem Verfall.

Trotzdem die Baudenkmäler dem Schicksal alles Bestehenden unterworfen sind, so ist diese stetige, wenn auch langsam wirkende Zerstörung nicht zu vergleichen mit der heftig wirkenden Vernichtung durch Unglücksfälle, Bosheit, Unverstand und Ungeschick vieler Restauratoren. Dem ersten Feind wird am besten entgegengearbeitet durch Schutz der Monumente vor Verwahrlosung und dadurch, dass man die Bauwerke so viel wie möglich wieder benutzbar macht. Eine grosse Anzahl von Denkmälern ist noch in einem so guten Zustande, dass mit einigen Ausbesserungen, dem Ersetzen einigen morschen Holzwurkes in den Dachstühlen, mit der Reparatur der Dächer und Entfernung der Feuchtigkeit von den Fundamenten schon ohne allzu grossen Kostenaufwand geholfen werden kann. Wenn von einer Benutzbarmachung die Rede ist, kann natürlich nur eine solche verstanden sein, welche nicht zur Zerstörung der Baudenkmäler geradezu beiträgt. Eine Anzahl von Baudenkmälern wurde in unserem Jahrhundert wieder zu gottesdienstlichen Zwecken, zu Lehranstalten, Museen etc. eingerichtet und dadurch vor Verfall bewahrt. Dagegen ist eine beträchtliche An-

zahl anderer, namentlich schöner mittelalterlicher Kirchen, in Fabrikräume und Waarenmagazine, Kasernen etc. umgewandelt worden, bei welcher Gelegenheit dann die Kapitüle von Pfeilern, Fenstermaasswerke, Ornamente aller Art rücksichtslos beschädigt oder zerstört wurden, weil sie irgendwo und irgendwie dem inneren Ausbau im Wege standen. Ein eigenthümliches Schicksal wurde mehreren Kirchen „zum heil. Geist“ zu Theil, welche in Bierwirthschaften umgewandelt wurden (Mainz und Bruck a. M. beispielsweise), dann den ehrwürdigen Stammschlössern alter Fürstengeschlechter. Das Herrscherschlösschen der sächsischen Churfürsten, die prachtvolle Albrechtsburg zu Meissen, war bis zum Jahre 1863 von der Porzellanfabrik daselbst eingenommen, deren grosse Oefen die Gewölbe und Innenräume bedenklich beschädigten, und ebenso war das herrliche frühgothische Stammschlösschen der hessischen Churfürsten zu Marburg bis 1866 Zuchthaus und man hatte aus Gründen der Sicherheit alles so verbaut, dass die Architektur nur halbwegs sichtbar war.

Schutz der Baudenkmäler gegen Feuersgefahr.

Ein Hauptpunkt aller Konservirung der Baudenkmäler liegt in ihrem Schutze vor Feuersgefahr. Die Baugeschichte aller unserer deutschen Dome knüpft eng an eine Reihe von Dombränden an. Dass solchen grossen Unglücksfällen, wie wir sie noch vor Kurzem in Frankfurt a. M. erlebten, energisch entgegen gesteuert werden muss, ist wohl Jedermann einleuchtend. So lange es eine Unmöglichkeit ist, alle grossen Dome, Kirchen, Schlösser u. s. w. mit eisernen Dachstühlen zu versehen oder dieselben bis zum Dachboden hinauf mit einer Wasserleitung zu versorgen, scheint es mir am geeignetsten zu sein, an solche Einrichtungen zu denken, wie sie am Dome zu Würzburg in Gebrauch sind. Dort nämlich steht der Dom unter besonderem Schutze der Feuerwehr; dieselbe kennt nicht nur den Dom in allen seinen Theilen und macht von Zeit zu Zeit ihre Uebungen an demselben, sondern sie hat sogar den ganzen Dachboden zur Aufbewahrung von Lösch-Apparaten in Beschlag genommen, sorgt dafür, dass stets die grossen Wasser-Reservoirs auf dem Boden gefüllt sind und ferner, dass alle Schlüssel und Schlösser der Zugänge zu dem Dachboden stets in gutem Zustande sind. Diese höchst zweckmässige scheinende Einrichtung liess sich vielleicht mit nicht allzu grosser Schwierigkeit allerorts einführen, so dass die Feuerwehr die Baudenkmäler in ihren besonderen Schutz nähme, damit nicht mehr, wie das so oft vorkommt, verrostete Schlösser und verlorene Schlüssel im Falle einer Feuersgefahr die Ursache wären, dass Hilfe zu spät kommt oder unmöglich wird. (Bei einer nothwendig gewordenen Besichtigung der Orgel im Freiburger Münster wusste kein Mensch Auskunft zu geben, wo der Schlüssel sei, und erst nach 1½ Stunden konnte er aufgetrieben werden.)

Schutz der Baudenkmäler gegen die Unbill des Krieges.

In Bezug auf den Schutz der Baudenkmäler vor den Zerstörungen des Krieges möge diese Sache den militärischen Behörden so weit empfohlen werden, dass dieselben die Erhaltung der Monumente, soweit Kriegszwecke dieselbe überhaupt gestatten, als eine nationale und internationale Angelegenheit anerkennen und befürworten.

Schutz der Baudenkmäler gegen böswillige Zerstörung.

Der Schutz gegen böswillige Zerstörung wird sich ausser durch dahin bezügliche Gesetze am besten wohl dadurch leisten lassen, dass man möglichst zur allgemeinen Verbreitung der Kenntnis unserer Baudenkmäler beiträgt und diese Werke als ein kostbares Eigenthum der ganzen Nation dem Schutze jedes Einzelnen empfiehlt. In dieser Hinsicht sind es vor Allem die Geistlichen und Lehrer, welche Gutes stiften können.

Schutz der Baudenkmäler gegen schlechte Restauration.

Leider sind in Folge verfehlter Restaurationen eine Menge von deutschen Baudenkmälern so stark beeinträchtigt und entstellt worden, dass man diesen Punkt nicht übergehen darf, sondern geradezu hervorheben muss. Die Ursache solcher Vorkommnisse liegt vorzugsweise in der mangelhaften Kenntnis der Baustile der zu restaurirenden Gebäude seitens vieler Restauratoren, und zwar gilt dies nicht blos in Bezug auf die Bauformen allein, sondern fast mehr noch auf das grosse Geheimniss ihrer Verhältnisse, auf alle die vielen Momente, welche auf die eigenthümliche Gestaltung eines Baudenkmals eingewirkt hatten. Dazu kam und kommt noch häufig genug die oft an Fanatismus grenzende Vorliebe für einen bestimmten Baustil.

Eine weitere Art der Zerstörung und Entstellung seitens der Restauratoren müssen sich leider viele Baudenkmäler gefallen lassen in Folge persönlicher Eitelkeit ihrer angeblichen Verbesserer. Nicht blos ist zu tadeln, dass Bautheile absichtlich zerstört wurden, welche als offene Zeugen einer Fälschung seitens des Restaurators nicht hätten fortbestehen dürfen, sondern mehr noch, dass Restauratoren in willkürlicher Weise vom alten Bauplan abweichen. Wir verstehen unter Restauriren etwas Anderes, als etwa die Architekten des Mittelalters oder der Renaissance selbst, welche jederzeit mit mehr Recht als wir von dem ursprünglichen Plane eines Baues abweichen konnten, den sie fortzusetzen oder zu vollenden hatten. Es ist nöthig, sich klar zu machen, was denn überhaupt mit Restaurationen bezweckt werden soll und worin ihre Schwierigkeit liegt; es ist nöthig, die Ueberzeugung zu gewinnen, dass zu solchen Arbeiten nicht ohne Weiteres jeder Baubeamte oder Architekt befähigt ist, dass vielmehr dazu eine spezielle

Vorbildung gehört. Man hat seither in Deutschland vielfach geglaubt, solche Restaurationen jedem Baubeamten eines Bezirks übertragen zu können, der sich dann leicht von selbst mit Hilfe einiger Litteralien, des Heideloff oder gothischen Masterbuchs oder neuestens des Viollet-le-Duc, in seine Aufgabe hineinfinden würde, da dann der betreffende Baumeister zu glauben pflegte, es handle sich hier blos darum, so gut wie es eben seine Kräfte erlauben, sich dieses Auftrages zu entledigen.

Dieses Verfahren bei Restaurationsarbeiten ist in Deutschland noch das Vorherrschende, und gute Restaurationen sind die Ausnahmen. So lange bei den obersten Staatsbehörden und ihren untergebenen Kräften die Ansicht bestehen bleibt, dass Restaurationen sich auf dem rein bürokratischen Wege erledigen lassen, dürften überhaupt alle Bemühungen zum Schutze der Baudenkmäler, welche unternommen werden, erfolglos sein. Es dürfte nicht unpassend sein, hier eingehender auf die Schwierigkeit des Restaurirens aufmerksam zu machen, da diese Zeilen ja zum Theil für Nicht-Architekten oder auch für solche geschrieben sind, welche dem Restaurationswesen fern bleiben.

Schwierigkeit des Restaurirens.

Die Schwierigkeit bei allen Restaurationen liegt nicht blos darin, dass dieselben grosse technische Kenntnisse, archäologische und kunstgeschichtliche Studien voraussetzen, sondern mehr noch darin, dass die eigenthümliche Gabe nöthig ist, sich in das Wesen hinter uns liegender Kunstrichtungen, ja sogar einzelner Künstler hineinzuversetzen und in ihrem Sinne nachzuproduziren, eine Eigenschaft, welche gerade sehr häufig den Künstlernaturen fehlt, deren Schwerpunkt in Neuproduktionen liegt. Die Restauration von Baudenkmälern hat sich nicht blos mit Ausbesserung schadhafter Theile und Ergänzung einiger fehlender zu befassen; ihre Aufgabe ist vielmehr vorzugsweise die, ein Monument in den Zustand der Vollständigkeit und Vollendung zu versetzen, welchen die Schöpfer des Werkes im Auge hatten. Ist ein Bauwerk in einheitlichem Charakter durchgeführt, was bei grösseren Bauten selten der Fall ist, dann sind Ergänzungen fehlender Theile, Ersetzungen beschädigter und verwitteter Stücke u. s. w. keine allzu schwierige Aufgabe, wenn man das Objekt nicht blos in technischer Beziehung studirt hat, sondern auch seine Stellung in der Baugeschichte kennt. Bei grösseren und kleineren Bauwerken, deren einzelne Theile zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Stilen gebaut sind, ja oft sogar mehrere Varianten, Dialekte, wenn man so sagen darf, einer und derselben Stilrichtung zeigen, ist das Restauriren eine unbedingt schwierigere Arbeit, die ganz besondere Vorstudien und Ueberlegungen erfordert.

Ein einheitlich durchgeführtes und vollendetes Baudenkmal nimmt kunstgeschichtlich die Stellung ein, dass es mehr oder weniger das Resultat der Erfahrungen und Studien repräsentirt, welche sein Schöpfer

an den vor ihm in derselben Gegend aufgeführten Werken gemacht hat; zugleich wirkt es weiter auf die nach ihm entstehenden Bauten und ist häufig der Ausgangspunkt für dieselben. An ihm vollziehen sich hiermit die Gesamtfortschritte eines Baustiles, soweit derselbe dem Schöpfer des Werkes bekannt war. Es bildet demnach in der Thätigkeit eines Architekten einen Punkt, in welchem sich die künstlerischen Anschauungen der Zeit widerspiegeln und von welchem wieder neue Anregungen ausstrahlen. Es ist beeinflusst von einer Reihe benachbarter oder entfernter Bauwerke, welche auf die Entwicklung eines Künstlers einwirkten und bei diesem speziellen Werk benutzt wurden.

Diesen intimen Zusammenhang eines Bauwerkes mit andern Monumenten genau zu erforschen, ist eine ausserordentlich schwierige Aufgabe an sich, da wir bei der Mehrzahl der Baudenkmäler entlegener Zeiten weder ihre Urheber, noch deren Stellung zu Zeitgenossen, Bauschulen u. s. w. kennen. Die Aufgabe wird noch erschwert dadurch, dass eine Unzahl von Bauwerken zerstört ist, welche diesen Zusammenhang erklären könnten. So sind wir meistens bloß im Stande zu sagen: „dieser Chorbau gehört der Kölner Schule an, jener Hauptschiffbau der Strassburger Richtung; der nördliche Querschiffgiebel des Mainzer Domes scheint mit dem Chor der Kirche zu Gelnhausen verwandt zu sein; einzelne Theile des Freiburger Münsterchores weisen auf schwäbische Einflüsse hin u. s. w.“; anstatt genauer Kenntnisse der Meister und der gegenseitigen Beziehungen der Bauten, sind wir überall nur im Stande, Hypothesen aufzustellen, und doch wäre eine solche Kenntniss bei Restaurationen unumgänglich nöthig.

Die Kunstgeschichte hat bei allen ihren Verdiensten noch viel zu wenig sich auf das Gebiet der Spezialforschung begeben, als dass sie nur mit einigermaßen genügender Zuverlässigkeit die Baudenkmäler und ihre in verschiedenen Zeitperioden entstandenen Theile unter bestimmte Schulen oder Meister gruppieren könnte.

Ein Baudenkmal ist aber nicht bloß in seinem Zusammenhang mit anderen Werken zu untersuchen, sondern auch in Bezug auf eine Menge lokaler Verhältnisse, welcher zur Zeit seiner Erbauung seine äussere Erscheinung mitbestimmen halfen. Dort beispielsweise stand ein Gebäude im Wege, welches erhalten werden sollte und somit die eigenthümliche Grundrissgestaltung einer Kirche veranlasste; hier musste ein Thurm eine bestimmte Höhe erreichen, um über einen anderen, jetzt längst verschwundenen hinwegsehen zu können, der die Aussicht verhinderte. In Holland ist die Entwicklung der Baukunst wesentlich von den Fortschritten in der Fundamentirungskunst bedingt, welche bei dem grösstentheils nachgiebigen Boden sich erst vervollkommen musste, ehe an gewölbte Kirchen von grösserer Spannweite gedacht werden konnte. Der grösstentheils zur Verwendung gekommene Thon eignete sich nicht zu Terrakotten, weshalb der holländische Backsteinbau sich so

wesentlich von demjenigen der norddeutschen Tieflande unterscheidet. Derartige Beeinflussungen eines Bauwerkes lassen sich jetzt nur noch zum Theil nachweisen, ebenso, wie es späteren Zeiten kaum möglich sein wird, alle lokalen Einwirkungen auf unsere modernen Bauten aufzuhellen.

Einen wesentlichen Faktor bei der Beurtheilung der Baudenkmäler bilden die seiner Zeit zu Gebote gestandenen Baumaterialien, welche den Baustil direkt beeinflusst haben. Durch die Rheinischen Handelsverbindungen im Mittelalter war es beispielsweise möglich, die Gewölbe der Dome von Speier und Worms mit dem Brohlthaler vulkanischen Tuffstein herzustellen; in Mainz wurde sogar der östliche Vierungsturm des Domes aus diesem Material aufgebaut, ja selbst in den Ländern, welche an der Nordsee liegen, wurde es vielfach angewendet und kam selbst nach Dänemark. In der Zeit des gothischen Stiles kommt dieses vorzügliche Material, das in Verbindung mit dem Trachyt vom Siebengebirge und den Rheinischen Schiefer die ganze romanische Architektur des Niederrheins so bestimmt charakterisirt hat, in Deutschland nur selten mehr zur Verwendung; theils waren die Steinbrüche erschöpft, theils die Handelsverbindungen gestört worden. In Holland dagegen bleibt der Tuffstein während der Spätzeit des Mittelalters ein vielangewendetes Baumaterial. Wo dieses leicht bearbeitbare Material zur Verwendung kommt, da nehmen Skulptur und Ornamentik einen besonders zierlichen Charakter an, wie z. B. an der S. Valentinskirche zu Kidrich und an den Skulpturen des „Oelbergs“ am Dom zu Frankfurt. Mit der Aufnahme des rothen Sandsteines ändert sich dieses Verhältniss. Die rothen Sandsteine der Buntsandsteingruppe beherrschen die Architektur von Basel bis unterhalb Mainz zur Zeit des Mittelalters wie der Renaissance. Aber welche bedeutende Unterschiede zeigen sich im Baustil dieser Gegenden innerhalb der Grenzen des verwendeten Materials! Die oberrheinischen Bauten sind im Allgemeinen derb in ihrem Charakter; der aus den Elsässer Steinen gebaute Strassburger Münster ist in Allem um einige Grade feiner als der Freiburger, welcher sein Material aus seiner Nähe bezog. Die feinkörnigen Maindsandsteine lassen sehr scharfe, oft übertrieben dünne Profilirungen zu; es können sehr komplizierte Fenstermaasswerke aus einer oder zwei grossen Platten gearbeitet werden, was an anderen Orten vielleicht ein Unding wäre. Auch die festen und feinen Sandsteine bei Gelnhausen befördern ein reiches und zierliches Detail, während die vulkanischen Produkte am Niederrhein und in der Wetterau zu möglichster Schlichtheit der Architektur drängen, die harten Granite der Umgebung von Bautzen in Sachsen sogar zu einer Grobheit und Unbehilflichkeit der Formen, die gerade in Sachsen sonst nicht herrschend ist. Es liessen sich leicht noch eine Menge von Beispielen anführen, um nachzuweisen, dass der Stilcharakter eines Bauwerkes ganz wesentlich von dem Bau-

material abhängig ist; derselbe ändert sich sogar an einem und demselben Gebäude mit dem Wechsel des Materials, wie das z. B. an der Westfassade des Domes zu Regensburg so auffallend ersichtlich ist, wo durch Vertauschen des festen Jurakalkes mit dem feinen, weichen und weniger tragfähigen Grünsandstein derselben Gegend der ganze nördliche Thurm auf breiterer Grundlage errichtet und demgemäss reicher durchgebildet werden musste.

Es ist wohl klar, dass alle derartigen Beeinflussungen eines Bauwerkes erkannt und berücksichtigt werden müssen, wenn man gut restauriren will.

Leider wird das Charakteristische der Bauwerke bisweilen dadurch verwischt, dass man bei Restaurationsarbeiten nicht selten veranlasst wird, ein anderes, haltbareres Baumaterial zu verwenden, als dasjenige des alten Baues; so am Dom zu Limburg a. d. Lahn, so am Dom zu Utrecht und vielen holländischen Kirchen, bei welchen der Tuffstein bis zur vollständigen Unkenntlichkeit der Architektur verwittert ist.

Der Baustil eines Monumentes ist aber auch noch von den Fortschritten abhängig, welche ein Meister eines grossen Baues selbst im Laufe der Zeit macht. Früher wie heute entwickelt und vervollkommenet sich ein Künstler an seiner eigenen Arbeit. In den Zeiten, in welchen ein Baustil einen gewissen Grad von Stabilität erreicht hat, sind die sich aus solchen Fortschritten ergebenden Nuancen weniger auffällig, als in den Kunstperioden der raschen Stilentwicklung, wie zur Zeit der Entstehung und Ausbildung der gothischen Bauweise, oder zur Zeit, als die nordische Gothik sich mit italienischer Renaissance amalgamirte und von ihr verdrängt wurde. Da kann ein Baumeister zu verschiedenen Zeiten ganz verschieden gebaut haben, so dass man ein Bauwerk, den Stilverschiedenheiten nach zu urtheilen, mehreren Meistern zuschreiben geneigt wäre, statt bloss einem Einzigen, dessen künstlerische Entwicklungsstufen sich in dem Werke abspiegeln. Solche Bauwerke zu restauriren ist eine doppelt schwierige Aufgabe, welche eingehende kunsthistorische Kenntnisse und Forschungen voraussetzt. Ja, wenn man noch alle alten Originalpläne besäesse, wäre die Sache leichter, aber selbst wenn man sie besitzt, ist die Aufgabe des Restaurirens schwer. Vom Frankfurter Domthurm sind drei Pläne vorhanden, die alle drei unter sich und von dem ausgeführten Thurm noch besonders abweichend sind. Nach welchem der drei Pläne soll man restauriren? Wären unsere Baudenkmäler so zu sagen aus einem Guss, so würde die Aufgabe eines Restaurators immer noch eine leichte sein, dagegen die andere: Bauwerke zu restauriren, an denen viele Bauperioden und demgemäss Stilverschiedenheiten nachweisbar sind, komplizirter wird. Die meisten grösseren Monumente Deutschlands befinden sich in diesem Falle und es ist da ein ganz besonderer Takt nöthig, um das Richtige zu treffen.

Als Grundsatz kann hier gelten, dass der Zweck des Restaurirens der ist, das Schöner auf Kosten des weniger Schönen zu erhalten und zu vollenden, dabei aber jeden Bauthheil für sich zu restauriren, so lange seine Schönheit für seine Erhaltung spricht.

Die sogenannte Stilreinheit, welche lange Zeit als das Ideal der Restauratoren gegolten hat, ist hier nicht das allein maassgebende Prinzip; man wird nicht kleine, ganz unbedeutende Anbauten des spätgothischen oder Renaissancestiles an ein romanisches oder gothisches Prachtwerk konserviren wollen, wenn es dem Ganzen Eintrag thut, das ginge zu weit; man wird sich aber vor dem barbarischen Verfahren hüten müssen, werthvolle An- und Einbauten eines Domes aus Purifikationssucht zu zerstören, weil diese Theile in einem andern Stile errichtet sind, als der Hauptbau. Hier erwähne ich das Südportal des Domes zu Worms als Beispiel eines der Stilreinheits-Manie beinahe erlegenen Werkes allerersten Ranges. Eine ähnliche, oft schon ventilirte Frage betraf die Entfernung der schönen Renaissance-Vorhalle am südlichen Querschiff-Flügel des Freiburger Münsters. Abgesehen davon, dass für den Eindruck des Ganzen eine solche Entkleidung kaum förderlich wäre und das hinter den Gewölben der Halle versteckte romanische Portal sehr leicht aufgedeckt werden könnte durch eine Aenderung des Gewölbes der Halle, so ist diese selbst viel zu vortrefflich in ihrer Architektur, viel zu sehr geeignet, den malerischen Reiz des Baues zu erhöhen, als dass man für eine solche Beraubung des Münsters stimmen könnte. Die Hauptsache bei einem Baudenkmal ist nicht die, dass einer oder der andere Stil herrschend ist; die Monumente müssen wir nun einmal hinnehmen, wie sie sind, und dürfen sie nicht ohne besonderen Grund anders haben wollen, als sie uns von der Vergangenheit als Erbstück geschenkt wurden. Was an ihnen erhaltenswerth ist, soll erhalten bleiben, und erhaltenswerth ist alles Schöne, mag es im 12. oder 17. Jahrhundert geschaffen sein.

Wer sich eingehender mit den deutschen Baudenkmälern befasst, wird meistens finden, dass die alten Meister selbst zu einer gewissen Harmonie ihrer Anbauten an ein Originalwerk beigetragen haben und dass in diesem originellen, malerischen und vielgestaltigen Wesen unserer, verschiedenen Zeiten entstammenden Baudenkmäler ein poetischer Reiz liegt, welchen abzustreifen ein grosses Unrecht sein und nur der nüchternen Philisterhaftigkeit in den Sinn kommen kann. In diesem Sinne hat ein Bauwerk, welchem alle Zeiten ihren Stempel aufprägten, für Künstlernaturen weder etwas Widersprechendes noch Unharmonisches, so lange ein künstlerischer Geist aus dem Ganzen und seinen Theilen spricht.

Es ist fast Mode geworden, aus irgend einem alten Bauwerk etwas ganz Anderes zu machen, bloss damit sich der Architekt Gelegenheit zu allerlei interessanten und anziehenden Aufgaben verschaffen kann. Eine

nicht geringe Anzahl von Baumeistern glaubte, vor Allem müßte jeder Dorfkirche oder einem kleinen städtischen Kirchthurm ein durchbrochener Steinhelm in den Miniaturformen des Freiburger Münsterthurmes zu besonderer Zierde gereichen, und romanischer Rundbogenfries, Würfelkapitäl, Spitzbogen und Maasswerk galten als die einfachsten und sichersten Hilfsmittel, um den beabsichtigten Stil zu kennzeichnen.

Leider liessen sich eine Menge verpfuschter Baudenkmäler als Belege für diese Behauptungen zitiren; wir begnügen uns damit, jedem Künstler als eine Pflicht es an's Herz zu legen, mit Entschiedenheit dem Wirken Unberufener entgegen zu steuern.

Zu weit würde es gehen, noch auf die Schwierigkeiten des Restaurirens in Bezug auf Ausmalung und Ausstattung der Denkmäler mit Mobilien, Glasmalereien etc. einzugehen; man kann nur sagen, dass wenige Monumente in dieser Beziehung so glücklich waren, in gute Hände zu gerathen. Von den üblichen grauen, gelblichen und röthlichen Tönen an, mit welchen Kirchen und andere Denkmäler mit Oel- oder Kalkfarben angestrichen wurden, bis zu den krausen und bunt-schockigen Gewölbemalereien im Charakter von Initialen-Ornamentik der Missale, wie sie so manche modernen Restaurationen zeigen, ist eine ganze Reihe von Fehlgriffen nachweisbar, denen unsere Baudenkmäler ausgesetzt waren.

Die sämtlichen verfehlten Restaurationen der Baudenkmäler unseres deutschen Vaterlandes sind äquivalent einer sehr beträchtlichen Geldsumme, die vergeudet wurde und deren Verlust um so mehr zu beklagen ist, als man stets zur grössten Sparsamkeit im Verwenden von Geldmitteln zu Restaurationszwecken geneigt und gezwungen war.

Restaurations von Baudenkmälern als Privatunternehmen.

Eine eigenthümliche Frage in Bezug auf die Restauration von Baudenkmälern ist die, ob man Privatpersonen gestatten darf, auf ihre Kosten und nach ihrem Gutdünken Baudenkmäler zu restauriren.

Der Fall kam in Kidrich im Rheingau vor, wo der jetzt verstorbene Herr Southen die St. Valentinskirche mit bedeutenden Summen restauriren liess. Nach langen, mehr oder weniger glücklichen Versuchen wurde das Bauwerk schliesslich von Baurath Dombaumeister Densinger restaurirt. Derselbe Herr Southen hat auch die Orgel im Münster zu Freiburg (in Baden) auf seine Kosten ausschmücken lassen. So dankenswerth solche Privatunternehmungen sind, so dürfte doch das Geeignete sein, den Spender der Geldmittel den Anordnungen einer öffentlichen Behörde zum Schutze der Baudenkmäler zu unterwerfen, widrigenfalls aber das Geldgeschenk auszuschlagen.

Unterricht zum Zwecke gut durchgeführter Restaurationen.

Wenn man nun die Ueberzeugung gewinnt, dass die Erhaltung und Restauration der Baudenkmäler eine Ehrenpflicht für das ganze deutsche Volk ist, dass ferner diese Aufgabe nur gelöst werden kann, wenn befähigte, gut geschulte und tüchtige Kräfte sich derselben widmen, so ist wohl klar, dass man sich solche geeignete Kräfte heranbilden muss, und zwar auf den höheren Lehranstalten für Architektur. Es würde sich das vielleicht in der Weise durchführen lassen, dass man das Studium der deutschen Baudenkmäler an den polytechnischen Schulen und Kunstakademien wenigstens für die zukünftigen Staatsbaumeister zu einem besonderen Lehrzweig erheben würde.

Ein solcher Unterricht zu Gunsten der deutschen Baudenkmäler würde in einer allgemeinen Stilkunde der mittelalterlichen Bauweise sowie der Renaissance bestehen, dann in einer Monumentenkunde des deutschen Reiches, speziell der Baudenkmäler des engeren Vaterlandes. Diese würden in ähnlicher Weise aufzunehmen sein, wie das an der Kunstakademie zu Wien seit vielen Jahren mit so glänzendem Erfolge geschieht. Dazu sind Ferienexkursionen nöthig, welche vom Staate, der Schule oder auch von den Architektenvereinen insofern zu unterstützen wären, als, wie in Oesterreich, eine Ermässigung oder ein Wegfall des Fahrgeldes auf Eisenbahnen genehmigt und alle an den zu besuchenden Lokalen befindlichen Hilfsmittel an Gerüsten, Leitern, Messapparaten u. s. w. soweit möglich zur Verfügung gestellt würden. Die in grossem Maassstabe als Schularbeiten herzustellenden genauen Zeichnungen müssten soweit durchgearbeitet werden, dass ein Bauwerk in allen seinen Theilen zum Zweck wissenschaftlicher Untersuchungen sowohl wie als Vorarbeiten zu Restaurationen mit genügender Deutlichkeit und Korrektheit dargestellt würde. Gibt der Staat und die Schule ihre Unterstützung zu solchen Aufnahmen, so können die gewonnenen Zeichnungen sehr wohl Eigenthum des Staates bleiben, besonders, da durch authographische Vervielfältigung Kopien jedem Schüler zur Verfügung gelangen können, und umso mehr, insofern es für einen Schüler wichtiger ist, eine Arbeit geleistet und an ihr gelernt zu haben, als mit alten Schulzeichnungen gefüllte Mappen zu besitzen, welche im Winkel verstauben und verderben. Bei dem Ausarbeiten der Aufnahmeskizzen wird an der Akademie zu Wien zugleich das betreffende Bauwerk in allen seinen Theilen ergänzt und restaurirt, und damit ist selbst an der Schule schon einige Gelegenheit gegeben, sich im Restauriren — wenigstens auf dem Papier — zu üben.

Welchen Werth solche Aufnahmen für den Unterricht, wie für die Praxis haben, weist man an der Akademie zu Wien sehr wohl zu schätzen, an welcher als Grundsatz gilt: „Je mehr Detailstudien ein Architekt gemacht hat, desto freier und gewandter wird er sich im Durcharbeiten von Entwürfen zu bewegen wissen“, ferner der andere

Satz: „Gut aufgenommen ist halb gebaut“. Aehnlich dachten die grossen Meister der Renaissance, welche sich ausnahmslos mit solchem Eifer den Aufnahmen antiker Baudenkmäler hingaben, dass diese Arbeiten stets zwei bis drei Jahre ihrer Studienzeit erfüllten. Die Gallerie der Uffizien zu Florenz birgt einen grossen Theil dieser interessanten Studienblätter. Ein geschätzter Fachmann der Schweiz hat mir auf meine Frage, ob man solche Aufnahmen nicht auch in seinem Vaterlande durchführe, geantwortet, dass die meisten Baudenkmäler der Schweiz nicht muster-gültig genug wären, um als Lehrmaterial für den Unterricht zu dienen, und ähnlich wird man manchenorts über den Werth der lokalen Baudenkmäler denken; dem gegenüber lässt sich erwähnen, dass jede deutsche Provinz wenigstens einige hervorragende Baudenkmäler besitzt, dass ferner bei tüchtiger Lehre auch weniger vollkommene Werke instruktiv sein können, dass die Bedeutung eines Werkes oft gerade erst durch sorgfältiges Vermessen und Auftragen in die Augen springt, dass endlich selbst die mittelmässigsten Werke des Mittelalters und der Renaissance voll von schönsten und interessantesten Einzelheiten sind, oft vortreffliche Detailverhältnisse verrathen, so dass sie sich dazu eignen, den Sinn für Formen, Grössen und Grössenverhältnisse zu bilden.

Diese kostbaren Schätze von Aufnahmen würden die Grundlage bilden können für die Publikation der Baudenkmäler und es würde eine nicht allzulange Reihe von Jahren genügen, um bei konsequenter Durchführung dieser Arbeiten an allen den betreffenden Lehranstalten das gesammte Material der Baudenkmäler des deutschen Reiches in guten Abbildungen beisammen zu haben.

Hilfsmittel zur Förderung der Pflege und Erhaltung der Baudenkmäler.

Wenn eine allgemeine Förderung der Pflege der deutschen Baudenkmäler ins Werk gesetzt werden soll, so glaube ich, dass dieselbe zwar von der Architektenschaft ausgehen muss durch Anregungen aller Art, dass aber alle Kreise sich an einer solchen betheiligen können und sollen: Geistliche, Lehrer, Militärs und Künstler können zur Mitwirkung herbeigezogen werden, um ihre Aufmerksamkeit auf die Baudenkmäler ihres Bezirkes zu lenken; grössere gemeinsame Arbeiten müssen vorbereitet und organisirt werden, wie z. B. die für die Chronologie der mittelalterlichen Baukunst wichtige Sammlung und Sichtung der Steinmetzzeichen, die Sammlung von Notizen und Nachrichten über die an den Baudenkmalen verwendeten Baumaterialien und Gesteine etc., bei welchen Arbeiten die Betheiligung von Nicht-Architekten sehr nützlich und erwünscht sein kann.

Ferner muss an alle bisherigen Restauratoren grösserer und kleinerer Baudenkmäler die Bitte gerichtet werden, ihre werthvollen Spezial-

forschungen, zu welchen sie Gelegenheit hatten, der Allgemeinheit nicht vorzuenthalten, um zu vermeiden, dass baugeschichtlich werthvolle That-sachen nicht dadurch verloren gehen, dass sie unausgesprochen bleiben.

Es werden Lokalmuseen nöthig zur Erhaltung bei Gelegenheit von Restaurationen gewonnener Bruchstücke von Bauwerken, zu deren Aufstellung Gärten, Kreuzgänge, Höfe etc. meistens genügen.

Schluss.

Einsetzung einer Behörde für die Erforschung und Erhaltung der deutschen Baudenkmäler.

Die praktische Durchführung alles dessen, was zu Gunsten der deutschen Baudenkmäler als nöthig erkannt wird, dürfte durch Einsetzung einer Behörde zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmäler sich erreichen lassen, welche mit allen Lokalvereinen der Architekten, Ingenieure, Archäologen etc. in Kontakt bleiben und durch eine neuzugründende Zeitschrift ihre Interessen, ihre Erforschungen, ihre Erfolge zu allgemeiner Kenntniss bringen müsste.

Diese Behörde würde, um Alles noch einmal kurz zusammen zu fassen, sich etwa in der Weise zu konstituiren haben, dass unter ihre Mitglieder sowohl Architekten und Ingenieure, als Künstler und Gelehrte, Geistliche und Lehrer, Militärs etc. aufzunehmen wären.

Um den Zweck besser zu erreichen, würde ein Organ zur Verbreitung von Mittheilungen über deutsche Baudenkmäler und behördliche Berichte zu gründen sein.

Die Behörde würde ihren Stoff so abgrenzen, dass sie unter die Rubrik der Baudenkmäler alle Werke einrechnet, welche der Bauhütigkeit vorzugsweise angehören und durch ihren Kunstwerth erhaltenswerth sind. Sie wendet ihre Aufmerksamkeit allen dahin bezüglichen Werken in Deutschland vom Beginn des Christenthums bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts, und zwar sowohl den im Besitze des Staates als auch im Privatbesitz befindlichen Werken zu.

Die Behörde würde es als ihre erste und wichtigste Aufgabe halten, ein General-Inventar über die deutschen Baudenkmäler verfassen zu lassen, in Form von Sektions-Inventaren der einzelnen deutschen Bezirke und eines aus denselben ausgezogenen Gesamt-Inventares.

Die Behörde stellt es als Grundsatz auf, dass eine Veröffentlichung der Baudenkmäler in doppelter Weise geschehen soll:

1) In Form grosser und nach genauen Aufnahmen gefertigter Zeichnungen, welche von den einzelnen Sektionen veranstaltet werden und sämtliche Baudenkmäler des deutschen Reiches umfassen sollen. Als wesentliches Hilfsmittel zur Anfertigung dieser grossen Aufnahmezeichnungen, welche als Ganzes die Illustration zu dem gedruckten Inventar bilden können, wird vorgeschlagen, dieselben grossentheils durch Schüler der Lehranstalten für Architektur besorgen zu lassen, in der Weise, dass die auf Ferien-Exkursionen gewonnenen Aufnahmen den praktischen Lehrstoff bilden für einen Unterricht zur Ausbildung der Architekten, speziell Staatsbaumeister in ihrem Berufe als Konservatoren und Restauratoren der Baudenkmäler eines Bezirkes.

Die Behörde unterstützt nicht nur mit allen Mitteln diese Unternehmungen der Lehranstalten, sondern widmet sich selbst dieser Aufgabe, in so fern sie solche Baudenkmäler aufnehmen lässt, welche zu Lehrzwecken nicht gut passen.

Sie rechnet dabei auf die Unterstützung seitens anderer Behörden, Domkapitel etc., welche schon im Besitze von guten und zuverlässigen Aufnahmen sind, durch Zurverfügungstellung ihrer Materialien.

2) Eine zweite Vervielfältigung der Baudenkmäler würde in einem Zusammenfassen des genannten Materiales bestehen, so dass ein Ueberblick über die Baudenkmäler im Ganzen wie im Detail gestattet wäre.

Die Behörde würde es ferner für ihre Aufgabe zu halten haben, die Grundlagen zu schaffen für jede zukünftige Geschichtsschreibung der Baukunst in Deutschland und alle dahin zielenden von Privaten, Lehranstalten, Behörden unternommenen wissenschaftlichen Untersuchungen, Spezialforschungen und Sammlungen zu unterstützen.

In Bezug auf die Erhaltung der Baudenkmäler wären folgende Grundsätze aufzustellen:

Ihre Erhaltung besteht vor Allem in dem ihnen gewährten Schutze vor feindlichen, zerstörend wirkenden Einflüssen.

Vor dem Verfall im Allgemeinen können die Baudenkmäler geschützt werden durch Ausbesserung schadhafter Theile, Entfernung des Regenwassers mittels guter Ableitung und Kanalisation, Ausbesserung der Dächer etc., ferner durch möglichstste Wiederbenutzbarmachung der Gebäude. Der Schutz gegen muthwillige oder böswillige Zerstörung muss durch geeignete Gesetze geleistet werden und ist ausserdem dadurch erreichbar, dass ein allgemeines Interesse für die Baudenkmäler, eine Achtung derselben als Zeichen einer grossartigen Vergangenheit Deutschlands erweckt und befördert wird.

Ein Schutz der Monumente gegen Feuergefahr wird sich dadurch leisten lassen, dass die Feuerwehr an allen Orten dieselben in ihre besondere Obhut nimmt.

Bis zu einem gewissen Grade kann selbst gegen Kriegsereignisse ein Schutz gewährt werden, wenn die militärischen Behörden einen solchen sich gegenseitig garantiren.

Gegen Zerstörung und Verunstaltung von Werken, welche im Privatbesitz sind, lässt sich ein Schutz leisten durch Ankauf derselben, durch eine Leistung von nöthigen Reparaturen auf Kosten des Staates, sowie durch dahin zielende gesetzliche Bestimmungen.

Der Schutz gegen verfehlte Restaurationen ist nur möglich, wenn die Baudenkmäler tüchtig geschulten und befähigten Kräften anvertraut werden.

Die Restauration der Baudenkmäler hätte zu bestehen theils in Reparaturen und Ergänzung einzelner Bauheile, theils in dem Ausbau unvollendet gebliebener Werke im Sinne ihrer Schöpfer.

Solche Arbeiten erfordern ungewöhnliche Kenntnisse und Fähigkeiten und setzen spezielle Studien voraus, welche an unseren Lehranstalten nicht oder nur theilweis gewonnen werden können. Um die mangelnden Kräfte für Restaurationsarbeiten heranzubilden, wäre die Einführung eines allgemeinen Unterrichts über die deutschen Baudenkmäler und ihre Baustile an den höheren Lehranstalten für Architektur einzuführen.

Für Modelle und Abgüsse, Bruchstücke von Baudenkmälern sind lokale Museen nöthig, zu welchen die Monumente theilweise selbst verwendet werden können.

Gestaltung der Behörde.

In welcher Weise nun eine Behörde zum Schutze der Baudenkmäler des deutschen Reiches gebildet werden sollte, darüber möchten hier einige Worte am Platze sein. Ein eingehendes Studium ähnlicher bestehender Einrichtungen ausserhalb Deutschlands, wie diejenige ist, welche wir für unser Vaterland fordern, wird natürlich der Konstituierung einer Behörde vorausgehen müssen. Die Rijksadviseurs in Holland haben eine Organisation erhalten, welche viel Zweckmässiges und Nachahmenswerthes bietet. Vor Allem ist die rein bürokratische Behandlung der Aufgaben der Rijksadviseurs ganz vermieden und zu diesem Zwecke die Kommission aus Vertretern der verschiedensten Berufswege zusammengesetzt: der Maler oder Archäolog, Archivar, Architekt, Ingenieur, Jurist kann dieser Kommission angehören und vom König ernannt werden. Die Rijksadviseurs sind nicht honorirt, geniessen aber als solche wie alle Staatsdiener Reisediäten, Portofreiheit, Entschädigung für ungewöhnliche Auslagen im Interesse der Sache. Die Rijksadviseurs ernennen eine Reihe von Korrespondenten, unter welchen wieder die Männer verschiedenster Berufswege fungiren können, falls sie im Interesse der Sache zu arbeiten befähigt sind.

Bezahlt sind die Zeichner und der Sekretair; dieser ist selbst Rijksadviseur, die anderen Hilfskräfte nicht.

Die Rijksadviseurs haben die vollständige Initiative in allen betreffenden Angelegenheiten und ihr Wort, welches durch den Referendar in Kunstsachen beim Ministerium des Innern, Herrn Victor de Stuers, der Regierung übermittle wird (de Stuers ist der Schöpfer der neuen Institution und selbst Rijksadviseur), ist ein gewichtiges.

Für Deutschland nun würde vielleicht ein Konservatorium in der Form passend sein, dass man ähnlich wie in Holland in jedem selbständigen Staate oder Regierungsbezirk (Provinz) Rijksadviseurs einsetzt und ausserdem zugleich eine Zentralbehörde. Diese letztere müsste durch solche Leute besetzt sein, welche keinen Nebenberuf betreiben, wie das bei den Reichsbevollmächtigten der Provinzen zulässig ist, mit anderen Worten, die Mitglieder der Zentralbehörde müssen ausnahmslos Gehalte beziehen; diese Gehalte müssen hohe sein, damit nicht blos Bemittelte in den Stand gesetzt würden, solche Posten auszufüllen, was nothwendigerweise der Sache schaden könnte, sondern auch Unbemittelte. Hier gilt der in wirtschaftlicher Beziehung stets richtige Satz: „den besten Mann um jeden Preis“ zu gewinnen.

Es versteht sich, dass die Zentralbehörde sich einer Anzahl von Hilfskräften bedienen müsste, welche nur vorübergehend beschäftigt würden, also nicht Mitglieder der Kommission zu sein brauchen.

Mitwirkung der Vereinsthätigkeit.

Vielleicht würde es am passendsten sein, wenn mit der Ernennung dieser Zentral- und Provinzialbehörden ein allgemein deutscher Verein zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmäler gegründet würde, welcher, aus eigenen Fonds schöpfend, der Behörde gegenüber quasi die Rolle einer zweiten Kammer einnähme. Behörden sind immerhin einigermaßen in ihrer Wirkungsweise eingeschränkt, ein selbständiger Verein zur Erhaltung u. s. w. der Baudenkmäler hat das Vorrecht unbedingter Unabhängigkeit. Er kann auf die Behörde einen Druck ausüben und umgekehrt diese auf jenen.

Rudolf Redtenbacher.

Deutscher Verein für Kunst und Wissenschaft, (GERMAN ATHENAEUM).

51, MORTIMER STREET, REGENT STREET, W.

Den Mitgliedern des Vereins diene zur Nachricht, daß durch Beschluß der Haupt-Versammlung vom 14. dieses Monats folgende Herren als Vorstand für das Vereinsjahr 1877/78 erwählt worden sind und die Wahl angenommen haben:

Ehren-Präsidenten } Herr Graf Gleichen.
} Herr Dr. C. W. Siemens, F.R.S.

Abtheilung für Kunst:

Erster Vorsitzender... Herr Hubert Herkomer.
Zweiter Vorsitzender... Herr H. A. Müller.
Schriftführer... Herr Franz Goedecker.

Abtheilung für Wissenschaft:

Erster Vorsitzender... Herr Karl Schaible, Dr. med. und philos., Professor an der Royal Military Academy zu Woolwich, Emeritus Examiner an der Londoner Universität.
Zweiter Vorsitzender... Herr Dr. Aug. Seb.
Schriftführer... Herr Dr. Port.

Abtheilung für Musik:

Erster Vorsitzender... Herr Oscar v. Ernsthausen.
Zweiter Vorsitzender... Herr W. Wiener.
Schriftführer... Herr C. Deichmann.

Abtheilung für Handel und Gewerbe:

Erster Vorsitzender... Herr Gust. A. Stöttgen.
Zweiter Vorsitzender... Vacant.
Schriftführer... Herr C. Chevalier.

Archivar... Herr Nicolaus Trübner.
Schatzmeister... Herr C. H. Kayser.

Verwalter... Herr W. E. Königsefeld.
} Herr V. Mayer.
} Herr Franz Hoff.

Geschäftlicher Schriftführer: Der Unterzeichnete.

Die Thätigkeit des Vereins wird von Neuem im October aufgenommen werden. Die Abtheilung für Wissenschaft hat für die nächste Campagne bereits Versprechungen für mehrere interessante Vorlesungen erhalten. Die Abtheilung für Kunst macht bekannt, daß das Brustbild des Meisters Richard Wagner, gemalt von Herrn Hubert Herkomer, jetzt als Eigenthum des Vereins in Berlin auf der Königl. Akademie für drei Monate ausgestellt ist; nach Verlauf dieser Zeit wird es als Angebinde unserm Ehren-Mitgliede Herrn Richard Wagner zugestellt werden. Für den nächsten Compositions-Abend dieser Abtheilung im October stellt dieselbe ihren Jüngern als Ferien-Arbeit folgende Aufgabe:

„Fremde“ — „Einsamkeit“,

und bittet auch die Poeten und Humoristen des Vereins über diese Themata Schöpfungen zu liefern.

Die Vereins-Abende im October werden später angezeigt werden.

Fällige Zinsen auf Schuldbriefe des Vereins sind bei dem Schatzmeister Herrn C. H. Kayser, 4, New London Street, City, in Empfang zu nehmen, solche Zinsen, die bis Mitte December nicht erhoben wurden, verfallen der Vereins-Kasse als Eigenthum laut General-Versammlungs-Beschluß.

London, 20. Juli 1877.

Karl Bergmann,
Geschäftlicher Schriftführer.

Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

An

Sein Königl. Exzellenz
der Akademie der Künste

pr. 14. 7. 78

1417
Stul.

zu

Berlin

Sein Exzellenz

14. 4. 78.

Mo. 78.

Der Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, welchem die höheren Bau-
techniker im Deutschen Reiche in überwiegender Mehrzahl angehören und der zur Zeit gegen
sechstausend Mitglieder zählt, erkennt als eine seiner Hauptaufgaben die Bearbeitung der Fragen
an, welche das Bauwesen und die mit letzterem im Zusammenhange stehenden staatlichen Einrichtungen
betreffen. Seine Aufmerksamkeit richtete sich daher auch auf die im Deutschen Reiche gelegenen
Baudenkmale, wobei eingehende Untersuchungen die Wichtigkeit und Dringlichkeit eines Schutzes für
dieselben ergaben, wie in beifolgend ehrerbietigst überreichter, vom Verbands herausgegebener

„Denkschrift über die Baudenkmäler im Deutschen Reiche, ihre Inventarisierung,
Aufnahme, Erhaltung und Restauration etc.“

dargethan ist.

Da eine Organisation geeigneter Schutzmittel nur in der Uebereinstimmung und Festhaltung
gleicher Prinzipien durchführbar ist und wahrhaft nutzbringend werden kann, so hat sich der Verband
in der vorliegenden Angelegenheit an die Reichsbehörden gewendet, indem im April v. Js. eine
Petition überreicht wurde, welche — in der vorigen Reichstagsperiode nicht mehr zur Verhandlung
gelangt — soeben erneut eingereicht worden ist und von welcher hier ein Abdruck beigelegt wird.

Der Verband giebt sich der Hoffnung hin, dass in diesem Verfahren nur ein Beweis für
den hohen Werth gefunden werde, der in dieser Angelegenheit auf ein gleiches Gesetz und gleiche
Prinzipien in der Ausführung wirklich zu legen ist und dass die hiermit gegebene Anregung in
maassgebenden Kreisen Anklang finden werde.

Der unterzeichnete Vorstand gestattet sich daher nun auch an

Sein Königl. Exzellenz

mit der ehrerbietigst ausgesprochenen Bitte sich zu wenden:

Absolutist

wolle der Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale im Deutschen
Reiche hochgeneigte Beachtung schenken und den Bestrebungen des
Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine zur Her-
stellung eines gesetzlichen Schutzes für die Baudenkmale und zur
Vereinigung aller für denselben thätigen Kräfte zu gemeinschaftlichem
Wirken in gleichem Sinne Unterstützung angedeihen lassen.

Der Verband glaubt die Motivierung seiner Bitte an den hohen Werth der deutschen Bau-
denkmale im Allgemeinen und an die zur Zeit im Deutschen Reiche im Vergleiche zu anderen

23-16

civilisirten Staaten wohl unzureichende Fürsorge für die Baudenkmale knüpfen zu dürfen und hält die Herbeiführung eines gesetzlichen Schutzes für Ehrenpflicht der deutschen Nation. Hinsichtlich des Werthes, den der Verband den deutschen Baudenkmalen beilegt, glaubt sich derselbe in voller

Uebereinstimmung mit der *Räunigkeits-Einkunft*

zu befinden, da die Baudenkmale die Verbindung zwischen dem Culturleben der Gegenwart und dem vergangener Zeiten herstellen, den historischen Sinn im Volke erhalten und die Liebe zur Heimath wie zum Gesamt-Vaterlande nähren, wobei die Erinnerung an die heimischen Fürstengeschlechter wach erhalten bleibt und zum pietätvollen Andenken entwickelt wird. In den Baudenkmalen ist unserer Generation aber auch ein Schatz überliefert worden, der segensreich die Entwicklung der historischen Wissenschaften, die Pflege der Kunst und des Kunstgewerbes sowie die Ausbildung in denselben fördert. Dieser Schatz entschwindet jedoch unseren Händen, wenn nicht ein Schutz gegen eigennützige Ausbeutung durch Veräusserung, gegen muthwillige und böswillige Zerstörung und gegen die feindlichen Einwirkungen der Elemente organisirt wird.

Obwohl nun erfreulicher Weise in unserem grossen Vaterlande einzelne staatliche Einrichtungen zum Schutze der Baudenkmale bestehen, so bleibt doch die Erweiterung und Verallgemeinerung des bereits Vorhandenen in dem vom Verbande ausgesprochenen Sinne noch zu wünschen übrig, um zu Institutionen zu gelangen, wie solche in bedeutenden Nachbarstaaten im Laufe dieses Jahrhunderts geschaffen worden sind und nachweisbar recht ansehnliche Erfolge gehabt haben.

Beispiele vortrefflicher Organisationen dürften die französischen Einrichtungen abgeben, ebenso empfehlen sich die österreichischen Institutionen mit ihrer in der Hauptsache literarisch-publicistischen Thätigkeit der Beachtung. In beiden Ländern werden die vorhandenen Denkmale den Blicken des Publikums erschlossen, ihre Inventarisirung und Eintheilung in Klassen angebahnt und die Ermittlung der zu ihrem Schutze geeignetsten Maassregeln herbei geführt. Der Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine vermag nur die Nachahmung solcher vortrefflichen Einrichtungen im Deutschen Reiche zu empfehlen und knüpft an ihre Einführung die Hoffnung, dass der Sinn des Volkes für Beachtung der alten Denkmale und ihren Schutz erweckt und rege erhalten werde.

Dresden, im Februar 1878.

Ehrerbietigst und gehorsamst

Der derzeitige Vorstand des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine

Th. Friedrich,
Stellvertreter des Vorsitzenden.

Dr. phil. Kahl,
d. Z. Sekretär.

Dem hohen Deutschen Reichstage

erlaubt sich der unterzeichnete, derzeitige Vorstand des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine die ehrerbietige Bitte vorzutragen:

Der Reichstag möge die Sorge für Erforschung und Erhaltung der deutschen Baudenkmale als eine **Pflicht des Deutschen Reiches** anerkennen und demgemäß auf Maassregeln hinwirken, die eine einheitliche planmässige Leitung der auf Erforschung und Erhaltung der deutschen Baudenkmale gerichteten Bestrebungen unter Aufsicht des Reiches, sowie die Bewilligung von Reichsmitteln zur Förderung derselben in Aussicht nehmen.

Indem wir zur Unterstützung unserer Bitte und als Material zur Beurtheilung der hierbei in Betracht kommenden Fragen

- 1) Eine im Auftrage unseres Verbandes durch den Architekten Redtenbacher verfasste Denkschrift über die Baudenkmäler im Deutschen Reiche, ihre Inventarisirung, Aufnahme, Erhaltung und Restauration,
- 2) Heft I. II. Bd. N. F. von den „Mittheilungen der K. K. Zentral-Kommission zur Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale“, Wien 1876,

beifügen, gestatten wir uns, unsern Antrag im Folgenden kurz zu begründen und zu erläutern.

Die Bedeutung, welche eine würdige Pflege der nationalen Baudenkmale eines Volkes besitzt, ist in der mitgetheilten Denkschrift eingehend nach den verschiedensten Beziehungen auseinander gesetzt. Die meisten Kulturstaaten sehen eine solche Pflege der Baudenkmale des Landes als eine Ehrenpflicht an und üben dieselbe in ausgedehntem Maasse.

Auch in Deutschland haben die hierauf gerichteten Bestrebungen längst in weiteren Kreisen Boden gefunden und vielfache Erfolge aufzuweisen. Aber wenn man das, was in Deutschland bisher für Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale geschehen ist und zur Zeit geschieht, mit den entsprechenden Leistungen anderer Länder vergleicht — wozu die beigelegten Mittheilungen der österreichischen Zentral-Kommission mannichfaches Material liefern — so gelangt man zu der beschämenden Einsicht, dass unser Vaterland in dieser Hinsicht weit zurücksteht und grosse Versäumnisse nachzuholen hat.

Der Grund hierfür liegt — wie auf so vielen anderen Gebieten unseres nationalen Lebens — nur zum geringeren Theil daran, dass es an genügenden Kräften und an den Mitteln zu einer entsprechenden Thätigkeit gefehlt hat. Mit den zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten und mit den durch die einzelnen Regierungen, Gemeinden und Korporationen thatsächlich angewendeten Geldsummen hätte sich immerhin ungleich

Größeres erreichen lassen, wenn man von vorn herein nach einem bestimmten Plane einheitlich vorgegangen wäre, wenn man überall die richtigen Kräfte herangezogen, wenn man eine Vergeudung und Zersplitterung der Mittel vermieden hätte.

Eine auf Beseitigung der bisherigen Uebelstände, auf eine bessere Fürsorge für die Erforschung und Erhaltung der deutschen Baudenkmale gerichtete Thätigkeit muss deshalb vor allen Dingen eine organisirende sein. Sie muss, wenn anders wissenschaftliche Ergebnisse und thatsächliche Erfolge in dem erwünschten, möglichst hohen Masse erzielt werden sollen, gleichmässig das ganze Gebiet des Reiches umfassen und alle innerhalb desselben vorhandenen, für jenes Ziel nutzbar zu machenden Kräfte zu gemeinsamen, planmässigem Wirken vereinigen.

Dass dies unter den obwaltenden Verhältnissen am leichtesten und sichersten wird geschehen können, wenn das deutsche Reich als solches den deutschen Baudenkmalen sein Interesse zuwendet und sich an die Spitze der auf ihre Pflege gerichteten Bestrebungen stellt, bedarf keines Nachweises.

Mag eine Thätigkeit nach dieser Richtung auch nicht zu den verfassungsmässig vorgesehenen, besonderen Obliegenheiten der Reichsorgane gehören, so steht doch nichts im Wege, dass das Reich den Umfang seines Einflusses dem wirklich vorhandenen Bedürfnisse gemäss erweitert und auf Angelegenheiten dieser Art ausdehnt; denn wenn auch nicht nach dem Wortlaute, so doch nach dem Geiste der Verfassung, wie er im Herzen des deutschen Volkes lebendig geworden ist, bildet das Reich den natürlichen Mittelpunkt für alle Angelegenheiten, an denen das deutsche Volk ein gemeinsames, durch seine Theilung in verschiedene Staaten nicht berührtes Interesse hat.

Es fehlt erfreulicher Weise nicht an Beispielen, dass Bundesrath und Reichstag des deutschen Reiches ähnlichen Bestrebungen bereits ihre Theilnahme zugewendet haben. Abgesehen von jenen selbständigen Unternehmungen, denen eine ständige Unterstützung aus Reichsmitteln zu Theil wird und von denen aus nahe liegenden Gründen hier das Germanische Museum sowie die Herausgabe der Monumenta Germaniae historica besonders erwähnt werden mögen, ist es vor allem die von Seiten des deutschen Reiches in's Werk gesetzte, im Volke allseitig mit lebhafter Zustimmung begrüßte Ausgrabung von Olympia, die in Betracht kommt. Wenn diese, den Denkmalen einer ferneren Zeit und eines fremden Volkes gewidmete, lediglich wissenschaftliche Zwecke verfolgende Unternehmung als eine Reichsangelegenheit behandelt worden ist, so kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, dass die Sorge

für die auf unserem Boden stehenden Denkmale deutscher Kunst — eines der kostbarsten Besitzthümer und der Stolz unseres Volkes — in eminentem Sinne als eine solche angesehen werden muss. —

Ueber die Art und Weise, in welcher das Reich die Pflege der deutschen Baudenkmale in die Hand zu nehmen hätte, enthalten wir uns bestimmter Vorschläge, obwohl die von uns beigefügte Denkschrift hierauf schon näher eingegangen ist und in den Einrichtungen anderer Länder hierfür mannigfache, werthvolle Anhaltspunkte gegeben sind. Wir glauben nämlich, dass es — falls die von uns geäußerte Bitte des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine Erfüllung findet — zunächst jedenfalls als unumgänglich wird angesehen werden, die Angelegenheit zum Gegenstande einer gründlichen Untersuchung und Berathung durch Sachverständige zu machen. Es wird auf diese Weise leicht sein, die ganze Summe der durch Nachdenken und Erfahrung gewonnenen Einsicht auf dem bezüglichen Gebiete zur Gestaltung der erforderlichen Einrichtungen desselben verwerthen zu können. Wir begnügen uns daher, ganz allgemein darauf aufmerksam zu machen, dass uns eine Fürsorge des Reiches für die deutschen Baudenkmale in dreifachem Sinne als wünschenswerth erscheint.

1. Indem die Reichsregierung den zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale in's Werk zu setzenden Arbeiten ihre Autorität leiht und die oberste Leitung derselben übernimmt. Dass innerhalb der zur Zeit vorhandenen Verwaltungs-Einrichtungen eine Reichsbehörde nicht besteht, in deren Geschäftskreis eine solche Thätigkeit gehört, kann hierbei als ein Hinderniss nicht in Betracht kommen. Die Angelegenheit eignet sich ihrer Natur nach überhaupt kaum zu einer Behandlung nach der hergebrachten amtlichen Form, die in mehreren deutschen Staaten vielmehr den geringen Erfolg der bisherigen Bestrebungen verschuldet haben dürfte, sondern wird nach dem Vorbilde anderer Länder am besten wohl in der freieren Thätigkeit einer Kommission gefördert werden können, an welcher die verbündeten Regierungen der deutschen Staaten

ebenso wie die verschiedenen, der Sache selbst nahe stehenden Kreise zu betheiligen wären.

2. Indem die Reichsgesetzgebung Bestimmungen zum Schutze der deutschen Baudenkmale erlässt.

Eine Zusammenstellung dessen, was die Gesetze anderer Länder und diejenigen mehrerer deutschen Einzelstaaten hierüber enthalten, ist in dem beigefügten Hefte der „Mittheilungen der österreichischen Zentral-Kommission“ gegeben.

3. Indem der Reichs-Haushalt fortlaufende Geldbewilligungen zur Förderung der bezüglichen Unternehmungen gewährt. Der Umfang, den diese Bewilligungen zu erreichen hätten, entzieht sich einer bestimmten Schätzung, kann aber jedenfalls als ein verhältnissmässig unerheblicher angesehen werden. Die für die Erhaltung und Wiederherstellung von Baudenkmalen aufzuwendenden Kosten werden nach wie vor in der Hauptsache von den betreffenden Einzelstaaten, Gemeinden oder Korporationen aufzubringen sein und nur in seltenen Fällen werden hierfür die Mittel des Reiches in Anspruch genommen werden können. Nur um einzelne Zuschüsse zu solchen Ausgaben sowie um die Kosten der zentralen Leitung und allgemeine, zur Erforschung der Baudenkmale unternommene Massregeln wird es sich handeln. Nach der Unterstützung, welche jene anderen, oben erwähnten Unternehmungen bereits gefunden haben, kann wohl gleichfalls kein Zweifel darüber obwalten, dass die Gewährung der hierzu erforderlichen Mittel auf Schwierigkeiten nicht stossen wird. —

Der unterzeichnete Vorstand des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine empfiehlt hiernach seine im Namen desselben geäußerte Bitte dem hohen deutschen Reichstage ehrerbietigst zur geneigten Prüfung und Berücksichtigung. Er unterlässt nicht, dabei hervorzuheben, dass der zur Zeit aus 24 deutschen Architekten- und Ingenieur-Vereinen mit nahezu 6000 Mitgliedern bestehende Verband, im Falle einer Genehmigung seiner Bitte, für die zur Erforschung und Erhaltung der deutschen Baudenkmale ins Werk zu setzenden Arbeiten seine Mithilfe freudig zur Verfügung stellen würde.

Dresden, den 25. Februar 1878.

Der derzeitige Vorstand des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Th. Friedrich
Stellvertreter des Vorsitzenden.

Dr. phil. Kahl
d. Z. Sekretär.

DENKSCHRIFT

ÜBER DIE

BAUDENKMAELER IM DEUTSCHEN REICH

IHRE

INVENTARISIRUNG, AUFNAHME, ERHALTUNG
UND RESTAURATION.

HERAUSGEGEBEN

VON DEM

VERBANDE DEUTSCHER ARCHITEKTEN- UND
INGENIEUR-VEREINE.

VERLAG DER DEUTSCHEN BAUZEITUNG.
IN KOMMISSION BEI CARL BEELITZ IN BERLIN.

108²¹ 25

pr. 4/11/78

I 1312.



J. von O. H. v. H.
B. 7. 11. 78.
J.

BERICHT

des

Vereins Berliner Künstler

zur

Unterstützung seiner hilfsbedürftigen Mitglieder und deren Hinterbliebenen,

erstattet im Juli 1878.

Berlin.

Buchdruckerei von Gustav Lange (Paul Lange), Friedrichstrasse 103.

1878.

23-16

Einnahmen

Ausgaben

Kassen- Ab- schluss am 1. April	Ausserordentliche Einnahmen	Beiträge der Migl.	Weih- nachts- Ausst.	a. Vermögen (vorzinslos) nominal; b. Kassen- Bestand.	Unterstützungen an		Ver- wal- tung
					Mitglieder	Nicht- mitgl.	
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	einmalig	laufend	Mk.
1875	Geschenke 300 Ablös. d. Thätigkeits-Verpflichtung . . 540 Leihgeld für Transparente 125	1428	2476	a. 211,860 b. 4,905	1650	8904	549 504
1876	Geschenke 120 Ablös. d. Thätigkeits-Verpflichtung . . 270 Verkauf eines Transparentes 150 Auktion der Vereinsgaben 8223	1624		a. 211,767 b. 14,131	600	9622	525 344
1877	Geschenk 75 Leihgeld für Transparente 150 Ablös. d. Thätigkeits-Verpflichtung . . 555	1640	2085	a. 215,708 b. 8,594	300	9365	772 344
1878	Geschenk des Herrn Wittich 3000 Anderweitige Geschenke 375 Ablös. d. Thätigkeits-Verpflichtung . . 135 Leihgeld für Transparente 300	1624	1671	a. 221,380 b. 9,337	885	10,316	625 443

BERLIN, im Juli 1878.

Das Directorium.

G. Lüderitz,
Vorsitzender.

E. A. Becker,
Schatzmeister.

A. Ewald,
Schriftführer.

*Der Künft. Verein in
Bromberg findet den
ersten Jahresbericht für
das Jahr 1878*

per 19. 7. 78 121 23

*I 1373
1 Druckfz.*

*J.
Z. der Off. An.
B. 30. 11. 78.
Z.*

122²⁴

Erster Jahresbericht

des

Kunst-Vereins

in

Bromberg

für

das Jahr 1878.

Bromberg.
Druck von J. Fischer.
1878.

122²⁴

Der Kunstverein in Bromberg ist am 1. Februar 1878 begründet worden. Schon mehrere Jahre vorher waren von dem in Tilsit bestehenden Kunstverein an den Stadtrath Franke in Bromberg Anregungen ergangen, auch in Bromberg einen Kunstverein in's Leben zu rufen; gleiche Anregungen folgten später auch von Thorn aus; Gestalt gewannen diese Bestrebungen aber erst Anfang 1878 durch das Eingreifen des Bürgermeisters von Buchholz, welcher eine Anzahl kunstliebender Männer zusammenberief. Schon in der ersten Versammlung, am 1. Februar 1878, gelang die Begründung des Kunstvereins, die Feststellung des Statuts und die Wahl eines Vorstandes. Während der Bemühungen, die zur Lebensfähigkeit des Vereins erforderliche Anzahl von 200 Mitgliedern anzuwerben, starb leider der erste Vorsitzende, Bürgermeister von Buchholz, und es wurde der Kreisgerichts-Director van Daren an seiner Stelle zum Vorsitzenden, der Regierungs- und Baurath Reichert zu dessen Stellvertreter und der Stadtbaurath Linde in die erledigte Stelle eines Vorstandsmitgliedes gewählt.

Nächst der Beschaffung der erforderlichen Mitgliederzahl mußte es das erste Bestreben des Vorstandes sein, einen Anschluß an andere Kunstvereine zu suchen. Die Kosten einer Kunstausstellung sind zu bedeutend, als daß sie ein einzelner Verein übernehmen könnte, und die Künstler sind nicht geneigt, ihre Gemälde, um einer einzelnen Ausstellung willen, aus weiter Ferne den Gefahren des Transports und der Beschädigungen auszusetzen. Die an die großen und festbegründeten Kunstvereine in Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau gerichteten Anträge des Vorstandes, den neu begründeten Bromberger Kunstverein in ihren Verband aufzunehmen und die dort zu Ausstellungen circulirenden Gemälde auch nach Bromberg zu senden, wurden sämtlich abgelehnt, weil die Dauer des

östlichen Cyklus schon die ganze Ausstellungszeit des Jahres in Anspruch nehmen. Es wurde daher mit vielem Dank das Anerbieten der zu einem „Ostdeutschen Kunstverein“ verbundenen Kunstvereine in Tilsit, Memel und Thorn angenommen, auch den Bromberger Kunstverein in ihren Verband aufzunehmen und ihn bereits an dem für das Jahr 1878 eingeleiteten Cyklus von Kunstausstellungen theilnehmen zu lassen. Die Vortheile dieses Anschlusses sind augenscheinlich. Jeder Verein erhält die dem Verbands anvertrauten Gemälde zu einer vierwöchentlichen Ausstellung nach einer jedesmal wechselnden Reihenfolge. Der Verband trägt die Kosten des Hin- und Rücktransports der ausgestellten Delgemälde und vertheilt sie unter die einzelnen Vereine; nur die Kosten der Ausstellung am Orte selbst, Miete, Druckfachen, Versicherung, sowie die Kosten für die Bilder, welche den Turnus nicht durchgemacht haben, sondern nur einem bestimmten Kunstverein anvertraut werden, trägt jeder einzelne Verein für sich. Die Ausstellungen des „Ostdeutschen Kunstvereins“ finden alle zwei Jahre statt. Da das Jahr 1878 Ausstellungsjahr war, so hatte der Kunstverein in Bromberg durch den Anschluß an den „Ostdeutschen Kunstverein“ den Vortheil, seine Thätigkeit sogleich mit einer Kunstausstellung zu beginnen, welche im Anschluß an die Ausstellungen in Thorn, Tilsit und Memel für den Juli 1878 in Aussicht genommen werden konnte.

Mit den Vorbereitungen für die Kunstausstellung wurde im April begonnen. Die Mitglieder des Vorstandes nahmen am 14. April persönlich in Thorn Kenntniß von den Einrichtungen der dort bereits eröffneten Ausstellung, und der Zahl und Güte der ausgestellten Gemälde; wählten auch bereits drei derselben zum Anlauf für die erste Gemälde-Verloosung aus. Es wurden Verbindungen angeknüpft mit einzelnen Künstlern, Künstlervereinen und Kunsthandlungen in Berlin, Düsseldorf, Dresden, Weimar, München zum Zweck der Vermehrung der Zahl der Ausstellungsgegenstände. An das Publikum der Stadt Bromberg und Umgegend wurden öffentliche und private Aufforderungen gerichtet, die in ihrem Besitze befindlichen werthvollen Delgemälde und anderen Kunstgegenstände zur Ausstellung herzugeben.

Auf den Antrag des Vorstandes gewährte der Magistrat in bereitwilligster Weise die städtische Turnhalle zur unentgeltlichen Benutzung als Ausstellungslokal. Durch Einfügung von leichtem, eisernen Wänden wurde dieser helle, schöne Saal in

Abtheilungen getheilt und mit Blumengruppen, Sitzplätzen, Staffeleien und Draperien ausgeschmückt. In diesem schönen Ausstellungsraume wurde am 4. Juli 1878 die erste Bromberger Kunstausstellung mit 291 Gemälden, darunter auch einigen Aquarellen, Zeichnungen und anderen Kunstgegenständen eröffnet. Unter den Delgemälden nahmen zwei große Bilder aus dem Besitze Sr. Majestät des Kaisers eine hervorragende Stelle ein. Aus Stadt und Kreis Bromberg waren gegen 100 Nummern ausgestellt.

Die Theilnahme und Gunst des kunstliebenden Publikums begleitete die Kunstausstellung von ihrem Beginn an bis zu ihrem am 4. August erfolgten Schluß. Die hiesigen und selbst auswärtige Zeitungen brachten laufende Berichte über die Ausstellung. An den letzten fünf Tagen wurde durch Herabsetzung des Eintrittspreises den aus den Ferien zurückgekehrten Schülern und den weniger Bemittelten der Eintritt in die Kunstausstellung zugänglich gemacht. Es sind in diesen fünf Tagen 997 Eintrittskarten verkauft worden; im ganzen während der Ausstellung 2530 Eintrittskarten und 145 Passpartout-Karten für Familien-Angehörige der Mitglieder, welche Letztere ihrerseits freien Eintritt hatten. An Katalogen wurden 730 Stück verbraucht.

Die Einnahmen der Kunstausstellung betrugen
1180 Mark 25 Pf.

Dazu traten die Beiträge von
224 Mitgliedern mit 1377 Mark — Pf.
so daß im Ganzen 2557 Mark 25 Pf.
im ersten Jahr des Bestehens des Kunstvereins zur Verfügung standen.

Diese Einnahmen haben ausgereicht, um die laufenden und einmaligen Ausgaben des Vereins zu decken. Zu den letzteren gehören die Anschaffungskosten für die eisernen Gerüste zur Aufhängung der Bilder, wofür 411 Mark 5 Pf. gezahlt wurden. Für Druckfachen, Inserate, Porto, Arbeitslöhne, Decoration des Ausstellungsraumes u. dgl. sind 824 „ 28 „ für den Transport der Bilder 824 „ 14 „ Kosten entstanden. Der Rest von 497 „ 78 „ ist zum Anlauf von Delgemälden zur statutenmäßigen Verloosung des Jahres 1878 verwendet worden.

Ein Theil der Transportkosten, welche für gemeinschaftliche Rechnung des Verbandes verauslagt worden sind, wird dem

nächst zurückerstattet werden; doch hat die Vertheilung der gemeinsamen Kosten noch nicht stattgefunden.

Durch Beschluß des Vorstandes sind folgende ausgestellt gewesene Delgemälde zur Verloosung im Jahre 1878 angekauft worden:

- 1) No. 9 des Katalogs, H. Büttner, „Rendez-vous“ für 100 Mark,
- 2) No. 87. Louis Preller in Weimar „Seebucht an der Küste von Norwegen“ für 120 Mark,
- 3) No. 101. Anna v. Rozinska in Königsberg, „Landschaft, Motiv aus Masuren“ für 120 Mark,
- 4) No. 235. August Repler in Düsseldorf, „Morgen im Buchenwald“ für 250 Mark,
- 5) No. 243. H. Karow in Königsberg, „Was ein Mädchen werden soll, krümmt sich bei Zeiten“ für 100 Mark.

Es kommen ferner zur Verloosung die dem Kunstverein von dem Mitgliede Eisenbahn-Director Gräf in Bromberg geschenkten drei Kupferstiche:

- 6) No. 225. „Madonna Sirtina“, nach Raphael von Steinla und Büchel, im Werthe von 30 Mark,
- 7) No. 226. „Ecce homo“, nach Guido Reni von Mandel, im Werthe von 8 Mark,
- 8) No. 227. „Mater dolorosa“, nach Carlo Dolce von Mandel, im Werthe von 8 Mark.

Die zu den Ankaufspreisen fehlende Summe von 192 Mark 22 Pf., sowie eine fernere Summe von 825 Mark — Pf. zum Ankauf von Delgenmälde für die Verloosung des Jahres 1879 hat liberaler Weise der Schatzmeister des Vereins, Stadtrath Friedländer, aus eigenen Mitteln dem Verein vorgeschoffen.

Demgemäß sind zur Verloosung im Jahre 1879 noch angekauft worden:

- No. 133. Charles Webb in Cleve, „Lesende alte Frau“ für 200 Mark,
- No. 175. G. Behn in Berlin, „Der Ise-Fall“ für 300 „
- No. 235a. August Repler in Düsseldorf: „Abend im Buchenwald“ für 250 „
- No. 272. F. Jädel in Berlin, „Baldlandschaft“ für 75 „

sind 825 Mark.

Durch Privatleute sind während der Bromberger Ausstellung angekauft worden die Bilder des Katalogs:

- No. 38. H. Herzog in Düsseldorf, „Hochgebirgs-See in Telemarken (Schweden)“;
- No. 48. Louise Jansen in Düsseldorf, „Die Marksburg bei Braubach am Rhein“;
- No. 60. Professor L. Kriebel in Dresden, „Italienischer Hirt“;
- No. 94. E. von Raven in Düsseldorf, „Der Alpn-See mit dem Glärnisch-Gebirge bei Glarus“;
- No. 106. L. Seckel, „Motiv vom Hintersee in den bayrischen Alpen“;
- No. 139. F. v. Winterfeld in Düsseldorf, „Gebirgsbach bei Berchtesgaden“;
- No. 273. F. Jaedel in Berlin, „Weichsel-Niederung“.
- No. 289. Chr. Sell in Düsseldorf, „Transport französischer Kriegsgefangener im Winter“.

Aus dem Vorstande scheiden statutenmäßig fünf Mitglieder aus. Herr Stadtrath Minde hat wegen Ueberlastung mit Amtsgeschäften sein Amt als Mitglied des Vorstandes freiwillig niedergelegt. Durch Ausloosung scheiden ferner aus dem Vorstande aus die Herren Stadtrath Franke, Redacteur Rumscheid, Maler Wolff und Stadtbaurath Linde.

In der Generalversammlung am 26. October wurde dieser Jahresbericht vorgetragen, die Rechnung gelegt und dem Schatzmeister, Stadtrath Friedländer, Decharge ertheilt. Bei der Gemälde-Verloosung fiel der Gewinn

- No. 1. auf die Mitgliedsliste No. 151. Oberst-Lieutenant Bering in Bromberg;
- No. 2. auf die Mitgliedsliste No. 52. Dr. Jacoby in Bromberg;
- No. 3. auf die Mitgliedsliste No. 111. Regierungs-Rath Diedmann in Bromberg;
- No. 4. auf die Mitgliedsliste No. 167. Regierungs-Assessor Dittmar in Bromberg;
- No. 5. auf die Mitgliedsliste No. 25. Justizrath Gehler in Bromberg;
- No. 6. auf die Mitgliedsliste No. 40. Stadtrath Seyfelder in Bromberg;
- No. 7. auf die Mitgliedsliste No. 117. Magistrats-Secretär Wende in Bromberg;

No. 8. auf die Mitgliedsliste No. 222. Regierungs-Rath
Heibfeld in Bromberg.

An Stelle des ausscheidenden Stadtrath Minde wurde
Landschaftsmaler G. Behn in Bromberg in den Vorstand
gewählt. Die übrigen ausgeschiedenen Vorstands-Mitglieder
wurden wiedergewählt.

So hat denn der Bromberger Kunstverein sein erstes Ge-
schäftsjahr unter günstigen Umständen und mit gutem Erfolge
zurückgelegt und darf dieser Bericht mit der zuversichtlichen Er-
wartung geschlossen werden, daß der Verein auch ferner den
Kunstsinne fördern und beleben und seine Wirksamkeit in immer
weitere Kreise ausdehnen wird. Hierzu wird ein jedes Mitglied
gewiß gern und nach Kräften mitwirken.

Bromberg, den 26. October 1878.

Der Vorstand des Kunst-Vereins.

van Baren, Kreisgerichts-Director. Franke, Stadtrath.
Friedlaender, Stadtrath. Dr. Guttman, Gymnasial-
Director. Heyfelder, Stadtrath. Linde, Stadtbaurath.
Minde, Stadtrath. Runscheid, Redacteur. Reichert,
Regierungs- und Bau-Rath. Wolff, Maler und
Realschullehrer.

Verzeichniß

der

Mitglieder des Kunstvereins in Bromberg.

1878.

Mit- glieds- Karte Nr.	Name.	Stand.	Wohnort.	Beitrag für 1878 in Mk.
91	Abicht	Kaufmann	Bromberg	6
95	Abraham	Bau-Inspector	"	6
200	von Alvensleben	Rittergutsbesitzer	Ostromecko Kreis Thorn	6
211	Arlt	Commerzien-Rath	Bromberg	9
217	H. Arndt	Maler	"	9
172	Bachmann	Bau-Inspector	"	6
17	van Baren	Kreisgerichts-Director	"	6
112	Bed	Rittergutsbesitzer	Kohrbed Kreis Bromberg	6
203	G. Behn	Landschafts-Maler	Bromberg	6
204	Behn	Frau Geheimhe Medicinal- Rath	"	6
197	von Bergen	Ingenieur	Trone an der Brähe	6
151	Bering	Oberst-Lieutenant	Bromberg	6
18	Bergemann	Ober-Post-Director	"	6
192	Bernhard jun.	Hotel-Besitzer	"	6
185	von Bethmann.	Rittergutsbesitzer	Runowo Kreis Bistritz	6
108	Bollweg	Kaufmann	Bromberg	6
61	Bille	Dr. und praktischer Arzt	"	6
84	Bodsch	Oberlehrer	"	6
187	J. W. Boehlke	Kaufmann	"	6
188	G. Boehlke	Buchdrucker-Besitzer	"	6
13	von Bomsdorff	Oberst und Brigade-Com- mandeur	"	6

Mit- glieds- Nr.	Name.	Stand.	Wohnort.	Beitrag für 1878 in Mk.
1	von Borries	General-Lieutenant und Divisions-Commandeur	Bromberg	6
35	Braun	Vorſchul-Lehrer	"	6
72	von Bredow	Major a. D.	"	6
141	von Bruce	Regierungs-Rath	"	6
29	Brügemann	Gymnasial-Lehrer	"	6
79	Buchholz	Redacteur	"	6
177	Buchholz	Stadtrath	"	6
201	Buchholz, Johann	Stadtrath	Trone an der Bräbe	6
48	Budike	Kaufmann	Bromberg	6
92	Carow	Buchhändler	"	6
133	von Carlinski	Dr. und praktischer Arzt	"	6
119	von Dembinska	Freiulein	"	6
111	Diedmann	Regierungs-Rath	"	6
221	Diep, Heinrich	Kaufmann	"	6
134	Dittmar	Regierungs-Assessor	"	6
167	Dittmann	Amerikanischer Zahnarzt	"	6
166	Dyd	Kaufmann	"	6
62	Eberhardt	Fabrikbesitzer	"	6
145	Edardt	Regierungs-Secretär	"	6
42	Eisenhauer	Musikalienhändler	"	6
186	Effer	Reutier	"	6
150	von Feldmann	Oberst und Regiments- Commandeur	"	6
90	Fischer, Conrad	Kaufmann	"	6
54	Frank, Hermann	Stadt-Rath	"	6
227	Frank, Carl	Rittergutsbesitzer	Ober-Gondes bei Klahrheim	9
218	von Frankenberg	Steuer-Rath	Bromberg	9
140	Friedländer, Dagobert	Stadt-Rath	"	6
141	Friedländer, Wilhelm	Kaufmann	"	6
16	Friedländer, Georg	Dr. jur. und Staatsanwalts- Gehülfe	"	6
122	Friedländer jun.	Kaufmann	"	6
32	Froehlich	Dr. und Gymnasial-Lehrer	"	6
220	Fuchs, Philipp	Kaufmann	"	9
66	Geißler	Gutsbesitzer	"	6
152	von Gernar	Major und Bataillons- Commandeur	"	6
26	Gehler	Justiz-Rath	"	6

Mit- glieds- Nr.	Name.	Stand.	Wohnort.	Beitrag für 1878 in Mk.
106	Giese	Regierungs- und Baurath	Bromberg	6
148	Goeschel	Regierungs-Rath	"	6
158	Graef	Eisenbahn-Director	"	6
224	von der Groeben	Freiulein	Kallisten bei Heiligen- thal in Ostpreußen	9
149	von Gruben	Regierungs-Assessor	Bromberg	6
75	Guttmann	Regierungs-Assessor	"	6
39	Guttmann	Dr. u. Gymnasial-Director	"	6
46	Gutzeit	Realschul-Lehrer	"	6
215	Goerdel	Kaufmann	"	6
216	Goebel	Musik-Director	"	9
110	Hahn	Ober-Regierungs-Rath	"	6
19	Hahndorff	Appellat.-Gerichts-Präsident	"	6
22	Hanow	Appellations-Gerichts-Rath	"	6
99	Hantelmann	Justizrath	"	6
146	Hartung	Regierungs-Secretär	"	6
50	Hege, Gustav	Fabrikbesitzer	"	6
169	Hege, Paul	Fabrikbesitzer	"	6
2	Heinrichs	Major im Generalstabe	"	6
222	Heibfeld	Regierungs-Rath	"	9
33	Hellmann	Gymnasial-Lehrer	"	6
24	Hempel	Appellations-Gerichts-Rath	"	6
40	Heyfelder	Stadtrath und Buchhändler	"	6
223	von Hindenburg	Frau Kammerherr	Langenau bei Frey- stadt in Westpreußen	9
102	Hinze	Frau Oeconomie-Rath	Bromberg	6
78	Hirschberg	Redacteur	"	6
52	Jacoby	Dr. und praktischer Arzt	"	6
143	Jacobs	Kgl. Oberamtmann	Hohenberg bei Kalck	6
55	Jacobssohn, Moriz	Hauptmann und Expediteur	Bromberg	6
212	Jacobssohn, Hermann	Apotheker	"	6
49	Jaekel	Lithograph	"	6
98	Jobst	Kreis-Gerichts-Rath	"	6
88	Joel	Justizrath	"	6
41	Jungklas	Regierungs- und Schul-Rath	"	6
156	Jürgens	Lieutenant und Adjutant	"	6
202	Kempe	Stadthauptkassen-Rendant	"	6
86	Kempner	Rechtsanwalt	"	6
170	Keydel	Ingenieur der Gasanstalt	"	6
181	von Klahr	Rittergutsbesitzer und Landschafts-Rath	Klahrheim Kreis Bromberg	6

Mit- glied- Nr.	Name.	Stand.	Wohnort.	Beitrag für 1878 in Mark.
159	Knebel	Bau-Inspector	Bromberg	6
173	Kohland	Kgl. Bank-Cassirer	"	6
107	Kolwig	Kaufmann	"	6
206	Kommrusch	Uhrmacher	"	6
190	Kossarski	Literat	"	6
12	Kost	Regierungs-Rath	"	6
3	von Krause	Rittmeister und Divisions- Adjutant	"	6
132	Kroehnke	Baumeister	"	6
189	Krüger	Realschul-Lehrer	"	6
182	Kunzel	Rittergutsbesitzer	Markowo	6
93	von Kunowski	Hauptmann a. D.	Bromberg	6
10	Laube	Ober-Staats-Anwalt	"	6
15	Lehmann	Appellations-Gerichts-Rath	"	6
178	von Leipziger	Landschafts-Director	Pietrunke Kreis	6
94	Levy, Louis	Kaufmann	Kolmar i. P.	6
138	Leyser	Kaufmann	Bromberg	6
208	Liedtke	Rittergutsbesitzer	"	6
28	Lierse	Gymnasial-Lehrer	Löwinfel	6
27	Linde	Stadt-Baurath	Bromberg	6
137	Lindner, Johann	Reutier	"	6
136	Lindner, Heinrich	Kaufmann	"	6
4	Lotter	Militär-Intendantur-Rath	"	6
36	Rahn	Gymnasial-Lehrer	"	6
196	Raigatter	Pfarrer	Crone a. d. Brahe	6
59	Rallachow	Jahrgart	Bromberg	6
88	Martini	Kreis-Gerichts-Rath	"	6
193	Raup	Zimmermeister	"	6
80	Redel	Fabrikbesitzer	"	6
183	Reffen	Kgl. Oberamtmann	Gr. Motin	6
171	Rénard, Louis	Kaufmann	Bromberg	6
184	Renking	Tischlermeister	"	6
189	Rinde	Stadt-Rath	"	6
67	Rig	Seifenfabrikant	"	6
126	Roeller	Regierungs-Hauptkassen- Buchhalter	"	6
5	Roldenhauer	Divisions-Pfarrer	"	6
98	Ronschauer	Bau-Inspector	"	6
106	Rossat	Stadtrichter	"	6
7	von Rüchow	Kreis-Gerichts-Rath	"	6
76	Runsfeld	Redacteur	"	6

Mit- glied- Nr.	Name.	Stand.	Wohnort.	Beitrag für 1878 in Mark.
116	Rusloff	Kaufmann	Bromberg	6
131	Ruttray	Baumeister	"	6
124	Ruschel	Regierungs- und Bau-Rath	"	6
118	Reufeld	Dr. und Sanitäts-Rath	Fordon	6
103	Rba Neumann	Fräulein	Bromberg	6
165	Riemann	Baurath	"	6
120	Ritkowski	Frau Rentier	"	6
154	Roell	Hauptmann	"	6
6	Rolte	Kreis-Gerichts-Rath	"	6
57	Rubel	Kaufmann	"	6
9	von Dertzen	Landrath	"	6
47	Rieck	Realschul-Lehrer	"	6
123	Raech	Steuerrath	"	6
89	Peterfon	Kaufmann	"	6
191	Penz, Horen	Photograph	"	6
207	Penzel	Fräulein	"	6
195	Plath	Kreis-Gerichts-Rath	"	6
226	Porsch	Bau-Inspector	"	9
82	Pottien	Rechtsanwalt	"	6
128	Queisner	Bau-Inspector	"	6
43	Rahm	Fräulein	Boymowo	6
115	B. F. Rahm	Rittergutsbesitzer	Kreis Bromberg	6
174	Rathke	Bank-Director	Bromberg	6
175	Rathke	Frau Bank-Director	"	6
114	von Raumer	Regierungs-Kassier	"	6
127	Reichert	Regierungs- und Bau-Rath	"	6
44	Reib	Conditor	"	6
164	Reiser	Rechnungs-Rath	"	6
102	Reitemeyer	Regierungs- und Bau-Rath	"	6
73	Richter	Dr. und Gymnasial-Director	Rafel	6
65	Riller	Hötelbesitzer	Bromberg	6
214	Risch	Dr. und practischer Arzt	"	6
219	Rochlig	Frau Regierungs-Rath	"	6
180	von Roy	Landschafts-Director	Bierdziany	6
157	Röhrich	Secondo-Lieutenant	Bromberg	6
88	Rucynski	Gymnasial-Lehrer	"	6
101	Ruffmann	Kreis-Gerichts-Rath	"	6
190	Sager	Steuer-Gehebe	Crone a. d. Brahe	6
218	Salomon	Dr. und Sanitäts-Rath	Bromberg	6
11	Schaller	Appellationsgerichts-Rath	"	6

Mit- glied- Nr.	Name.	Stand.	Wohnort.	Beitrag für 1878 in Mk.
225	von Schend	Rittergutsbesitzer	Kawenczyn Str. Ino- wraglaw	9
205	Schlint	verwitwete Rentier	Bromberg	6
21	Schmalz	Appellationsgerichts-Rath	"	6
160	Schmeiger	Regierungs- und Bau-Rath	"	6
113	Schmidt, Reinhold	Regierungs- und Schul-Rath	"	6
84	Schmidt, Julius	Justizrath	"	6
70	Schmidt, Emil	Kaufmann	"	6
37	Schmidt, Leon- hard	Gymnasial-Oberlehrer	"	6
163	Schmidt, Herr- mann	Regierungs-Rath	"	6
209	Schnee	Regierungs-Feldmesser	"	6
155	Schneider	Hauptmann	"	6
194	Scholz	Oeconomie-Commissarius	"	6
31	Schramm, Otto	Gymnasial-Lehrer	"	6
69	Schramm, Richard	Fabrikbesitzer	"	6
23	von Schrötter	Erster Appellationsgerichts- Präsident	"	6
77	Schunke	Rebacteur	"	6
129	Schwarz	Wasser-Bau-Inspector	"	6
147	Schulemann, Heinrich	Forstmeister	"	6
176	Schulemann, Adalbert	Bau-Rath	"	6
161	Seebold	Regierungs-Rath	"	6
87	Selde	Rechtsanwalt	"	6
20	von Selle	Appellationsgerichts-Rath	"	6
100	Seydeler	Ober-Stub- und Regiments-Arzt	"	6
121	Snob	Seminar-Oberlehrer	"	6
14	Steffani	Ober-Regierungs-Rath	"	6
45	Stürmer	Dr. und Professor	"	6
85	Suhmann	Rechtsanwalt	"	6
71	von Sydow	Oberst-Leutnant und Regiments-Commandeur	"	6
60	Szamatolski	Kaufmann	"	6
198	Tziel	Rechtsanwalt	Crone an der Straße Bromberg	6
195	Tzielo, Benno	Kaufmann	"	6
81	Tzilo	Major a. D.	"	6
180	Tzilmitt	Baumeister	"	6

Mit- glied- Nr.	Name.	Stand.	Wohnort.	Beitrag für 1878 in Mk.
153	von Trebra	Major und Bataillons- Commandeur	Bromberg	6
144	Trapp	Regierungs-Secretär	"	6
125	Ulrich	Landrentmeister	"	6
68	Walle	Kaufmann	"	6
74	Warminski	Dr. und practischer Arzt	"	6
109	von Wegnern	Regierungs-Präsident	"	6
51	Weigand	Dr. und Professor	"	6
97	Weiser	Kreisgerichts-Rath	"	6
117	Wende	Magistrats-Secretär	"	6
53	Werkmeister	Kaufmann	"	6
30	Witting	Oberlehrer und Dr.	"	6
58	Woede	Kunst- und Handelsgärtner	"	6
50	Wolff	Maler und Zeichenlehrer	"	6
63	Wulff, Theodor	Fabrikbesitzer	"	6
64	Wulff, Adolph	Fabrikbesitzer	"	6
168	Wenzel	Kaufmann und Stadtrath	"	6
210	von Wollschläger	Frau Rentier	"	6
179	Worzenowski	Oberförster	Pobanin bei Kolmar i. P.	6
8	Zachariae	Kreisgerichts-Rath	Bromberg	6
26	von Zychlinski	Garnison-Baumeister	"	6

DER HAUPTVORSTAND
der
DEUTSCHEN KUNSTGENOSSENSCHAFT IN DRESDEN.

1.408.

z. Z. 19/3/79

Dresden, d. 1. Januar, 1879.

Exzellenz
Seiner Majestät
des Königs von Preußen
in Berlin

Nachdem zu Königsberg 1879, in Ausführung
des Beschlusses der zu Berlin am 5. September 1878
stattgehabten Delegiertenversammlung, die Verord.
schaft der Königlich Preussischen Kunstgenossenschaft auf die
Localgenossenschaft Dresden übertragen ist,
erlaubt sich der neue Hauptvorstand nachstehend für
die Zusammenstellung mitzutheilen:

Dresden.

Dresden, Vorstand für die Jahre 1879, 1880 und 1881.

Hauptversamml. der deutschen Kunstgenossenschaft für das Jahr 1879:

D. Simonson, Vorsitzender.

P. Weidner, Schriftführer.

H. Kirus, Kassier.

H. Kallenhof.

F. Kentsch.

E. Lachse.

H. Linnicher

Schriftführer.

Für anstehende Aufgaben wird Sie ersucht,
alle die deutsche Kunstgenossenschaft betreffenden
Schriften an den unterzeichneten Schriftführer:

P. Weidner, Dresden, Kaiserstraße 14.
zu senden

Mit vorzüglicher Gerechtigkeit

der Hauptvorstand der deutschen Kunstgenossenschaft

P. Weidner

H. 27. 10. 1879 Berlin, den 19. October 1879.
I. 1482.

26

63

Die Mitteilung ist in
der gestrigen Versammlung
erfolgt.

Zu dem Akt.

B. 30. 10. 79.

Willmar.

Ihrer Königl. Hochlöbl. Academie der Künste

besuchen wir uns ganz ergebenst mitzu-
theilen, daß meine Anwesenheit in Berlin aus-
gesprochen für sich selbst eine:

Vereinigung zur Vorbereitung
künstlerischer Interessen

gebildet hat und erlauben mir in der An-
lage der Natur und Mitglieder, Hingangs-
zu freigelegter Kenntnisnahme zu über-
reichen, unter der ganz ergebenen Camer-
kung, daß der Ausschuss aus folgenden
Mitgliedern besteht:

Raschdorff Vorsitzender. Orth, Stellvertreter.
Leider Vorsitzender. Kyllmann Kassier.
Boeckmann, von Gropshorn. Luthmer-
Othen.

Se.

Bezug auf das Verhältniss der Ver-
einigung zum Berliner Architekten-
Verein bezogen und auf den §
insbes. Absatz 2 ergab sich Bezug zu
nehmen.

Die Vereinigung zur Vertretung
baukünstlerischer Interessen.
Krausertorff

An
seiner Königl. Hoheit
Akademie der Künste

J. v.

Vereinigung

zur

Vertretung baukünstlerischer Interessen.

Statut, festgestellt in der Sitzung vom 8. Juni 1879.

§. 1.

Die unterzeichneten Architekten bilden eine Vereinigung zur Wahrung und Förderung der Interessen ihres Berufs; ihre Wirksamkeit soll da eintreten, wo der Architekten-Verein zu Berlin seiner Organisation und Zusammensetzung nach für speziell baukünstlerische Interessen nicht wohl eintreten kann.

§. 2.

Aufnahmefähig in die Vereinigung sind alle in selbstständiger fachlicher Thätigkeit bewährte Architekten Berlins. Die Aufnahme geschieht durch den Ausschuss (vergl. §. 4) auf Grund einer schriftlichen Anmeldung des Aufnahme-suchenden, welche von mindestens sechs Mitgliedern unterstützt sein muss. Auswärtigen Fachgenossen soll der Zutritt nicht versagt werden. Der Austritt muss schriftlich erklärt werden und verliert der Austretende jeden Anspruch auf das Vereins-Vermögen.

§. 3.

Regelmässige Versammlungen finden alle Jahre nur einmal statt, und zwar im Monat Januar. Dieselbe wird durch den Ausschuss mittelst schriftlicher Benachrichtigung berufen.

Außerordentliche Versammlungen können jederzeit durch den Ausschuss berufen werden. Auf einen von zehn Mitgliedern unterstützten an den Ausschuss gerichteten bez. Antrag ist dieser zur Einberufung einer außerordentlichen all-gemeinen Sitzung verpflichtet.

§. 4.

In der **Januar-Versammlung** wird aus der Zahl der Mitglieder ein **Ausschuss** von sieben Mitgliedern gewählt, die unter sich einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter und Kassenführer wählen.

Alle Wahlen geschehen durch Stimmzettel. Niemand ist länger als drei Jahre nach einander zu einem Amte wählbar.

§. 5.

Der **Ausschuss** hat in erster Linie die Pflicht, alle vorkommenden Interessen-Fragen des Fachs im Ausschuss einer Besprechung zu unterwerfen und event. die Tagesordnung zur Beschlussfassung für die Mitglieder-Versammlung vorzubereiten. Derselbe tritt nach Bedürfniss regelmässig, bezw. auf Einladung des Vorsitzenden zusammen.

§. 6.

Sektionen für die besondere Pflege einzelner Zweige des baukünstlerischen Interesses, zu welchen der Beitritt jedem Mitgliede freisteht, können im Anschluss an die Vereinigung gebildet werden, doch dürfen dieselben letztere nicht mit Verantwortung belasten. Die Vorsitzenden der Sectionen müssen aus der Zahl der Mitglieder des Ausschusses gewählt werden.

§. 7.

Der im **Ausschuss** gewählte Vorsitzende resp. dessen Stellvertreter leitet die Versammlungen und hat in denselben allein zu entscheiden in allen Fragen, welche die Auslegung dieses Statuts betreffen, namentlich da, wo solches sich als nicht hinreichend deutlich oder vollständig erweisen sollte, während im übrigen diese Entscheidung dem Ausschuss zusteht.

§. 8.

Der **Kassenführer** legt in der Januar-Versammlung Rechnung und repartirt auf die einzelnen Mitglieder die ent-standenen Kosten.

§. 9.

Versammlungen sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Berechtigten anwesend ist. Eine wegen Mangel an Stimmzahl unbeschussfähig gebliebene Versammlung kann durch ihren Vorsitzenden eine anderweitige Versamm-lung anberaumen, die für die betr. Tagesordnung unbedingt beschlussfähig ist.

§. 10.

Ueber Statutenveränderung und event. Ausschließung aus der Vereinigung beschließt eine Zweidrittel-Majorität.

Transitorische Bestimmungen.

Mitglieder sind zunächst die Unterzeichneten und diejenigen, welche auf Majoritäts-Beschluss derselben zum Beitritt aufgefordert, solchen bis zum 1. August d. J. anzeigen.

Für das laufende Jahr hat jedes Mitglied einen Beitrag von 15 Mark zu entrichten.

Die erste Ausschusswahl findet Anfang, spätestens Ende Juni statt.

J. Benda. W. Boeckmann. W. Cordes. W. Cremer. G. Ebe. H. Ende. A. Friebus. K. E. O. Fritsch.
M. Gropius. C. v. Grozheim. F. Hahnemann. C. Heidecke. L. Heim. J. Hennicke. A. Heyden. M. v. Holst.
H. v. d. Hude. Ihne. M. Karchow. Kayser. P. Kieschke. G. Knoblauch. Fr. Koch. P. Köhler. F. O. Kuhn.
W. Kyllmann. J. Lange. F. Luthmer. O. March. W. Martens. J. Merzenich. A. Orth. J. Otzen. O. Plüger.
J. C. Raschdorff. H. Römer. C. Schäfer. H. Schmieden. C. Schnitzler. R. Schreiber. C. Schwatto.
F. Schwechten. F. Schwenke. Schütz. H. Seeling. R. Speer. Sputh. F. Statz. O. Stegmüller. P. Stegmüller.
H. Stiller. H. Stöckhardt. G. v. Stralendorff. G. Thür. J. Vollmer. H. Wex. Fritz Wolff. C. Zaar. H. Ziller.

I. 60. ^{pro. cod}
^{Leul.}
^{Mh}

69²⁸

Ihre Auffrischen eingezugenen

1 Stück:

die fofbau. Aufzeichnung des
Preussischen Staates —

Auszug

der
Anweisung zur Fortsetzung
beim Plan der Fortsetzung in Berlin

1 Kugelfeld der Tüchtigkeit des
Lagers der Tüchtigkeit.

Berlin, d. 10. Januar 1880

Müller

¹
Zu den Akten
D. 10. 1. 80.
H. J.

70 29

Die
Hochbau - Ausführungen

des
Preussischen Staates.

Denkschrift
der
**Vereinigung zur Vertretung baukünstlerischer Interessen
in Berlin.**

Berlin 1880.
Druck von B. Gormetter.

Die Verhandlungen, welche das Haus der Abgeordneten in seiner 20. Sitzung vom 6. Dezember 1879 der Organisation des preussischen Staats-Bauwesens gewidmet hat, insbesondere die entgegen kommenden Erklärungen des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten auf die dort geäußerten Wünsche nach einer zeitgemäßen Reform der Bauverwaltung und seine Andeutungen über die von ihm bereits in Aussicht genommenen Ziele einer solchen Reform, haben sicherlich bei allen Angehörigen des preussischen Bauwesens die lebhafteste Aufmerksamkeit erregt.

Mit dieser zugleich mußte natürlich auch der Wunsch erwachen, daß es vor Einleitung bestimmter Maßregeln ihnen, den zunächst Betheiligten, vergönnt werden möge, ihre Ansichten über die gegenwärtigen Verhältnisse jenes Gebiets geltend zu machen und Mittel zur Beseitigung der zur Zeit auf ihm vorhandenen Uebelsände in Vorschlag zu bringen.

Da es, neben praktischen, besonders auch künstlerische Gesichtspunkte waren, aus denen man im Abgeordnetenhaus das Bedürfnis nach einer Reform unseres Staats-Bauwesens ableitete, so hat sich die im vorigen Jahre begründete, aus c. 60 unabhängigen Architekten der Landes-Hauptstadt bestehende „Vereinigung zur Vertretung baukünstlerischer Interessen“ für verpflichtet gehalten, jene Fragen — soweit sie in den Kreis spezifisch baukünstlerischer Interessen fallen — auch ihrerseits in eingehende Erwägung zu ziehen. Sie beehrt sich, das Ergebnis derselben im Folgenden zur Kenntniß der hohen Staatsregierung, sowie der beiden hohen Häuser des Landtags zu bringen. —

I.

Es kann nicht bestritten werden, daß der im Lande vielfach verbreiteten Unzufriedenheit mit den architektonischen Leistungen unseres Staats-Bauwesens eine gewisse Berechtigung zu Grunde liegt. Die Nation kann und muß verlangen, daß die aus Staatsmitteln errichteten öffentlichen Bauten, sowohl nach ihrer Anlage wie nach ihrer technischen und künstlerischen Durchführung, die Höhe dessen bezeichnen, was die architektonischen Kräfte des Landes zur Zeit zu leisten vermögen. Dies ist bei uns gegenwärtig leider nicht durchweg der Fall. Wohl finden sich auch unter den Hochbau-Ausführungen des preussischen Staates — namentlich in den größeren Städten — tüchtige und anerkannterwerthe Werke: in ihrer großen Mehrzahl zeigen dieselben jedoch nicht jenen Grad architektonischer Reife und Vollendung, der in vielen Privatbauten unseres Landes sich kund giebt und durchschnittlich auch von den öffentlichen Bauten anderer Nationen erreicht wird.

Die Ursache dieser auffälligen Erscheinung, welche gewiß von Niemand schmerzlicher empfunden wird, als von den preussischen Architekten, ist nicht etwa darin zu suchen, daß für die Hochbau-Ausführungen unseres Staates zu geringe Mittel bewilligt würden, wie dies in einer früheren Periode allerdings häufig der Fall war. Die in neuerer Zeit für jenen Zweck zur Verfügung gestellten Geldmittel haben wohl stets ausgereicht, um mit denselben eine nach jeder Beziehung genügende Lösung der Aufgabe zu ermöglichen. — Eben so wenig wird man angesichts der namhaften Zahl gediegener Bauwerke aus älterer und neuerer Zeit, die jenen angreifbaren Leistungen gegenüber stehen und die mit den besten Schöpfungen des Auslandes sich messen können, behaupten wollen, daß es unserem Lande an fähigen Bautechnikern und Baukünstlern fehle.

Man wird daher nicht irren, wenn man die Mängel unserer öffentlichen Bauten vor allem daraus ableitet, daß zur Lösung der architektonischen Aufgaben des Staates im allgemeinen nicht der richtige Weg eingeschlagen wird. —

Bekanntlich unterhält Preußen ein zahlreiches, im wesent-

lichen nach dem Muster der übrigen Verwaltungszweige organisirtes Corps von Baubeamten, durch welches alle mit dem öffentlichen Bauwesen zusammen hängenden Aufgaben — also auch die für Entwurf und Ausführung eines Baues erforderlichen schöpferischen Leistungen — im Wege eines regelmäßigen, nach drei Instanzen gegliederten Geschäftsganges erledigt werden sollen. Da ausschließlich Beamte zur Verwendung gelangen, die gleichmäßig nach den höchsten Ansprüchen ausgebildet worden sind, so ist die Voraussetzung dieser Organisation offenbar die, daß der zur Verwaltung eines Baukreises angestellte Lokal-Baubeamte alle innerhalb seines Kreises zu errichtenden Neubauten des Staates zu entwerfen und auszuführen hat, während der dem Regierungs-Kollegium zugetheilte Regierungs- und Baurath die Revision der bezgl. Arbeiten bewirkt und die Bau-Abtheilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, als superrevidirende Behörde, für Einhaltung einheitlicher, sachgemäßer Prinzipien sorgen soll. —

Soweit es um die Entwürfe zu Staatsbauten höheren Ranges sich handelt, hat in Wirklichkeit längst eine andere Praxis sich eingebürgert. Zwar werden die Entwürfe zu diesen Bauten, mit wenigen Ausnahmen, zunächst noch immer durch die Lokal-Baubeamten der betreffenden Baukreise aufgestellt: die Vorlagen der letzteren werden jedoch nur selten zur Ausführung genehmigt, sondern häufig schon in der Revision stark geändert, in der obersten Instanz dagegen meist ganz verworfen und durch ein von dort geliefertes Projekt ersetzt. Es ist gegenwärtig fast zur Regel geworden, daß die Entwürfe zu den bedeutenderen Hochbauten des preussischen Staates in der Bau-Abtheilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten angefertigt oder durch diese beschafft werden. —

Es mag dahin gestellt sein, ob ein solches Verfahren, das in den Lokal-Baubeamten, ja selbst in den Regierungs- und Bauräthen, die Berufstreue und das Gefühl der Verantwortlichkeit nur beeinträchtigen kann, in jedem einzelnen Falle dadurch notwendig wurde, daß der von den unteren Instanzen vorgelegte Entwurf sich als unbrauchbar erwies. In sehr vielen, ja den meisten Fällen dürfte eine solche Nothwendigkeit in der

That vorgelegen haben; denn die Voraussetzung, daß unsere Lokal-Baubeamten zur Lösung schwieriger architektonischer Aufgaben allgemein im Stande sein sollen, ist eine durchaus irrige.

Man darf zunächst nicht übersehen, daß der Ausbildungsgang unserer Baumeister bisher ein anerkannt mangelhafter war und es insofern noch immer ist, als fast nur auf die theoretische Ausbildung Berth gelegt wird, nicht aber auf die für den Baukünstler besonders wichtige praktische Schulung, zu der es im gewöhnlichen Geschäftsgange an Gelegenheit fehlt. Fast alle Architekten unseres Landes, die sich zu höherer Leistungsfähigkeit entwickelt haben, verdanken dies neben ihrem Talent und ihrem Fleiß in erster Linie dem Glückzufall, daß sie im Atelier eines erfahrenen Meisters unter dessen Leitung in künstlerische Thätigkeit sich einleben konnten. — Man muß sodann aber vor allem sich klar machen, daß die Stellung des Lokal-Baubeamten und die Art seiner Amtsgeschäfte ihm in der Regel die Fähigkeit zu schöpferischen, insbesondere zu künstlerischen Leistungen nehmen müssen, auch wenn er solche früher besessen hat. Wohl jeder Künstler wird sich zu schöpferischer Thätigkeit nur dann im Stande fühlen, wenn er einerseits seine Kraft in beständiger Uebung halten und wenn er andererseits in die ihm gestellten Aufgaben sich vertiefen kann; meist hält er es sogar für erforderlich, auf ein kleineres Spezialgebiet des Schaffens sich zu beschränken. Die Lage unserer Baubeamten zeigt von dem allem das gerade Gegentheil. Meist an eine kleine Provinzialstadt gefesselt und mit mechanischen Bureau-Arbeiten überhäuft, von künstlerischer Anregung und den Mitteln zur Fortbildung nahezu abgeschnitten — kommt der Einzelne unter ihnen überhaupt nur selten und in längeren Zeitabschnitten dazu, einer höheren architektonischen Aufgabe sich zu widmen, die er alsdann im Drange des Dienstes, zwischen Geschäften der heterogensten und meist der trivialsten Art als eine „Nummer“ erledigen muß. Bessere Verhältnisse sind lediglich in den wenigen größeren Städten vorhanden, wo es an Anregung nicht fehlt, der Geschäftskreis ein einheitlicher ist und künstlerische Aufgaben etwas häufiger sich darbieten. — Was Wunder, daß fähige Architekten, denen die

Möglichkeit einer anderen Lebensstellung sich bot, von jeher nur geringe Neigung gezeigt haben, dem Staate in den Formen des Baubeamtenthums zu dienen. Innerhalb des letzteren dauernd eine eigentliche künstlerische Wirksamkeit zu entfalten, ist thatsächlich nur wenigen, besonders glücklich veranlagten und energischen Naturen gelungen, und auch diesen — welche dem Amte als einem unvermeidlichen Mittel, um zu jenem Ziele zu kommen, sich fügen mußten — fast nur dann, wenn die Gunst der Vorgesetzten ihnen von vorn herein eine Ausnahme-Stellung einräumte. —

Unter solchen Umständen ist es allerdings nur wünschenswert, daß man von einer Aufstellung der Entwürfe zu wichtigeren Staatsbauten durch die Lokal-Baubeamten endgültig absehe. Aber die gegenwärtig eingeführte Praxis, deren Anfang wohl bis auf Schinkel zurückreicht und sich aus dem gewaltigen Uebergewichte dieses Meisters über seine Zeitgenossen erklärt, unterliegt nicht minder schweren Bedenken und zeigt ebenso offenkundige Uebelstände.

Es mag zunächst beiläufig darauf hingewiesen werden, daß die Bearbeitung der Entwürfe durch die Behörde, welcher zugleich die Revision derselben obliegt, der in jedem geordneten Staateswesen gültigen Regel zuwider läuft, daß Niemand in eigener Sache Richter sein darf. Wenn die bautechnischen Räte des Ministeriums auch wohl nur selten einem Entwurf persönlich sich widmen können, sondern hierzu der Kräfte ihres, zu immer größerem Umfange answachsenden Technischen Bureaus, vereinzelt sogar der Unterstützung von Privat-Architekten, sich bedienen müssen, so führen sie doch die obere Leitung jener Arbeiten und sind demzufolge meist nicht in der Lage, über dieselben späterhin ein völlig objektives Urtheil abzugeben.

Die Gefahr, daß auf diesem Wege manche mehr oder minder ansehbare Entwürfe zur Genehmigung gelangen, ist gewiß nicht ausgeschlossen, zumal bei Berufung jener leitenden Beamten des Staats-Bauwesens doch nicht an erster Stelle deren schöpferische Befähigung berücksichtigt werden kann und da die Hilfskräfte ihres Technischen Bureaus vorzugsweise doch nur aus jüngeren Beamten bestehen, die über eine reiche Erfahrung in künstlerischer Praxis nicht gebieten. — Aber selbst, wenn dieses Bedenken dadurch verringert würde, daß man an jener Zentralstelle in Wirklichkeit stets die hervortragendsten und leistungsfähigsten Architekten des Landes

zu vereinigen wüßte, so würde dennoch niemals der künstlerische Nachtheil beseitigt werden, der an den Entwürfen zu unsern Staatsbauten seither am auffälligsten und schlimmsten sich geltend gemacht hat: die bei einer solchen fabrikartigen Massenproduktion der Entwürfe an einer Stelle unvermeidliche, schablonenhafte Auffassung derselben.

Eine ausreichende Berücksichtigung der eigenartigen Beschaffenheit des Bauplatzes, der landesüblichen Baumaterialien und der aus historischer Tradition entwickelten Bauformen des betreffenden Gebiets, welche erforderlich ist, um ein Bauwerk charakteristisch und interessant zu machen, kann in der Regel nicht stattfinden, weil der Entwerfende von jenen Momenten keine oder doch nur geringe Kenntniss besitzt. Von einer Vertiefung in der Aufgabe kann gleichfalls kaum die Rede sein. — So sind die Provinzen unseres Landes, für welche die vom Staate ausgeführten Neubauten ein Gegenstand des Stolzes sein sollten, seit langer Zeit mit einer Reihe von Gebäuden übersät worden, die — aus einem begrenzten Vorrath von Formen und Motiven zusammengesetzt — eine nüchterne Uniformität zur Schau tragen und selten zu ihrer Umgebung passen, aber demnächst leider vielfach als Vorbilder für den handwerkmäßigen Privatbau benutzt worden sind und durch diesen Einfluß die eigenartige Physiognomie zahlreicher Ortschaften aufs tiefste geschädigt haben.

Diese Nachtheile werden noch verstärkt durch die Art und Weise, in welcher die Ausführung der bezgl. Entwürfe erfolgt. Die letztere wird nämlich, wie dies der Organisation der Staatsbauverwaltung entspricht, mit wenigen Ausnahmen, nach wie vor den Lokal-Baubeamten überlassen, denen zu diesem Zweck jüngere diätarisch beschäftigte Bauführer und Reg.-Baumeister zur Seite gestellt werden. Sind aber jene Beamten, wie nachgewiesen wurde, nur ausnahmsweise in der Lage, einen befriedigenden Entwurf zu einem öffentlichen Gebäude höherer Art anzufertigen, so sind sie aus denselben Gründen noch viel weniger im Stande, einen solchen Entwurf im künstlerischen Sinne auszugestalten. Während zum Entwerfen einer Skizze — natürlich bis zu gewissen Grenzen — die akademische Vorbildung genügt, ist letzteres nicht möglich ohne eine in der

Praxis gereifte künstlerische Erfahrung. Eine solche besitzen die Kreis-Baubeamten ebenso selten, wie die ihnen zugewiesenen jungen Hilfsarbeiter; sie stehen demnach den ihnen zur Ausführung übersandten, meist in kleinem Maßstabe gezeichneten Entwürfen rathlos gegenüber und sind darauf angewiesen, mit der Detaillirung derselben auf gut Glück zu experimentiren, bezw. ein solches Experiment den zur speziellen Bauleitung bestellten Kräften zu überlassen. Das Ergebniss kann unmöglich ein glückliches sein. So stellt sich die künstlerische Ausgestaltung im Einzelnen bei unsern Staatsbauten nur gar zu häufig als eine dürftige und mißverständene dar. *)

Hiermit ist es wohl in ausreichender Weise erklärt, daß auf dem für die Herstellung unserer Staatsbauten üblichen Wege nur höchst selten — durch ein Zusammentreffen besonders glücklicher Umstände — Werke entstehen können, die ganz und voll das Gepräge einer künstlerischen Leistung tragen. Ist doch eine solche stets nur als individuelle Schöpfung eines einzelnen Künstlers denkbar, während in die Autorschaft unserer Staatsbauten eine so große Zahl verschiedener Persönlichkeiten sich theilt, daß es in den meisten Fällen gar nicht möglich ist anzugeben, von wem das betreffende Gebäude eigentlich herrührt. — Eine Thatfache, die für sich allein hinreicht, den künstlerischen Rang dieser Werke mit einem Schlage zu kennzeichnen!

Es mag daneben noch hervor gehoben werden, daß jener für den künstlerischen Werth unserer Staatsbauten so nachtheilige Weg ihrer Herstellung auch ein unverhältnismäßig kostspieliger ist. Die zwei- und dreimalige Bearbeitung des Entwurfs erfordert natürlich auch zwei- bis dreifache Projektirungskosten, die um so höher sich zu stellen pflegen, als zu diesen Arbeiten größtentheils diätarisch besoldete Hilfsarbeiter verwendet werden müssen. — Die Ausführung der Bauten wird in's Endlose ver-

*) Restripte der höchsten Baubehörde haben das wiederholt anerkannt und vergeblich zu bessern gesucht. Besonders charakteristisch ist das auf die Ausführung neuer Kirchen bezgl. B.-M. vom 31. März 1856, das „eine zu untergeordnete, sogar mißverständene Behandlung der Details“, sowie eine anscheinend auf willkürlicher Abschätzung beruhende, meist zu große Bemessung derselben tadelt und strenges Einhalten des Baupfils vermißt.

schleppt, so daß für ihre Herstellung günstige Geschäfts-Konjunkturen häufig nicht ausgenutzt werden können. — Für die unvermeidlichen Sünden des Ausführenden muß der Staat das Lehrgeld zahlen. — Und bei alledem ist derselbe durch einen so schwerfälligen und komplizierten Apparat nicht einmal davor geschützt, daß die veranschlagten und bewilligten Baukosten eingehalten werden! —

II.

Mängel so tief greifender Art lassen das Verlangen nach einer radikalen Reform des preussischen Staats-Bauwesens allerdings als ein sehr gerechtfertigtes erscheinen. Auch die wesentlichsten Zielpunkte dieser Reform sind — soweit es um die hier vorzugsweise in Betracht gezogene Seite unserer Staatsbauten sich handelt — kaum noch zweifelhaft.

Man wird einerseits dafür sorgen müssen, daß die den Staatsbauten zugewendete baukünstlerische Thätigkeit des Landes hinfort nicht mehr durch die Hauptstadt allein aufgesaugt werde, daß vielmehr in den Provinzen des Staates wiederum ein eigenartiges architektonisches Leben sich entfalte!

Man wird andererseits von der Herstellung baukünstlerischer Werke im Wege eines bürokratisch geregelten, amtlichen Geschäftsganges absehen müssen, wie man längst überall darauf verzichtet hat, Schöpfungen der übrigen Künste durch amtliche Anstellung von Malern, Bildhauern, Dichtern und Komponisten hervor rufen zu wollen! —

Wenn der Bruch mit den durch lange Zeit festgehaltenen Traditionen des Staats, welchen die zweite Forderung enthält, zunächst bedenklich erscheinen sollte, so wird ein Rückblick auf den historischen Ursprung der bisherigen Einrichtungen unseres Staats-Bauwesens diese Bedenken leicht zerstreuen.

Daß sich in Deutschland ein Institut der Baubeamten entwickelt hat, wie es die übrigen Kulturstaaten in gleichem Sinne und namentlich in gleicher Anwendung auf das Gebiet der schöpferischen architektonischen Leistungen nicht kennen, ist die natürliche

Folge der Zustände, in denen unsere Nation während der letzten 2 Jahrhunderte sich befand. Ihre alte Kultur und ihr Wohlstand waren nahezu vernichtet und konnten sich unter den unaufhörlichen Erschütterungen langwieriger Kriege nur langsam wieder erholen. Das Bedürfnis nach höheren architektonischen Leistungen beschränkte sich damals fast ausschließlich auf die Höfe der Fürsten — die Brennpunkte, an denen sich schöpferische Initiative und Kunstübung konzentrierten, um von da aus allmählich auf die Provinzen ausgestrahlt zu werden. Für eine solche Ausstrahlung aber gab es, im Geiste der Zeit, keine andere Form, als die des Beamtenthums. So ist in Preußen, namentlich unter dem landesväterlichen Regiment Friedrich Wilhelms I. und Friedrich's des Großen, der Grund zu unserem Baubeamtenthum gelegt worden, das demnächst im Anfange dieses Jahrhunderts, bei der Reform der gesamten inneren Verwaltung unter Friedrich Wilhelm III., seine feste Organisation erhalten hat.

Das Baubeamtenthum war in jenen Zeiten ohne Zweifel eine Nothwendigkeit. Was es im Dienste des Staates leisten und schaffen mußte, war damals überhaupt auf keinem anderen Wege zu erzielen, weil unser Land, mit verschwindenden Ausnahmen, keine anderen Architekten und Ingenieure besaß, als die vom Staate ausgebildeten und angestellten Baubeamten!

Eine solche Nothwendigkeit ist heute nicht mehr in gleichem Grade vorhanden — zum mindesten nicht auf baukünstlerischem Gebiete. Seit 40 Jahren ist unser Vaterland, das seine Kräfte gesammelt hat, wieder im Aufblühen begriffen. Mit dem wachsenden Wohlstande mehrte sich die Zahl der künstlerischen Aufgaben, die neben dem Staats-Bauwesen auch der Privatbau zu stellen hatte und es entstand ein Bedürfnis nach Architekten, welche sich der Lösung derselben unterziehen konnten. Waren dieselben anfänglich nur unter den Baubeamten zu finden, so verzichteten doch bald einige der für den Staatsdienst ausgebildeten Baumeister auf eine amtliche Stellung, um sich ganz jenen Aufgaben widmen zu können. Es bildete sich wiederum ein Stand unabhängiger, eine rein künstlerische Thätigkeit ausübender Architekten. — Das letzte Jahrzehnt, dem wir, trotz mancher Auswüchse und Verirrungen, doch einen mächtigen und nachhaltigen Aufschwung unserer ge-

samten Kulturformen verdanken, hat diesen Prozeß rasch gezeitigt, zumal die Freigebung der Baugewerbe auch die Schranken beseitigte, welche der selbständigen Thätigkeit des Architekten bisher in der Forderung eines bestimmten, zeitraubenden Ausbildungsganges und mehrfacher Prüfungen, zum Nachtheil vieler auf dem Boden künstlerischer Praxis entwickelter Talente, gesetzt waren. So ist, dem in ungeahnter Weise gesteigerten Bedürfnis entsprechend, die Zahl der sogen. Privat-Architekten außerordentlich gewachsen und fast schon in allen größeren Städten des Landes sind sie vertreten.

Es dürfte keine Ueberhebung sein, wenn man es ausspricht, daß die Leistungen dieser Privat-Architekten denen des Staats-Bauwesens den Vorrang abgewonnen haben. Der hohen Begabung und dem soliden künstlerischen Können einzelner Baubeamten soll damit eben so wenig zu nahe getreten werden, wie das offene Urtheil über die aus den Einrichtungen des preussischen Staats-Bauwesens hervorgehenden Uebelstände sich überhaupt gegen die Personen wenden kann, welche demselben zur Zeit angehören. Denn es liegt doch in der Natur der Dinge, daß die Mehrzahl der Baubeamten es nicht Künstlern gleich zu thun vermag, die in schöpferischer Thätigkeit lebend und webend, ihre zu voller Reife gediehene Kraft auf die ihnen gestellten Aufgaben konzentriren können. Mag man die architektonischen Entwürfe auf öffentlichen Ausstellungen in Betracht ziehen, mag man die Bauten an den Straßen und Plätzen unserer Städte vergleichen, mag man dem Einflusse nachspüren, dem die natürliche Grundlage und Ergänzung aller hohen Kunst, das Kunstgewerbe, sein Wieder-Aufleben verdankt: überall wird man finden, daß gegenwärtig die Privat-Architekten die Führung behaupten!

Bei solcher Sachlage würde ein längeres Festhalten an der traditionellen Herstellung unserer öffentlichen Bauten dem Interesse des Staates gewiß nicht entsprechen. Schon seit geraumer Zeit ist man ja auch in einzelnen Fällen zu dem Entschluß gelangt, Architekten, welche außerhalb des Baubeamtenthums stehen, theils zum Entwurf, theils zu Entwurf und Ausführung öffentlicher Gebäude — darunter der wichtigsten Monumental-Bauten — heranzuziehen. Angesichts ihrer Zahl, angesichts der Bedeutung, welche ihre Leistungen im Kunstleben der Nation gewonnen haben, können diese Architekten

es jedoch verlangen, daß man bei einem solchen, von persönlichem Ermessen abhängenden und darum schwer zu kontrollirenden Verfahren nicht stehen bleibe. Sie können fordern, daß man ihnen einen Antheil an der Bauhätigkeit des Staates nicht bloß wie ein Almosen, sondern als ein Recht gewähre! Ein Recht, das auf die Pflicht des Staates sich stützt, für die Lösung seiner Aufgaben denjenigen Weg zu wählen, der ihm die besten Erfolge in Aussicht stellt! —

III.

Die im Vorhergehenden aufgestellten und begründeten Forderungen prinzipieller Art erschöpfen natürlich in keiner Weise die Wünsche, welche man von einem allgemeineren Standpunkte aus an die Reform der preussischen Staats-Bauverwaltung zu stellen berechtigt ist. Diese weiter gehenden Wünsche, welche nur im Zusammenhange mit einer tief eingreifenden, längere Zeit zur Vorbereitung und Durchführung erheischenden neuen Organisation des Baubeamtenthums sich erfüllen lassen, können jedoch an diesem Orte nicht näher dargelegt werden. Es mag — von den wesentlich aus andern Rücksichten zu beurtheilenden Einrichtungen zur Herstellung und Unterhaltung der Ingenieur-Bauten des Staates völlig abgesehen — an der Andeutung genügen, daß für das Hochbauwesen desselben in Zukunft vielleicht eine verhältnißmäßig geringe Zahl künstlerisch und wissenschaftlich vorgebildeter Kontroll-Beamten genügen wird, die den mittleren und höchsten Verwaltungs-Behörden beizugeben wären und denen für die Ueberwachung und Unterhaltung der Staatsgebäude event. ein Corps von Unterbeamten mittlerer, vorzugsweise praktischer Vorbildung unterstellt werden könnte.

An diesem Orte kann es sich vorläufig nur darum handeln, jenen Forderungen einige positive Vorschläge anzuschließen, welche darthun sollen, wie man — auch ohne sofortige Auflösung der bisherigen amtlichen Organisation — die Hochbau-Ausführungen des preussischen Staates fortan in künstlerisch befriedigenderer Weise beschaffen könnte.

Man wird hierbei zwischen Aufstellung der Entwürfe, Prüfung und Beurtheilung derselben und Leitung der

Bau-Ausführung unterscheiden müssen und hat sich die Frage vorzulegen, welche Persönlichkeiten zu jeder dieser drei Funktionen herangezogen werden sollen. — Da den Technikern, welchen Prüfung und Beurtheilung der Entwürfe obliegt, naturgemäß stets ein gewisser Einfluß auf die Auswahl der Entwerfenden zufallen muß, so möge der auf sie bezügliche Theil der Frage an erster Stelle besprochen werden, während Entwurf und Ausführung, die bei rationellem Verfahren in der Regel stets in eine Hand zu legen sind, zusammen behandelt werden können. —

Ob ein Entwurf das Bauprogramm erfüllt und in wie weit er den zur Verfügung stehenden Kosten entspricht, wird in jedem Falle von der Behörde, bezw. den Behörden verschiedener Instanz, beurtheilt werden müssen, in deren Dienstkreis der betreffende Bau gehört — d. h. dieses Urtheil wird nach wie vor in den Händen derjenigen Techniker liegen, die jenen Amtsstellen als Kontroll-Beamte beigegeben sind. Auch ein wesentlicher Antheil an der Entscheidung über die technische und künstlerische Seite des Entwurfs gebührt ihnen ohne Zweifel, wenn ihnen diese auch nicht allein verbleiben darf. Um jeder Einseitigkeit eines solchen Urtheils von vorn herein vorzubeugen — zugleich auch um die öffentlichen Bauunternehmungen, welche jetzt lediglich im Schooß der Behörden vorbereitet werden, wieder zu dem zu machen, was sie sein sollen: zu einer Angelegenheit des ganzen Volkes — empfiehlt es sich vielmehr, jene Entscheidung fernerhin von einer Körperschaft fällen zu lassen, in der neben einigen Baubeamten des Staates auch eine Anzahl der durch ihre Fachleistungen hervorragenden unabhängigen Architekten Sitz und Stimme führt.

Der Grundgedanke einer solchen Körperschaft, der dem Zuge unserer Zeit nach Selbstverwaltung wohl durchaus entspricht, ist ja bereits seit 30 Jahren in der Technischen Bau-Deputation verwirklicht; nur daß die Mitglieder der letzteren bauernd berufen sind, während im Interesse eines frischeren Lebens und eines stetigen Zusammenhanges mit den Strömungen der Gegenwart ein periodischer Wechsel der Persönlichkeiten zu fordern wäre. Daß dieselben an der Beurtheilung eigener Projekte sich nicht betheiligen dürfen, ist vorausgesetzt.

Eine Zentralisation der betreffenden Arbeiten an einer Stelle, bei welcher die Gefahr einer etwas zu schematischen Auffassung derselben leicht wiederum eintreten könnte, verbietet sich schon durch deren Umfang. Voraussichtlich würde man nicht darauf verzichten, die Technische Baudeputation nach deren bevorstehender Reorganisation als ein oberstes Kollegium jener Art beizubehalten, das in zweifelhaften Fällen und über Bauten von besonders hoher Bedeutung ein letztes Gutachten abzugeben hätte. Im übrigen dürfte es angemessen sein, in jeder Provinz des preussischen Staates eine der besprochenen Körperschaften einzusetzen. Es ist anzunehmen, daß man denselben für die Mehrzahl aller an sie gelangenden Fragen das Recht einer endgültigen Entscheidung bezw. eines maßgebenden Vetos einräumen würde und daß sie demzufolge Gelegenheit hätten, in Bezug auf unsere Staatsbauten nicht bloß den allgemeinen technischen und künstlerischen Anforderungen, sondern auch den eigentümlichen Verhältnissen ihrer Provinz volle Geltung zu verschaffen.

Soweit den Organen der Staatsregierung zur Zeit ein Aufsichtsrecht über die architektonischen Schöpfungen der Gemeinden und Korporationen zusteht, würde dasselbe natürlich gleichfalls von den betreffenden Kollegien zu handhaben sein. Voraussichtlich würde sich jedoch der Einfluß ihrer Thätigkeit bald zu solcher Bedeutung erheben, daß die Provinzial- und Stadtbehörden, die religiösen und wirthschaftlichen Korporationen alle Entwürfe zu den von ihnen zu errichtenden Monumentalbauten freiwillig der Prüfung jener Sachverständigen unterbreiten dürften. Ja, es ist vielleicht zu hoffen, daß auch die Behörden des Deutschen Reiches, die Militär- und die Postverwaltung, ihnen das gleiche Vertrauen zuwenden würden. —

Die zweite, ungleich wichtigere Frage ist darauf gerichtet, wem fortan Entwurf und Ausführung der monumentalen Bauten des Staates übertragen werden soll.

Der bisher üblichen Methode amtlicher Behandlung dieser Aufgaben ist als allgemeiner Grundsatz gegenüber zu stellen, daß dieselben in jedem Falle von demjenigen Architekten zu lösen wären, der hierzu am meisten geeignet erscheint!

Für die Auswahl der betreffenden Persönlichkeiten sind nur zwei Wege möglich: entweder die direkte Uebertragung des Baues an einen vertrauenswürdigen Architekten oder die Vergebung desselben auf Grund einer vorher gegangenen Konkurrenz, welches letztere Verfahren in verschiedenen Abarten zur Anwendung gelangen kann. Beide Wege können gute Ergebnisse liefern und es würde von der Eigenart jedes einzelnen Falles abhängig gemacht werden müssen, welcher von ihnen als der aussichtsvollere und deshalb bessere einzuschlagen wäre. —

Die direkte Uebertragung öffentlicher Bauten an Architekten, deren bisherige Leistungen und deren persönliche Eigenschaften für eine gebiegene, den Interessen des Staates nach jeder Richtung hin entsprechende Lösung der Aufgabe bürgen, ist ein Verfahren, von dem bekanntlich schon wiederholt mit ausgezeichnetem Erfolge Anwendung gemacht worden ist. Es empfiehlt sich vor allem durch seine Einfachheit und wird in vielen Fällen, wo der Gegenstand der Aufgabe, die durch bestimmte Verhältnisse gebotene Art des Geschäftsbetriebes u. die Zahl der Bewerber ohnehin einschränkt, jedem andern vorzuziehen sein. In der Periode des Ueberganges zu einer andern Organisation der Bauverwaltung würde es auch vielleicht insofern noch eine besondere Bedeutung erlangen, als der Staat die innerhalb seines Beamtenthums vertretene schöpferische Kraft auf diese Weise wohl am besten nutzbar machen könnte. Natürlich würden die betreffenden Aufgaben den Beamten nicht nach Maßgabe ihrer amtlichen Stellung, sondern lediglich nach Maßgabe ihrer individuellen Leistungsfähigkeit zu übertragen sein.

Um den Schein einer Bevorzugung bestimmter Persönlichkeiten, dem sich der Staat niemals aussetzen darf, möglichst zu vermeiden, müßte jedoch bei diesem Verfahren darauf geachtet werden, daß es niemals einer einzigen Stelle anheim gegeben würde, Aufträge jener Art nach eigenem Ermessen zu vergeben. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, den vorher besprochenen Provinzial-Baukollegien ein Vorschlags-Recht zu gewähren, die Auswahl unter den vorgeschlagenen Architekten aber derjenigen Behörde zu überlassen, für welche der betreffende Bau ausgeführt wird.

Sowohl der Staat, wie vor allem auch die Volksthätlichkeit der Baukunst könnten nur gewinnen, wenn diesen Behörden, welche in Wirklichkeit doch offenbar die Stelle des Bauherrn zu vertreten haben, bei Herstellung unserer öffentlichen Gebäude eine weniger passive Rolle zugewiesen würde, als dies bisher in der Regel geschehen ist. —

Wo eine größere Zahl von Bewerbern vorhanden, die Auswahl unter denselben also schwieriger ist, sowie für eine gewisse Art von Aufgaben wird sich das in anderen Ländern auch für Staatsbauten mit Vorliebe angewandte System der Konkurrenz empfehlen. Dank der unablässigen Mühe, welche die Architekten Deutschlands seit geraumer Zeit an die Verbesserung des Konkurrenzwesens gewandt haben und angesichts so mancher Erfolge, die mit demselben seither erzielt wurden, ist ja das aus mangelhaft vorbereiteten und geleiteten Konkurrenzen entsprungene Vorurtheil gegen dieselben mehr und mehr im Entschwinden begriffen. Selbstverständlich würde in jedem einzelnen Falle nicht nur die rein künstlerische, sondern auch die praktische und namentlich die finanzielle Seite des Baues zur Konkurrenz stehen und bei der Entscheidung eine wesentliche Rolle spielen. —

Die allgemeine und öffentliche Konkurrenz, gegen welche jenes Vorurtheil hauptsächlich sich richtete, ist in ihrer Anwendung auf einen bestimmten Kreis von Aufgaben begrenzt. Sie wird in allen den Fällen am Platze, hier aber auch unbedingt zu wählen sein, in denen es vorzugsweise um eine originelle — bekanntlich nur durch einen glücklichen Wurf zu gewinnende — Grundidee des Projekts sich handelt. Die für das Gelingen einer öffentlichen Konkurrenz in erster Linie verantwortliche Aufstellung des Programms, sowie die Funktion des Preisgerichts würde Mitgliedern jener mehrfach erwähnten Provinzial-Baukollegien obliegen; auch würden die letzteren zu entscheiden haben, ob die Ausführung eines aus der Konkurrenz hervorgegangenen Entwurfs dem Verfasser desselben anvertraut werden darf.

Weitaus häufiger würde für die Lösung der architektonischen Aufgaben des Staates die beschränkte Konkurrenz unter mehreren, in gleicher Weise zur Uebernahme des Baues geeigneten Architekten sich eignen, bei welcher dem Verfasser des zur Aus-

führung gewählten Entwurfs die letztere ohne weiteres als Preis zufällt. Das Amt der Preisrichter dürfte auch hier von Mitgliedern jener Baukollegien auszuüben sein. Bei der Auswahl der zur Konkurrenz einzuladenden Architekten würde man nach denselben Grundsätzen zu verfahren haben, wie bei direkter Uebertragung eines Baues an einen einzelnen Fachmann.

Für eine gewisse, nicht wenig umfangreiche Klasse von Staatsbauten, deren Typus von vorn herein fest steht und nur geringen, durch die Lokalverhältnisse bedingten Modifikationen unterliegt, wird — soweit sie mehr dem Bedürfnisbau als dem Monumentalbau angehören — mit großem Vortheil ein spezielles System der beschränkten Konkurrenz Verwendung finden können, bei welchem in erster Linie die General-Uebernahme der Bauarbeiten und im Zusammenhange mit dieser die Aufstellung des Entwurfs zum Gegenstande der Konkurrenz gemacht wird; ein Verfahren, das bei Maschinenlieferungen schon längst üblich ist und bei dem heutigen Stande der Bauindustrie unbedenklich auch auf diese übertragen werden kann, da sich bald zuverlässige und leistungsfähige Spezialisten zur Uebernahme solcher Arbeiten in genügender Anzahl anbieten würden.

Wenn man berücksichtigt, daß auf jedem der in Vorschlag gebrachten Wege nur Architekten von erprobter Befähigung und Erfahrung zu Entwurf und Leitung unserer Staatsbauten gelangen würden und daß diese Architekten im Interesse ihres Rufes und ihrer Zukunft jederzeit ihre volle Kraft an die Lösung der übernommenen Aufgabe setzen müßten, so kann man für den technischen und künstlerischen Werth der in dieser Weise hergestellten Staatsbauten wohl die beste Hoffnung hegen. Sie dürften in dieser Beziehung thatsächlich auf der Höhe dessen stehen, was unsere Zeit und unser Volk architektonisch zu schaffen vermögen. Ebenso dürfte der Gefahr einer schablonenhaften Gleichartigkeit der Entwürfe wirksam vorgebeugt und den verschiedenen Landestheilen eine charakteristische Gestaltung ihrer öffentlichen Bauwerke gesichert sein.

Aber auch in finanzieller Hinsicht lassen sich die Vortheile des Verfahrens unschwer nachweisen, trotzdem einer der wesentlichsten unter ihnen — die Möglichkeit mit einer sehr viel

geringeren Anzahl von Baubeamten auszureichen — erst allmählich zur Geltung gelangen könnte.

Erhebliche Mehrkosten durch die für Entwurf und Bauleitung aufzuwendenden Honorare würden in Wirklichkeit nicht entstehen, da die Aufstellung der Entwürfe außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsgangs auch gegenwärtig fast regelmäßig besonders honorirt wird, die Kosten der oberen Leitung des Baues aber in vielen Fällen dadurch nahezu gedeckt werden würden, daß an den Kosten für Spezial-Leitung und Aufsicht, die bei Staatsbauten eine ganz unverhältnismäßige Höhe erreichen, namhaft gespart werden könnte. Bei der an letzter Stelle erwähnten Art der beschränkten Konkurrenz kämen Kosten für Entwurf und Bauleitung überhaupt nicht in Ansatz. — Eine namhafte Ersparniß aber würde voraussichtlich dadurch herbei geführt werden, daß durch die Betheiligung der erfahrensten Fachmänner und deren Konkurrenz die Entwürfe im allgemeinen kompender ausfallen, die Kosten ihrer Ausführung sich also verringern würden.

Als ein nicht geringerer Vortheil ist die Vereinfachung der Verwaltungs-Formen, vor allem aber die Sicherheit anzuschlagen, welche dem Staate eine derartige Herstellung seiner Hochbau-Ausführungen gewähren würde. Durch den Vertrag, den er in jedem einzelnen Falle über Entwurf und Ausführung des Baues abschließen würde und für dessen Einhaltung der betreffende Architekt mit seinem Ruf und seinem Vermögen zu bürgen hätte, würde er nicht allein die Gewähr erhalten, für einen im voraus fest gesetzten Preis und zu einem bestimmten Termin ein brauchbares Projekt zu gewinnen, sondern er wäre auch vor einer Ueberschreitung der Bauzeit und des bewilligten Baukredits geschützt. —

Daß bei ernstlichem Willen die dargelegten Vorschläge ohne Mühe sich durchführen lassen, unterliegt gewiß keinem Zweifel. Als einziges Bedenken könnte vielleicht geltend gemacht werden, daß die Zahl der zum Eintritt in die Provinzial-Baukollegien und zur Uebernahme öffentlicher Bauten geeigneten Architekten in den verschiedenen Provinzen unseres Vaterlandes eine sehr ungleiche und in einzelnen offenbar eine unzureichende ist. Aber abgesehen

davon, daß man bei Auswahl der betreffenden Persönlichkeiten zunächst nicht gezwungen wäre, sich überall nur an die in der Provinz wohnenden Kräfte zu halten, würde die Aussicht an Staatsbauten beteiligt zu werden und dadurch die Grundlage einer Existenz zu gewinnen, bald eine genügende Anzahl von Architekten in das fragliche Gebiet führen und damit jenes Bedenken gegenstandslos machen. Es wäre nur zu wünschen, wenn auf diese Weise eine angemessene Vertheilung der zur Zeit an einzelnen Punkten in Uebersahl angesammelten architektonischen Kräfte sich vollzöge. —

Das jene Vorschläge im Gegensatz zu so manchen weit aussehenden Reform-Plänen empfehlen dürfte, ist vor allem der Umstand, daß ihre Annahme keine sofortige und endgültige Beseitigung der gegenwärtigen Organisation bedingt. Die neue Ordnung des Verfahrens für Herstellung unserer Staatsbauten kann neben den sonstigen Einrichtungen der Bauverwaltung als ein Versuch ins Leben gerufen werden, von dem man wieder Abstand nehmen möge, wenn er den gehegten Erwartungen nicht entspricht!

Der Zweck dieser Denkschrift wird erfüllt sein, wenn es ihr gelingt, an den entscheidenden Stellen der Ueberzeugung Eingang zu verschaffen:

daß es sich lohnt, einen solchen Versuch zu unternehmen!

Berlin, den 3. Januar 1880.

Für die Vereinigung zur Vertretung baukünstlerischer Interessen:

Der Ausschuß:

J. E. Raschdorf, Baurath u. Professor.	A. Orth, Baurath.	W. Ryllmann, Baumeister.
W. Böckmann, Baumeister.	E. von Großheim, Architekt.	Joh. Oken, Baumeister u. Professor.

Mitglieder-Verzeichniß

der

Vereinigung zur Vertretung baukünstlerischer Interessen.

Benda, J., Arch., W., v. d. Heydtstr. 3, H. I.
 Böckmann, W., Bmstr., NW., Pariser Platz 6a.
 Cordes, W., Arch., W., Bülowstr. 34.
 Cremer, W., Arch., SW., Königgräberstr. 64.
 Ebe, G., Bmstr., W., v. d. Heydtstr. 3, H. I.
 Ende, S., Brth. u. Professor, NW., Pariser Platz 6a.
 Friebe, A., Arch., Mauerstr. 85.
 Fritsch, A. G. D., Arch., SW., Yorkstr. 4, III.
 Gropius, W., Prof., W., Am Carlsbad 12/13.
 Großheim, v. G., Arch., W., Potsdamerstr. 113, III.
 Hahnemann, F., Bmstr., SW., Puttkamerstr. 19.
 Heidecke, C., Bmstr., W., Königgräberstr. 124, I.
 Heim, L., Eisenb.-Bmstr., W., Kurfürstenstr. 9, I.
 Hennicke, J., Bmstr., W., Rauchstr. 19.
 Heyden, A., Bmstr., W., Am Carlsbad 26a.
 Holst, M. v., Arch., W., Tiergarten, Villa Graefe.
 Hude, v. d., Bmstr., W., Markgrafenstr. 32.
 Ihne, Arch., Hafen-Platz 5.
 Karchow, M., Bmstr., C., Wallstr. 21.
 Kayser, Arch., Potsdamerstr. 113.
 Kieckhefer, P., Bmstr., W., Steglitzerstr. 23.
 Knoblauch, G., Bmstr., S., Ritterstr. 62.
 Koch, Fr., Bmstr., NW., Dorotheenstr. 30.
 Köhler, P., Arch., Enke-Platz 1.
 Kuhn, F. D., Arch., v. d. Heydtstr. 5.
 Ryllmann, W., Bmstr., W., Vogtstr. 32.
 Lange, Arch., Mauerstr. 85.
 Luthmer, F., Director, Frankfurt a. M., Mittelweg 75.
 March, D., Reg.-Bmstr., Charlottenburg, Sophienstr. 1.
 Martens, W., Arch., W., Lützow-Platz 8b.

Merzenich, J., Bmstr., SW., Wartenburgstr. 27.
 Orth, A., Baurath, W., Wilhelmstr. 43.
 Oken, J., Bmstr. u. Professor, NW., Thurmstr. 2.
 Plöger, D., Arch., NW., Paulstr. 12.
 Raschdorf, J. G., Baurath u. Professor, SW., Galleisches Ufer 16.
 Römer, S., Bmstr., SW., Möckernstr. 80.
 Schäfer, G., Arch., W., Blumenthalstr. 11.
 Schmieden, S., Bmstr., W., Carlsbad 12/13.
 Schnigler, G., Arch., SW., Großbeerenstr. 47.
 Schreiber, M., Arch., SW., Zeltowerstr. 55.
 Schwatlo, G., Reg. und Brth., Prof., W., Kurfürstenstr. 57/58.
 Schwechten, F., Bmstr., SW., Lützowstr. 68.
 Schwenke, F., Bmstr., SW., Königgräberstr. 98.
 Schütz, Bmstr., Luckenwalderstr. 9.
 Seeling, S., Arch., SW., Hagelsbergerstr. 33.
 Speer, R., Arch., Lindenstr. 75.
 Sputh, Arch., Hedemannstr. 3.
 Staß, Fr., Arch., W., Mohrstr. 90.
 Stegmüller, D., Arch., W., Hafen-Platz 5.
 Stegmüller, P., Hafen-Platz 5.
 Stiller, S., Bmstr., Lichterfeldestr. 33.
 Stöckhardt, A., Arch., SW., Bellealliancestr. 28.
 Stralendorff, v. G., Arch., Schillstr. 8.
 Thür, G., Bmstr., W., Lützow-Platz 6.
 Vollmer, J., Arch., Lichterfelde, Villa Vollmer.
 Wer, Herrn., Bmstr., Großbeerenstr. 66.
 Wolff, Frig., Bmstr., SW., Zeltowerstr. 47/48.
 Zaar, G., Arch., Charlottenburg, Berlinerstr. 2.
 Ziller, S., Arch., Dranienstr. 128.

Verein Berliner Künstler

zur Unterstützung seiner hilfsbedürftigen Mitglieder und deren Hinterbliebenen

1. 1857.

*H. Post
Nr 94*

Aug. Josephsgarben

*L.
Anstalt.
B. 6. 10. 81.
Zöllner.*

erlaube ich mir ganz ergebenst anzuzeigen,
dass das Direktorium das obigen Komitee für die nächste
Zeit gebildet wird von dem Herrn:

- H. Eschke, Marinemaler, Vorsitzender,
- E. A. Becker, Genremaler, Schriftführer,
- Arnold Ewald, Marinemaler, Schriftführer.

Mit der vollkommensten Zustimmung

Arnold Ewald

Berlin den 3¹/₂ Oktob.
1881.

Lützowplatz 12^F.

*Gen. Prof. Carl Zöllner,
Josephsgarben.*

I 2047.

Pr. 4/81: 98³²
M.

1. In der gedruckten
Drucklegung mitgefaßt.
2. In der Druck-
Dr. 17. 11. 81



BERICHT

Vereins Berliner Künstler

Unterstützung seiner hilfsbedürftigen Mitglieder und deren Hinterbliebenen,

erstattet im Oktober 1881.

Berlin.

Buchdruckerei von Gustav Lange (Paul Lange), Friedrichstrasse 103.

1881.

Seit dem letzten im Jahre 1878 über die Lage des Vereins erstatteten Bericht hat sich die Art seiner Thätigkeit und Wirksamkeit im wesentlichen nicht verändert. Nur in einem und für die bisherigen Einnahmen des Vereins erheblichen Punkt, die fernere Rentabilität der Transparentausstellungen betreffend, scheinen die schon seit längerer Zeit gehegten Zweifel einen gewissen Abschluss erhalten zu haben. Es ist unzweifelhaft, dass sich die durch jene Ausstellungen erzielten Ueberschüsse in stetiger Abnahme befinden; es ist ebenso unzweifelhaft, dass dieses Ergebniss nicht einem einzelnen Umstande zuzuschreiben ist, sondern dem Zusammenwirken sehr vieler, von denen es nur fraglich erscheint, welchem von ihnen der grösste Antheil beigemessen werden muss. Bald wird der veränderten Richtung der Künstler, bald einer solchen des Publikums Schuld gegeben, bald wird die Zweckmässigkeit der gewählten Gegenstände angezweifelt, bald gilt die ganze Einrichtung für überlebt und der ferneren Zugkraft entbehrend. Jedenfalls steht es fest, dass sich die Zahl der Besucher in erheblichem Rückgange befindet. Vergleicht man die fünf letzten Ausstellungen mit den fünf ihnen unmittelbar vorhergegangenen, so ergibt sich für diese eine Einnahme von 20,475 Mk., für jene von 9,581 Mk., im Durchschnitt also für eine jede der letzteren fünf 4095 Mk. und für eine jede der ersteren fünf 1916 Mk. d. i. weniger als die Hälfte. Unter diesen Umständen lag die Frage nahe, ob es sich noch lohne, die Transparentausstellungen in der bisherigen Weise fortzusetzen. Aber auch diese Frage wurde in verschiedenem Sinne beantwortet. Während die Einen den Aufwand an Zeit und an augenanstrengender Thätigkeit für zu hoch ansahen im Verhältniss zur Geringfügigkeit der Erträge, betonten die Anderen, dass es dem Vereine schwer fallen würde, sich auf einem andern Wege selbst so unbedeutende Einnahmen zu verschaffen. Bei dieser Verschiedenheit der Ansichten schleppten sich die letzten Ausstellungen mühsam hin; es kam weder zu kräftigem Festhalten noch zu entschlossenem Aufgeben. Da brachte der Herbst 1880 eine Art von Entscheidung; denn trotz des Beschlusses, zum Weihnachtsfest wieder eine Reihe von Transparenten herzustellen, liess sich mit aller Mühe doch nicht die nothwendige Zahl von thatenlustigen Händen finden. So scheiterte zum ersten Mal seit Bestehen des Vereins die Ausführung der Weihnachtsbilder, und, indem sich die Aussichten auch für die Zukunft trübten, gewannen die Vorschläge zu anderweitigen Erwerbs-Unternehmungen neue Belebung und neuen Anhang. Eine ganze Reihe hierauf bezüglicher Projekte tauchte auf und fand die nothwendige Unterstützung der General-Versammlung. Ihre Ausführung hängt zumeist von ministerieller Zustimmung ab, die von vornherein, wenn auch nicht als unmöglich, doch als zweifelhaft angesehen werden musste. Von einer derartigen Genehmigung unabhängig und ganz allein auf die Thätigkeit der Mitglieder fussend ist nur der bereits näher besprochene Plan, im Kreise des Vereins kleine Kunst-Industrie-Gegenstände anzufertigen und deren Verkauf zu Weihnachten an geeigneten Stellen zu bewerkstelligen. Ein derartiger Versuch soll schon in diesem Jahre gemacht und nach seinem Ausfall die etwaige fernere Betretung dieses Weges beurtheilt werden.

Zu den Vermächtnissen, mit denen einige verstorbene Künstler den Verein bedacht haben und welche bereits die Summe von 51,000 Mk. erreichen, — Buchhorn 3000 Mk., Rauch 1500 Mk., Wichmann 1500 Mk., Pistorius 3000 Mk., Kiss 9000 Mk., Magnus 30,000 Mk., Wittich 3000 Mk., — ist in neuester Zeit eine Zuwendung des unlängst verstorbenen Malers L. Güterbock gekommen, die neben einer Geldsumme von 600 Mk. in einer grossen Zahl von Zeichnungen und Gemälden besteht; ihm wie den übrigen mildthätigen Spendern von Legaten ist der Verein, ihr Andenken ehrend, zu ganz besonderem Dank verpflichtet.

Eine an den letzten, im Jahre 1878 erstatteten Bericht anknüpfende Zusammenstellung der bis zum April 1881 erfolgten Einnahmen und Ausgaben des Vereins geben wir am Schluss; vorher gedenken wir aber noch mit Freude und Genugthuung des steten, wenn auch langsamen Wachstums der Vereinsmittel und des glücklichen Umstandes, der es dem Verein gestattet hat, durch seine Spenden manche vorübergehende Sorge zu lindern und manche dauernde Lücke auszufüllen. — Das möge auch ferner gelingen! —

Einnahmen

Ausgaben

Kassen- Ab- schluss am 1. April.	Ausserordentliche Einnahmen.	Beiträge der Mitgl.	Weih- nachts- Ausst.	a. Vermögen (verzinste) nominal; b. Kassen- Bestand.	Unterstützungen. an		Ver- wal- tung
					Mitglieder einmalig	Nicht- mitgl. laufend	
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1879	Geschenk des Herrn Cretius 100 Leihgeld für Transparente 417 Ablös. d. Thätigkeits-Verpflichtung . . 450	1846	1436	a. 226,772 b. 6,117	1425	10,845	743 336
1880	Leihgeld für Transparente 450 Ablös. d. Thätigkeits-Verpflichtung . . 270 Geschenke 75	1799	1913	a. 227,250 b. 11,464	635	10,455	522 413
1881	Leihgeld für Transparente 300 Ablös. d. Thätigkeits-Verpflichtung . . 450 Erlös einer Ausstellung (Neuville und Piloty) 217 Geschenke 101	1891	Keine Aus- stellung	a. 234,283 b. 6,866	250	9,592	235 281

BBRLIN, im Oktober 1881.

Das Directorium.

H. Eschke,
Vorsitzender.

E. A. Becker,
Schatzmeister.

Arn. Ewald,
Schriftführer.

(Der Herr Hofrath Herr Mitglied A. A. Schumann)

34

f. v. A. Sch.

84.

Ch. J.

Nürnberg, den 19. November 1884.

T. 1734

Nach schwerem Leiden erlöste heute früh 9 Uhr der
Tod meinen innigstgeliebten Gatten

Adolf Gnauth,

ogl. Oberbaurath und Direktor der kgl. Kunstgewerbeschule.

Um stille Theilnahme bittet zugleich

Im Namen der Hinterbliebenen:

Die tiefbetrübte Gattin

Helene Gnauth.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. November 1884
Nachmittags 3 Uhr auf dem St. Johannis-Kirchhof vom Leichenhause
aus statt.

STATISTIK

der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin
pro Sommer-Semester 1884.

An der Technischen Hochschule zu Berlin bestehen folgende Abtheilungen:

Abtheilung I. für Architektur;

" II. „ Bau-Ingenieurwesen;

" III. „ Maschinen-Ingenieurwesen mit Einschluss des Schiffsbaues;

" IV. „ Chemie und Hüttenkunde;

" V. „ Allgemeine Wissenschaften, insbesondere für Mathematik und Naturwissenschaften.

I. Lehrkörper.

1. Etatsmässig angestellte Professoren resp. selbstständige, aus Staatsmitteln remunerirte Docenten
2. Privatdocenten resp. zur Abhaltung von Sprachstunden berechnete Lehrer
3. Zur Unterstützung der Docenten bestellte Assistenten

Abtheilung						Summa
I.	II.	III.		IV.	V.	
		Masch.-Ing.	Schiffs-bau			
17	10	8	4	8	9	56
		12				
6	3	2	—	6	10	27
15	6	2	1	9	4	37
		3				

Mehrfach aufgeführt:

- a. Bei Abth. I. ein Docent als Privatdocent.
- b. " " II. { ein Docent als Privatdocent.
ein Privatdocent als Assistent.
- c. " " III. ein Docent als Privatdocent und Assistent.
- d. " " V. ein Privatdocent als Assistent.

II. Studirende.

Im 1. Semester	10	8	10	1	11	2	42
" 2. "	23	8	35	5	13	—	84
" 3. "	12	8	15	2	6	—	43
" 4. "	17	10	38	6	6	—	77
" 5. "	12	6	8	2	3	1	32
" 6. "	14	13	35	8	2	1	73
" 7. "	16	7	4	—	1	—	28
" 8. "	22	22	40	6	4	—	94
In höheren Semestern	34	23	31	1	5	—	94

Summa	160	105	216	31	51	4	567
			247				

Für das Sommer-Semester 1884 wurden:

- a. Neu immatrikulirt
- (Für das Sommer-Semester 1883 wurden neu immatrikulirt)
- b. Von früher ausgeschiedenen Studirenden wieder immatrikulirt

11	9	16	2	14	2	54	
(15)	(11)	18	(14)	(2)	(7)	(1)	(50)
3	3	—	—	2	—	8	

Von den 54 neu immatrikulirten Studirenden sind aufgenommen worden:

		log.		han					
a.	auf Grund der Reifezeugnisse von Gymnasien	5	1	7	1	—	—	14	
b.	" " " " " Realgymnasien	4	4	8	1	4	—	21	
c.	" " " " " Oberrealschulen	—	1	1	—	6	—	8	
d.	" " " " " Gewerbeschulen	—	—	—	—	2	2	4	
(vermöge der Uebergangsbestimmung §. 41 des Verfassungs-Statuts)									
e.	auf Grund der Zeugnisse von ausserdeutschen Schulen . .	1	3	—	—	2	—	6	
f.	mit ministerieller Genehmigung, auf Grund von Zeug- nissen, welche den unter d. genannten als gleichwerthig anerkannt wurden	1	—	—	—	—	—	1	
Summa		11	9	<u>16</u> 18		2	14	2	54

Von den Studirenden sind aus:

Belgien	—	—	—	—	1	—	1
Holland	1	1	—	—	—	—	2
Italien	1	—	—	—	—	—	1
Norwegen	9	—	—	—	—	—	9
Oesterreich	—	—	4	—	1	—	5
Rumänien	—	—	2	—	—	—	2
Russland	3	7	11	—	9	—	30
Schweden	—	—	—	—	1	—	1
Serbien	1	4	—	—	—	—	5
Spanien	1	—	—	—	—	—	1
Amerika, Nord-	3	3	3	—	1	—	10
Amerika, Süd-	1	2	1	—	1	—	5
Afrika (Marokko)	1	1	—	—	—	—	2
Ostindien (Java)	—	—	1	—	—	—	1
Summa	21	18	22	—	14	—	75

III. Hospitanten und Personen, welche auf Grund der §§. 35 und 36 des Verfassungs-Statuts zur Annahme von Unterricht berechtigt bzw. zugelassen sind:

a. Hospitanten, zugelassen nach §. 34 des Verfassungs-Statuts 118

Von diesen hospitiiren im Fachgebiet der Abtheilung I. = 37

" " II. = 5

" " III. = 45

" " IV. = 19

" " V. = 1

keiner bestimmten " = 11

Ausländer befinden sich unter denselben 8: (1 aus England, 2 aus Nordamerika, 2 aus Oesterreich, 2 aus Russland, 1 aus Schweden).

b. Personen, berechtigt nach §. 35 des Verfassungs-Statuts zur Annahme von Unterricht 109

und zwar: Regierungs-Bauführer resp. Regierungs-Maschinen-Bauführer 44

Studirende der Friedrich-Wilhelms-Universität (darunter 4 Ausländer: 2 aus Russland, 1 aus Oesterreich, 1 aus Japan) 62

Studirende der Bergakademie 1

Studirende der Kunstakademie 1

Studirende der Landwirthschaftlichen Hochschule 1

c. Personen, denen nach §. 36 des Verfassungs-Statuts gestattet ist, dem Unterricht beizuwohnen (darunter 5 commandirte Officiere, 2 Maschinen-Unteringenieure der Kaiserl. Marine und 1 Ausländer [aus Nord-Amerika]) 13

Summa 240

Hierzu Studirende 567

Gesamtsumme 807

BERLIN, den 27. Juni 1884.

Der Rector.

G. Hauck.

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

AKTE 596

ENDE